



# Plenarprotokoll

## 91. Sitzung

**Donnerstag, 18. Juni 2015**

### Gemeinsame Beratung

**a) Beendigung der verfassungswidrigen Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften, Ehe für alle - Gleichstellung jetzt!** ..... 7680

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3076 (neu)

**Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften beenden** ..... 7680

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3113

**b) Ehe für alle! - Gleichstellung jetzt** ..... 7680

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3078

Dr. Heiner Garg [FDP]..... 7681  
Daniel Günther [CDU]..... 7682  
Simone Lange [SPD]..... 7683  
Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7684  
Torge Schmidt [PIRATEN]..... 7685  
Lars Harms [SSW]..... 7686  
Katja Rathje-Hoffmann [CDU]..... 7687

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	7688	Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7696
Beschluss: 1. Antrag Drucksache 18/3078 durch die Mittragstellung zum Antrag Drucksache 18/3076 (neu) erledigt		Dr. Axel Bernstein [CDU].....	7698
2. Annahme des Antrags Drucksache 18/3076 (neu) in namentlicher Abstimmung		Tobias von Pein [SPD].....	7699
3. Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags Drucksache 18/3113.	7690	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7700
		Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7701
		Angelika Beer [PIRATEN].....	7702
		Lars Harms [SSW].....	7704
		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	7705
<b>Gemeinsame Beratung</b>		<b>Strategiekonzept zum Stellenabbau in der Landespolizei .....</b>	<b>7705</b>
a) <b>Tätigkeitsbericht 2014 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages .....</b>	<b>7690</b>	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3051	
Drucksache 18/2911		Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3115	
b) <b>Tätigkeitsbericht 2013/2014 der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein .....</b>	<b>7690</b>	Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/3116 (neu)	
Drucksache 18/2912		Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7705
Katja Rathje-Hoffmann [CDU].....	7690	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7709
Wolfgang Baasch [SPD].....	7691	Dr. Axel Bernstein [CDU].....	7710
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7692	Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7713
Anita Klahn [FDP].....	7693	Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7716
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7694	Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7718
Flemming Meyer [SSW].....	7695	Lars Harms [SSW].....	7720
Beschluss: 1. Überweisung des Berichts Drucksache 18/2911 an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung		Astrid Damerow [CDU].....	7721
2. Überweisung des Berichts Drucksache 18/2912 an den Sozialausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	7696	Simone Lange [SPD].....	7722
		Beschluss: 1. Berichts Antrag Drucksache 18/3051 durch die Berichterstattung der Landesregierung erledigt	
		2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 18/3116 (neu)	
		3. Annahme des Antrags Drucksache 18/3115.....	7723
<b>Entwicklung und Gefahren des Extremismus in Schleswig-Holstein ....</b>	<b>7696</b>	<b>Dem demografischen Wandel effektiv begegnen - Die Sportentwicklung in Schleswig-Holstein vorantreiben und die Vereine fit für die Zukunft machen .....</b>	<b>7724</b>
Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/3054			

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/3030		Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	7752
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	7724	Beschluss: Annahme.....	7753
Barbara Ostmeier [CDU].....	7725	<b>Unternehmensgründungen erleichtern</b> .....	7753
Jürgen Weber [SPD].....	7727	Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/3085	
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7730	<b>Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen</b> .....	7753
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7731	Änderungsantrag der Fraktion der CDU	
Lars Harms [SSW].....	7732	Drucksache 18/3117	
Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	7733	Christopher Vogt [FDP].....	7753
<b>Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung - Zwischenbericht</b> .....	7734	Johannes Callsen [CDU].....	7755
Bericht der Landesregierung Drucksache 18/3044		Olaf Schulze [SPD].....	7756
Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	7734	Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7756
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	7736	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7758
Heike Franzen [CDU].....	7736	Flemming Meyer [SSW].....	7759
Wolfgang Baasch [SPD].....	7738	Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie.....	7761
Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7740	Beschluss: Überweisung des Antrags Drucksache 18/3085 und des Änderungsantrags Drucksache 18/ 3117 an den Wirtschaftsausschuss und den Bildungsausschuss.....	7762
Anita Klahn [FDP].....	7740		
Flemming Meyer [SSW].....	7742		
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss zur abschließenden Beratung.....	7744		
<b>Generalangriff auf freie WLAN-Netzwerke und Filehoster stoppen: Verschärfung der Störerhaftung verhindern</b> .....	7744		
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/2963 (neu)			
Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	7744		
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	7745		
Dr. Kai Dolgner [SPD].....	7747, 7748		
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7749		
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	7750		
Lars Harms [SSW].....	7751		

\* \* \* \*

**Regierungsbank:**

Torsten Albig, Ministerpräsident

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewende, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufsbildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa und Zweite Stellvertreterin des Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:06 Uhr****Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Guten Morgen! Ich darf die heutige Sitzung mit einer ausgesprochen erfreulichen Nachricht eröffnen, nämlich mit der, dass Jette Waldinger-Thiering Geburtstag hat.

(Beifall)

Ich darf dir, liebe Jette, ganz herzlich gratulieren und alles Gute für das neue Lebensjahr, Glück und Erfolg wünschen. - Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall - Jette Waldinger-Thiering [SSW]:  
Vielen Dank für die wunderschönen Blumen!  
Es sind genau meine Farben! Ich wünsche mir und allen einen zauberhaften Tag!)

Ich darf weiterhin mitteilen, dass der Herr Abgeordnete Wolfgang Kubicki heute ab 15 Uhr beurlaubt ist. Des Weiteren sind Ministerpräsident Torsten Albig, Ministerin Anke Spoorendonk, Ministerin Monika Heinold, ebenfalls ab 15 Uhr, und Minister Reinhard Meyer heute Vormittag wegen auswärtiger dienstlicher Verpflichtungen beurlaubt.

Ich darf Sie bitten, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler der Immanuel-Kant-Schule aus Neumünster auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 20 und 21 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Beendigung der verfassungswidrigen Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften, Ehe für alle - Gleichstellung jetzt!**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3076 (neu)

**Ungleichbehandlung von eingetragenen Lebenspartnerschaften beenden**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3113

**b) Ehe für alle! - Gleichstellung jetzt**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3078

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Das Wort zur Begründung wird offenbar nicht gewünscht. Ich stelle zunächst fest, dass der Antrag Drucksache 18/3078 durch die gemeinsame Antragstellung zu Drucksache 18/3076 (neu) seine Erledigung gefunden hat. - Ich sehe keinen Widerspruch.

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Heiner Garg von der FDP-Fraktion das Wort.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Vielen Dank, liebe Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Kollegin Waldinger-Thiering, auch von mir herzlichen Glückwunsch „zum Einjährigen“, zu Ihrem Geburtstag.

Gestatten Sie mir, diese Debatte mit ein paar ganz persönlichen Bemerkungen zu beginnen.

Erstens möchte ich mich herzlich, insbesondere bei der Kollegin Lange, bedanken, dass es gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu formulieren. Ich finde, das ist vor dem Hintergrund, vor dem wir heute debattieren werden, nach dem Vorstoß und den Äußerungen des CDU-Fraktionsvorsitzenden, ein gutes Signal, dass die Kräfte, die schon immer für die Gleichstellung eingetreten sind und dafür gekämpft haben, dies auch gemeinsam untermauern.

(Beifall)

Zweitens möchte ich, weil es heute um mehr geht als „nur“ um Gleichstellung, in tiefer Dankbarkeit meinen Eltern gegenüber sagen: Dass ich heute hier stehen und sehr offen über dieses Thema sprechen kann und darf, seit vielen Jahren dafür auch Politik machen darf, ist nicht selbstverständlich. Ich bin in den 80er-Jahren groß geworden. Damals war es alles andere als selbstverständlich, so offen aufwachsen zu dürfen, in einem Elternhaus, das einem niemals das Gefühl gegeben hat, man sei etwas, wofür man sich schämen müsse.

Ich möchte, dass spätestens mit dem heutigen Tag an all jene Eltern, die schwule oder lesbische Teenager zu Hause haben und sie liebevoll großziehen, auch ein Signal ausgesendet wird, dass sie keine schlaflosen Nächte mehr haben müssen, weil sie Angst haben müssen, dass ihren Mädchen oder Jungen möglicherweise eine schwierigere Zukunft bevorsteht als anderen.

(Beifall)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wofür FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und, seitdem sie im Landtag sind, auch die PIRATEN eintreten, ist eigentlich schlicht: Wir wollen **gesellschaftliche**

**Normalität.** Wir wollen niemanden auf ein Podest heben, wir wollen keine Sonderregelung treffen, sondern wir wollen, dass diejenigen unter uns, die sich - bisweilen jedenfalls - als Menschen zweiter Klasse vorkommen mussten, weil ihnen bestimmte Rechte vorenthalten wurden, ganz normal zu dieser Gesellschaft gehören, dass es völlig normal wird, in einer Familie zu leben, sich seine Familie aussuchen zu dürfen, eine Familie gründen zu dürfen. Dafür kämpfen diese Fraktionen.

Sehr geehrter Herr Kollege Günther, ich möchte Ihnen ganz persönlich meinen Respekt dafür aussprechen, dass Sie so mutig waren und das Heft des Handelns in die Hand genommen haben, einen Schlusstrich unter das Leid von vielen Ihrer Fraktionsmitglieder gezogen haben, die eigentlich ganz ähnlich gedacht haben, aber sich wohl einer parteipolitischen Räson, die wohl aus dem Bundeskanzleramt und möglicherweise der bayrischen Staatskanzlei kommt, verpflichtet fühlten. Sie sind hier vorweggegangen und haben gesagt: Auch die **CDU-Landtagsfraktion** in Schleswig-Holstein tritt für gleiche Rechte und Pflichten ein. Ich finde, nach den harten Auseinandersetzungen in den vergangenen 15 Jahren ist es nun an der Zeit, Ihnen hierfür Respekt, Anerkennung und Dank zu sagen.

(Beifall FDP, SPD, SSW und PIRATEN)

Bei dem **Referendum** in **Irland** haben sich in einem erzkatholischen Land rund zwei Drittel der Bevölkerung - nicht nur die Stadtbevölkerung, sondern auch die Landbevölkerung - für die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare ausgesprochen. Ich denke, über die Äußerung aus dem Vatikan, dass dies eine herbe Niederlage für die Menschheit sei, braucht man sich nicht weiter auszulassen. Enttäuschender fand ich ehrlich gesagt, die Einlassungen der saarländischen Ministerpräsidentin Kramp-Karrenbauer, und zwar aus folgendem Grund: Ganz offensichtlich in der Erkenntnis, dass eine Ehe zwischen Frau und Frau oder Mann und Mann nichts gesellschaftlich Abschreckendes mehr ist, eskaliert man einfach auf eine weitere Stufe und zieht die Karte von Polygamie und Inzest. Das fand ich unanständig. Das gehört sich in einer solchen Debatte nicht.

(Lebhafter Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich wünsche mir, dass am heutigen Tag ein starkes, ein geschlossenes **Signal** aller Fraktionen im Schleswig-Holsteinischen Landtag **nach Berlin** gesandt wird. Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin, ich denke, die Zeit ist reif. Der Norden geht hier, ge-

(Dr. Heiner Garg)

meinsam mit Ihren Parteifreundinnen und Parteifreunden, mutig voran.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vielen Dank für die letzten 15 Jahre Debatte. Ich hoffe, dass wir sie in dieser Legislaturperiode endlich mit Normalität beenden können. - Danke schön.

(Anhaltender Beifall)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die CDU-Fraktion erteile ich dem Abgeordneten Daniel Günther das Wort.

**Daniel Günther [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Uns liegen heute zwei Anträge zum Thema **Gleichstellung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften** in Deutschland vor. Wir haben hier im Landtag manche Debatte zu diesem Thema geführt. Vielleicht haben Sie registriert, dass sich die CDU-Fraktion bei den letzten Abstimmungen oft enthalten hat. Das lag nicht daran, dass es in unserer Fraktion einen plötzlichen Kurswechsel gegeben hat, sondern daran, dass es in den vergangenen Jahren und vergangenen Monaten viele Kolleginnen und Kollegen in der CDU-Fraktion gegeben hat, die schon für die vollständige Gleichstellung gewesen sind. Die CDU hat diesbezüglich einen Prozess durchlaufen, übrigens einen Prozess, der auch in anderen Parteien stattgefunden hat, der in der gesamten Gesellschaft stattgefunden hat.

Wir sind durchaus stolz darauf, dass wir als CDU-Landtagsfraktion diese aktuelle Debatte dafür nutzen können zu sagen: Eine Partei, die einen Wähleranteil von 40 % hat, die größte Volkspartei, die es in Deutschland gibt, darf keine Partei sein, die sich in wichtigen politischen Fragen von Gerichtsurteilen abhängig macht.

(Beifall CDU und FDP)

Vielmehr muss sie eine Partei sein, die mutig vorgeht, die mutig sagt, was sie gesellschaftspolitisch will, und deswegen bei solchen Themen offensiv nach vorn geht und klare Bekenntnisse abgibt. Das ist der Grund, warum wir heute einen eigenen Antrag eingereicht haben.

(Beifall CDU)

Gerade in der CDU gibt es das Ideal, das **Familienbild der Ehe** von Mann und Frau. Das ist übrigens nichts, was wir heute sozusagen zu den Akten legen. Wir sagen heute nicht, dass wir uns zu ganz neuen Wegen aufmachen. Vielmehr ist dies ein

Mehrheitsbild in unserer Gesellschaft. Viele Menschen leben dieses Ideal weiter. Wir als CDU stehen auch dafür ein. Deswegen sage ich an dieser Stelle sehr deutlich: Es ist nicht nur die CDU-Fraktion, die sich in den letzten Jahren bewegt hat, sondern auch in anderen Fraktionen ist es ja nicht so, dass immer die gleiche Einstellung die vergangenen Debatten zu diesem Thema beherrscht hat.

Wir haben hier im Parlament viel darüber gestritten, weil es in diesem Parlament auch viele gibt, die viele Jahre lang die Auffassung vertreten haben, die Ehe sei ein Relikt der Vergangenheit und müsse steuerlich nicht mehr gefördert werden. Ich denke, das ist eine Fehleinschätzung gewesen.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Jetzt ist es sogar so, dass Menschen, die homosexuell sind, sagen: Wir wollen die Ehe, wir wollen Verantwortung füreinander übernehmen. Deswegen ist es auch richtig, dass wir uns auch in diesen Bereichen dazu bekennen. Ich sage sehr bewusst: Ja, wir haben uns auch bewegt, und dies aus den gleichen Gründen. Wir haben gesagt: Wenn es in Deutschland Homosexuelle gibt, die einen Trauschein haben wollen, die sagen, sie wollen Verantwortung füreinander übernehmen, sie wollen auch Kinder adoptieren, sie wollen das Familienbild der Union leben, wer, wenn nicht die CDU, muss dies unterstützen? Das ist der Grund, warum wir diesen Antrag eingereicht haben.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Garg?

**Daniel Günther [CDU]:**

Sehr gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte sehr, Herr Kollege!

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Herr Kollege Günther, bei allem Respekt: Ich möchte nicht das Familienbild der CDU leben,

(Beifall FDP, SPD, SSW und vereinzelt PI-RATEN)

sondern ich möchte ohne Unterschied gegenüber irgendeinem anderen Menschen deutlich machen, dass ich genauso bereit bin, für meinen Partner Verantwortung zu übernehmen

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

und in einer Gemeinschaft zu leben. Das mag auch Ihrem Familienbild entsprechen, aber ich bitte an dieser Stelle doch, jetzt nicht alle Menschen, die auch unterschiedliche parteipolitische Einstellungen haben, für das Familienbild der CDU zu vereinnahmen.

(Beifall FDP, SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich habe vollen Respekt dafür, Herr Kollege Garg. Bitte respektieren Sie aber auch, dass ich diese Debatte hier im Landtag gern nutzen würde, um zu erklären, warum die CDU hier einen Positionswechsel vorgenommen hat, und dass ich vielleicht stärker als in anderen Debatten einmal deutlich sagen kann, warum wir als CDU jetzt hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu der Auffassung gekommen sind und warum wir es für richtig halten, dass gleichgeschlechtliche Partnerschaften die gleichen Rechte bekommen wie die Ehe. Das wollte ich damit deutlich machen. Deswegen habe ich das hier noch einmal erläutert.

(Beifall CDU)

Ich wünsche mir übrigens, dass wir durch diese Debatte vielleicht insgesamt mehr Respekt für unterschiedliche Lebensentwürfe entwickeln und dass wir auf der anderen Seite keine stigmatisierenden Begriffe für Ehen finden, bei denen vielleicht ein Partner nicht arbeitet, bei denen die Frau zu Hause bleibt oder bei denen ein Mann zu Hause bleibt. Das sind unterschiedliche Lebensmodelle, die auch nicht stigmatisiert werden dürfen.

(Beifall CDU)

Ich bekenne, für viele in meiner Fraktion ist auch Ihr Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, zustimmungsfähig, aber es gibt nicht nur in der CDU Teile der Gesellschaft, die sagen: Der **Begriff Ehe** sollte weiterhin eine Gemeinschaft von Mann und Frau beschreiben.

Uns geht es darum, dass es hier eine **Gleichberechtigung** gibt. Deswegen wünsche ich mir, dass wir heute keine Debatte über Begrifflichkeiten in den Mittelpunkt stellen, sondern dass wir an Deutschland insgesamt, an Berlin und an die Gesellschaft heute als Schleswig-Holsteinischer Landtag ein gemeinsames Signal aussenden und sagen: Wir wollen Schluss machen mit der Diskriminierung von bestimmten Lebensmodellen. Wir wollen Schluss machen mit der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften. Ja, wir wollen alle Rechte

und Pflichten für gleichgeschlechtliche Partnerschaften. Ich sage persönlich ausdrücklich: Das schließt natürlich Adoptionen ein. Wenn wir von gleichen Rechten sprechen, dann muss dies auch für eine vollständige Adoption gelten.

Ich glaube, es wäre ein tolles Signal, wenn wir als Schleswig-Holsteinischer Landtag dieses Signal an Berlin aussenden und sagen: Seid mutig in Berlin, wartet nicht auf Gerichtsurteile, sondern sorgt jetzt dafür, dass wir eine Gleichstellung bekommen. Das wäre ein tolles Signal, wenn Sie unserem Antrag hier Ihre Zustimmung geben könnten und wenn wir gemeinsam dieses Signal aussenden könnten. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, vereinzelt PIRATEN und Beifall Anita Klahn [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Danke schön. - Für die SPD-Fraktion erteile ich der Kollegin Simone Lange das Wort.

**Simone Lange [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eigentlich ist heute ein historischer Tag. Das erste Mal in der Geschichte des Landes und vielleicht sogar in der Geschichte der Bundesrepublik fordert ein Länderparlament einstimmig die Öffnung der Ehe. Wir haben noch nicht abgestimmt, aber das könnte heute so sein. Damit zeigt sich, dass sich das jahrelange Engagement derer, die für **Gerechtigkeit** kämpfen, gelohnt hat und auch weiterhin lohnt, denn nichts anderes als Gerechtigkeit ist diese Forderung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW, vereinzelt CDU und FDP)

Nun gilt es, diese Einstimmigkeit nach Berlin zu tragen und in Berlin klar zu machen, dass die Ehe schon jetzt, ohne Grundgesetzänderung, allen zu steht.

(Beifall SPD, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ein aktuelles Gutachten der Friedrich-Ebert-Stiftung, das - ich glaube - vor zwei oder drei Tagen veröffentlicht wurde, zeigt, dass die unterschiedliche Geschlechtlichkeit überhaupt kein Merkmal des **Ehebegriffs** in unserer Verfassung ist. Das Recht auf Ehe steht also schon jetzt jedem und jeder in unserer Republik zu, und wir verwehren es den Schwulen und Lesben unseres Landes. Das ist nicht richtig.

(Simone Lange)

Deshalb gilt nicht das, was die CDU mit ihrem Antrag leider tut. Wir erkennen an, dass hier ein Positionswechsel stattgefunden hat. Es wäre noch besser, wenn Sie jetzt auf die Höhe der Zeit kämen. Sie möchten nämlich gern auch zukünftig zwei Formen von Lebenspartnerschaften oder Lebensgemeinschaften, eine weitere neben der Ehe, haben. Ich will Ihnen sagen, warum das nicht geht, und ich kann Ihnen das nicht ersparen: Der Qualitätsunterschied besteht schon darin, dass das eine einen verfassungsmäßigen Schutz hat, das andere nicht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SSW und Beifall Dr. Heiner Garg [FDP])

Weil dies so ist, kann es auf die Frage: „Willst du, CDU, die Öffnung der Ehe?“, eigentlich nur zwei Antworten geben, nämlich: „Ja, ich will!“, oder für die, die auch für den Gottesbezug in der Verfassung stehen: „Ja, mit Gottes Hilfe.“

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir wollen im echten Norden echte Gleichstellung. Deshalb werbe ich noch einmal vor allem in die Richtung der CDU-Landtagsfraktion: Stimmen Sie auch unserem Antrag zu.

Wir werden Ihrem Antrag zustimmen, sagen aber ganz deutlich, dass er hinter dem zurückbleibt, was wir brauchen. Wir brauchen echte Gerechtigkeit und echte Gleichstellung. Diese funktionieren nur, wenn es für Lebensabschnitte und Partnerschaften, die ich eingehen will, eine Form für alle gibt. Diese Form heißt in Deutschland Ehe. Daher: Stimmen Sie auch unserem Antrag zu. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt FDP)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Eka von Kalben das Wort.

#### **Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es bewegt sich etwas. Die Iren, bisher nicht gerade das Volk mit dem modernsten Gesellschaftsbild, haben sich für die Öffnung der Ehe ausgesprochen. Wer hätte das gedacht! Und hier in Schleswig-Holstein bewegt sich auch etwas: Die CDU-Fraktion im Landtag bewegt sich. - Herzlich willkommen an Bord!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

Die Politik folgt der gesellschaftlichen Realität; jedenfalls ein bisschen. Dies gilt für die Politik im Schleswig-Holsteinischen Landtag, in Irland und in Mexiko. Das erfreut mich, und das ist etwas, worauf wir hier im Norden stolz sein können. Wir sind eben manchmal etwas anders.

Ich denke, es ist müßig, den Parteien vorzuwerfen, wer wann zu welcher Erkenntnis gekommen oder zu spät dran sei. Liebe CDU-Fraktion und lieber Daniel Günther, entscheidend ist, dass Sie es ernst meinen mit der Gerechtigkeit und nicht sagen: Weil die Gerichtsurteile uns treiben, müssen wir uns bewegen. Mir ist es ganz wichtig, dass Sie wirklich überzeugt sind von dem, was Sie tun, und dass Sie - und das ist wahrscheinlich eine besonders schwierige Aufgabe - die Mehrheit in der CDU davon überzeugen. Dort ist man zumindest nach dem, was zum Beispiel Ihr Landesvorsitzender dazu sagt, noch anderer Meinung. Entscheidend ist, dass es sich hier nicht um einen kurzen Medienhype und um Effekthascherei handelt, sondern um den ehrlichen Willen, Akzeptanz und Toleranz für verschiedene Lebensformen zu schaffen; auch rechtlich und mit allen Konsequenzen.

Meine Damen und Herren, ich möchte es wiederholen: Eine Öffnung der Ehe bedeutet auch eine **Gleichstellung im Adoptionsrecht**.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und vereinzelt SPD)

Familie ist für uns da, wo Kinder sind; unabhängig davon, ob Menschen alleinerziehend sind oder nicht, und auch unabhängig davon, ob sie verheiratet sind oder nicht. Wir wollen, dass der Staat in erster Linie die Menschen unterstützt, die für einander sorgen, und das geschieht häufig - oder immer - dort, wo Kinder sind. Das geschieht natürlich auch dort, wo Menschen sich gegenseitig bei Krankheit oder im Alter unterstützen.

Dafür ist aber auch nicht immer der Gang zum Standesamt möglich und sehr häufig auch nicht gewollt.

Wir haben auch schon vor zehn Jahren genau das, was Sie jetzt fordern, nämlich das **Eheersatzinstitut**, die gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften, diskutiert. Damals gab es dazu zwei Kritiken: Eine Kritik war, die Rechte gingen nicht weit genug. Natürlich ist das so. Das kritisieren wir heute noch. Es hat keinen Verfassungsrang, und es ist

**(Eka von Kalben)**

eben nicht genau das gleiche Recht, das Menschen haben, die sich für die Ehe entscheiden.

Es gab und gibt natürlich aber auch die Kritik derjenigen, die sich dagegen wehren, überkommene **Privilegien, Rechte und Ungerechtigkeiten** im Ehe-recht auszuweiten. Und ja, das ist für uns auch heute noch ein wichtiger Punkt. Wir finden, dass die Ehe zum Teil immer noch denjenigen gegenüber, die sich gegen eine Verrechtlichung entscheiden, ungerecht ist. Deshalb müssen wir an der Stelle, an der wir über eine Ausweitung der Ehe reden, auch darüber reden, dass es Eheprivilegien gibt, wie das Ehegattensplitting oder die Trennungsmöglichkeiten, und dass es dort Ungerechtigkeiten gibt.

Aber der entscheidende Punkt ist dieser: Solange es die Ehe mit all ihren Privilegien und Sonderstatuten gibt, egal nach welchem Ehe-recht, kann es nicht sein, dass dies für einen Teil der Bevölkerung gilt, für den anderen aber nicht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb fordern wir mit Entschiedenheit, dass die Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften und gleichgeschlechtlicher Paare beendet werden muss. Wir fordern die Öffnung der Ehe für alle.

Ein vermeintlich modernes Land wie Deutschland darf nicht Gefahr laufen, gesellschaftspolitisch die rote Laterne zu bekommen. Wir dürfen uns nicht von anderen Ländern in der Moderne überholen lassen. Deshalb sollte heute von Schleswig-Holstein ein starkes Signal zur Öffnung der Ehe ausgehen. Auch Sie bewegen sich heute einen Schritt weiter, und wir bewegen uns auf Sie zu und stimmen Ihrem Antrag zu. Deshalb möchte ich Sie bitten: Stimmen auch Sie unserem Antrag zu, weil, liebe CDU, nur dieser Antrag für eine echte Gleichberechtigung gleichgeschlechtlicher Lebensgemeinschaften steht.

Liebe CDU, ich danke Ihnen, dass Sie diesen Schritt gehen, dass Sie diesen Antrag eingebracht haben und sich für mehr Gleichberechtigung einsetzen. Aber ich glaube, es wäre ein gutes und starkes Signal, wenn wir gemeinsam und einstimmig beide Anträge beschließen würden. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Piratenfraktion erteile ich dem Herrn Abgeordneten Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Heute Mittag wird im **Bundestag** ein Gesetzentwurf der grünen Bundestagsfraktion behandelt, der die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Paare vorsieht.

(Beifall PIRATEN und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Ergebnis dieser Debatte im Bundestag ist uns allen jetzt schon klar: Es wird keine Mehrheit für diesen Antrag der Grünen geben. Die Ungleichbehandlung von gleichgeschlechtlichen Paaren wird mal wieder nicht behoben werden.

Bei diesem Thema würde ich mir wünschen, dass Daniel Günther heute Bundeskanzler wäre und die CDU/CSU-Bundestagsfraktion so entscheiden würde wie die CDU-Landtagsfraktion in Schleswig-Holstein. Zumindest bei diesem Thema wären wir dann einen Schritt weiter.

(Heiterkeit CDU)

Wenn dem so wäre, würde endlich die ewige Diskriminierung von gleichgeschlechtlichen Paaren aufhören. Dies wäre ein großer Tag.

Über Jahrzehnte hinweg mussten Homosexuelle dafür kämpfen, dass sie nicht kriminalisiert werden, und jetzt müssen sie dafür kämpfen, dass sie **dieselben Rechte** bekommen wie jeder andere Mensch auch. Meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, dass Menschen dafür kämpfen müssen, dass sie dieselben Rechte haben wie jeder andere Mensch auch. Dies sollte eine Selbstverständlichkeit sein. Diese Selbstverständlichkeit blockiert die CDU/CSU-Fraktion im Bundestag.

(Beifall PIRATEN)

Da kann ich die Christdemokraten hier im Land durchaus loben. Sie haben ein wichtiges Signal an den Rest der CDU ausgesendet. Nicht nur für die Öffnung der Ehe, sondern auch für die Gleichstellung haben sie sich ausgesprochen. Mir gibt dies Hoffnung, dass sich die Politik im Deutschen Bundestag auch in dieser Frage etwas bewegen kann.

Allerdings gibt es viele Stimmen bei der CDU, die mir durchaus Sorgen machen. Ich denke zum Beispiel an den Kieler Bundestagsabgeordneten und Kreisvorsitzenden Thomas Stritzl, der nach dem Referendum in Irland keinen „Ad-hoc-Bedarf für die sogenannte Öffnung des Instituts der Ehe sieht“ und sagt, die Ehe sei auf die Gemeinsamkeit von Mann und Frau ausgelegt und „bilde die Keimzel-

(Torge Schmidt)

le“ unserer Gesellschaft. Das kann einfach nur vom Anfang des letzten Jahrtausends stammen.

Wer jetzt noch eine grundlegende Diskussion fordert, der hat die letzten 20 Jahre in Winterschlaf verbracht oder einfach nur Angst um sein Weltbild. Lieber Kollege Günther, ich wünsche Ihnen viel Erfolg dabei, mit dem Kollegen Stritzl eine Grundlegendendiskussion über dieses Thema zu führen.

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn man sich noch ein bisschen weiter umschauf, findet man noch ganz andere Äußerungen, zum Beispiel die der saarländischen Ministerpräsidentin, die den Untergang des Abendlandes herbeiredet. Sie sagte, wenn Homosexuelle heiraten dürften, dann dürften bald auch Verwandte und mehr als zwei Menschen heiraten. Sodom und Gomorra!

Wer Homosexualität mit Inzest auf eine Stufe hebt, der zeigt recht deutlich, wes Geistes Kind sie ist.

In einem Punkt jedoch möchte ich den Denkansatz von Frau Kramp-Karrenbauer durchaus aufnehmen. Mit Erlaubnis der Frau Präsidentin möchte ich deshalb kurz aus dem **Programm der PIRATEN** zitieren.

(Zuruf CDU: Oh!)

- Ja, wir haben ein Programm, und das ist tatsächlich schon 2010 oder 2011 beschlossen worden. - Ich zitiere:

„Die PIRATEN setzen sich ein für die vollständige rechtliche Gleichstellung von Ehe und eingetragener Partnerschaft. ... Die eingetragene Partnerschaft ist für alle Formen der Partnerschaft zu öffnen; Konzepte der Erweiterung der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu einer eingetragenen Lebensgemeinschaft auch von mehr als zwei Personen müssen erarbeitet und verwirklicht werden.“

Wegen dieser Werte bin ich stolz, PIRAT zu sein.

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Das steht im Bundesprogramm.

Ich bin also stolz, wegen dieser Werte PIRAT zu sein. Beenden wir endlich die Diskriminierung von Homosexuellen. Vollständige Gleichstellung jetzt!

Liebe CDU, ich freue mich auf die Debatte über polygame und polyamore Lebensmodelle. Dann können Sie endlich Ihre konservativen Werte hochhalten, bis die Gesellschaft Sie wieder abgehängt hat. - Ich danke Ihnen.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nun erteile ich für die Kolleginnen und die Kollegen des SSW dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ist immer wieder erstaunlich, dass man noch ernsthaft darüber diskutiert, ob Menschen gleichen Geschlechts die Ehe schließen können sollen oder nicht. Eigentlich sollte das inzwischen das Normalste der Welt sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ehe ist ein vertragsähnliches Versprechen, in bestimmten Situationen bestimmte Rechtsfolgen gelten zu lassen. Zugegeben ist das eine nicht sehr romantische Formulierung, aber letztendlich ist es das. Es geht hier darum, dass Menschen eine bestimmte Rechtsfolge für bestimmte Fälle beschließen und für einander einstehen wollen. Den romantischen Teil der Ehe stelle ich bewusst zur Seite, weil jeder sicherlich diesen Part auch anders ausleben kann. Aber die **rechtlichen Fragestellungen** haben genau die gleiche Relevanz für gleichgeschlechtliche wie für heterosexuelle Paare, nur, dass die gleichgeschlechtlichen Paare hier immer noch nicht vollständig gleichgestellt sind. Das ist immer noch ein Skandal, meine Damen und Herren.

(Beifall SSW und SPD)

Ich bin mir sogar sicher, dass das, was auch schon in den vergangenen Jahren zu einer Weiterentwicklung in dieser Frage geführt hat, nämlich das Klagen vor dem **Bundesverfassungsgericht**, immer wieder Erfolg haben wird. Wir können als Politik dabei zusehen, wie sich Menschen ihr verdientes Recht vor Gericht einklagen, oder wir versuchen, den Menschen ihr Recht zu geben. Mir als Politiker liegt da die zweite Variante näher. Dabei sage ich ganz deutlich, dass wir vom SSW zwar durchaus unterstützen, dass Lebenspartnerschaften per Gesetzgebung mit der Ehe gleich gestellt werden sollen, aber eigentlich gibt es einen viel einfacheren Weg, nämlich die **Öffnung der Ehe** für gleichgeschlechtliche Paare.

Diesen Weg ist man auch in Dänemark und in vielen anderen Ländern schon gegangen. Ich glaube, wir sollten uns hier mit an die Spitze der Bewegung in Deutschland setzen. In Dänemark hat man schon 1989 registrierte Partnerschaften für gleichgeschlechtliche Paare eingeführt, und 2012 hat das

(Lars Harms)

dänische Folketing die Öffnung der Ehe für gleichgeschlechtliche Partnerschaften beschlossen. Dort ist es sogar möglich, kirchliche Trauungen von gleichgeschlechtlichen Paaren vorzunehmen.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

In Deutschland sind bereits viele Bereiche zwischen Ehe und Lebenspartnerschaft gleichgestellt. Trotzdem gibt es in einigen wenigen Bereichen noch Unterschiede. Der wichtigste hierbei ist das gemeinsame **Adoptionsrecht**. Zwar können Menschen Kinder aus früheren Beziehungen in eine gleichgeschlechtliche Partnerschaft mitnehmen, und dann kann es auch unter bestimmten Bedingungen zu einer Adoption durch den Partner oder die Partnerin kommen. Aber das Ganze ist immer noch nicht ganz einfach, und für zwei Personen aus einer Lebenspartnerschaft ist es gänzlich unmöglich, gemeinsam ein fremdes Kind zu adoptieren.

Hier stellt sich doch die Frage, ob man nicht durchaus annehmen kann, dass die Personen, die sich gemeinsam bewusst für ein Kind entscheiden, obwohl sie sonst keines bekommen könnten - das gilt im Übrigen auch für heterosexuelle Paare ohne Kinder -, hier nicht eine besondere Sicherheit geben, dass das Kind wohlbehütet aufwächst. Zumindest will es mir nicht einleuchten, dass immer noch solche bewussten Entscheidungen für ein Kind gesetzlich unterbunden werden.

Natürlich sind homosexuelle Partner keine Überaltern, aber heterosexuelle Partner, die auf natürlichem Wege Kinder gezeugt haben, sind auch nicht immer die Garantie dafür, dass es den Kindern am Ende gut geht.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Uli König [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, Maßstab für uns ist deshalb die Frage, wie bewusst sich Menschen für die Adoption entscheiden und welche Rahmenbedingungen in der Partnerschaft vorhanden sind. Dabei spielt es keine Rolle, ob beide das gleiche oder ein unterschiedliches Geschlecht haben. Deshalb muss hier auch eine Gleichstellung für eingetragene Partnerschaften geschaffen werden.

Meine Damen und Herren, ich denke, das sehen die meisten Menschen in Deutschland inzwischen genauso. Wenn es darum geht, ob die Menschen die eingetragenen Lebenspartnerschaften positiv sehen oder nicht, erhält man regelmäßig Zustimmungsraten von rund 70 %. Das ist inzwischen eine riesige Unterstützung aus der breiten Bevölkerung.

Vielleicht führt das auch zu einem Umdenken bei den politisch Verantwortlichen. Nach unserer Auffassung, darf es dabei keine Denkverbote geben. Herr Kollege Günther hat sich ja schon zur Gleichstellung homosexueller Partnerschaften geäußert. Wir begrüßen, dass hier jetzt eine Öffnung stattfinden soll, und hoffen, meine Damen und Herren, dass die CDU auch auf Bundesebene und in ihrem eigenen Landesverband mitzieht. Das könnte ein richtig gutes Zeichen sein und endlich den Menschen die Rechte geben, die ihnen zustehen.

Aber letztendlich kann die Gleichstellung von Lebenspartnerschaften und Ehe nicht das Ende sein, meine Damen und Herren, sondern die Ehe muss für alle geöffnet werden. Deshalb würden wir uns in der Tat sehr freuen, wenn die CDU heute auch noch diesen letzten Schritt machen würde. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Kubicki [FDP])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die CDU-Fraktion hat Frau Kollegin Katja Rathje-Hoffmann das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach und nach nähern sich beide Formen - die eingetragene Lebenspartnerschaft und die Ehe -, einander an. Das ist auch gut so.

Es wurde ein bisschen - „bisschen“ in Anführungszeichen - gepusht durch die Urteile des Bundesverfassungsgerichtes, die die Gleichstellung nach und nach immer mehr vorangetrieben haben. Wir erinnern uns, dass es im Juni 2013 die steuerliche Gleichstellung gab. Ein Jahr später gab es das Urteil zur Sukzessivadoption. Das ist jetzt Realität. Die steuerliche Gleichstellung der eingetragenen Lebenspartnerschaft mit der Ehe haben wir jetzt. Man kann auch Kinder adoptieren. Dazu komme ich noch.

Wir wissen aber auch, dass die Union und die Sozialdemokraten auf **Bundesebene** einen **Koalitionsvertrag** abgeschlossen haben, der vorsieht, in dieser Legislaturperiode keine gesetzlichen Voraussetzungen für eine Gleichstellung der Ehe mit der eingetragenen Lebenspartnerschaft zu schaffen

(Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

(Katja Rathje-Hoffmann)

- Das wissen wir, und das alles nehmen wir zur Kenntnis. Das diskutieren wir hier jetzt nicht.

Gerade wir in der **Union** diskutieren nämlich mit unseren Mitgliedern und mit der Bevölkerung intensiv und unaufhörlich. Das können Sie mir glauben. Ich stelle fest, dass es einer großen Partei sehr gut tut, wenn ihre Mitglieder miteinander diskutieren, wenn sie miteinander reden, argumentieren und wenn sie auch streiten. Das tut der Demokratie gut. Dann findet eine Meinungsbildung statt.

Wir wissen, dass es immer noch Menschen gibt, die erhebliche Bedenken dagegen haben. Das können wir hier auch nicht wegdiskutieren, bei aller großen neuen Einigkeit, die wir hier haben. Bei einigen Menschen gibt es Schwierigkeiten, dies nachzuvollziehen. Ich finde, das müssen wir auch akzeptieren. Mit diesen Menschen müssen wir reden. Dazu gehört auch die katholische Kirche.

(Beifall Uli König [PIRATEN] - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Dass die Ehe immer das Ziel hat, so wie es die katholische Kirche sagt, Kinder zu zeugen, stimmt ja so nicht, meine Damen und Herren. Es gibt viele Gründe, warum Ehen kinderlos bleiben. Manchmal hat es medizinische Gründe.

(Unruhe)

- Frau Präsidentin, dort hinten ist es so laut! - Manchmal hat es Altersgründe. Es gibt auch viele andere Gründe. Trotzdem werden diese Menschen, diese Partner, nicht diskriminiert. Warum also Menschen diskriminieren, die gleichen Geschlechts sind und die auch dieses Ziel verfolgen?

(Beifall CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Ich halte es für schwierig, immer darauf zu warten, was das Bundesverfassungsgericht gerade tut, und dann erst zu reagieren. In der **Bevölkerung** ist man schon viel weiter. In der Bevölkerung versteht man nicht, warum es nicht das **volle Adoptionsrecht** bei gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaften gibt. Den logischen Unterschied zwischen einer normalen Adoption und einer Sukzessivadoption muss man einigen Leuten immer wieder erklären. Bei dem einen gibt es eine Schleife mehr, aber das Ergebnis ist bei beiden dasselbe: Das Kind hat nachher zwei Elternteile. Mal ist es ein Vater mehr, mal eine Mutter mehr. Wo ist also der Unterschied? Ich sehe keinen.

Ich denke, da sind wir alle in diesem Haus heute einen großen Schritt weiter. Ich finde, das ist das

Positive, was nach außen gehen sollte. Es gibt Trennendes, aber ich denke, das ist das Signal, das wir in die Welt, nach ganz Deutschland senden: Wir wollen, dass Eltern, die das gleiche Geschlecht haben, auch Kinder adoptieren können.

(Beifall CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Kollegin, entschuldigen Sie bitte. Sie müssen auf die Uhr vor Ihnen achten und bitte zum Schluss kommen.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Ja, Frau Präsidentin. Das will ich gern tun. Ich will den Schluss jetzt einleiten. - Ich will keine unnötigen Verfahren für Adoptionseletern. Ich möchte da die Gleichstellung haben. Ich denke, bei Adoptionen werden Eltern sowieso auf Herz und Nieren geprüft. Da kann es nur richtig sein, dass es immer im Sinne der Kinder geschieht. Kinder haben keine Probleme damit, wenn sie Vater und Vater haben oder Mutter und Mutter. - Herzlichen Dank.

(Lebhafter Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Landesregierung erteile ich das Wort der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Die **Zivilehe** ist gleichgeschlechtlichen Paaren bis heute verwehrt. Das bedeutet eine Ungleichbehandlung aufgrund der sexuellen Identität, für die es nach Auffassung der Landesregierung keinerlei Legitimation gibt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Von den Gegnern der Gleichstellung schwuler und lesbischer Paare wird gern die These vertreten, es sei das Wesen der Ehe, die Verbindung eines Mannes mit einer Frau zu sein. Wer das sagt, der ignoriert allerdings, dass die Zivilehe in unserer Rechtsordnung im BGB institutionalisiert und dem **Wandel** zugänglich ist, in gesellschaftlicher und auch in rechtlicher Hinsicht. Teil des Wesens der Ehe war nämlich einmal, dass der Mann weitreichende Ent-

**(Ministerin Kristin Alheit)**

scheidungsrechte über seine Ehefrau hatte, dass der Ehemann das Recht hatte, von der Frau geschlossene Verträge zu kündigen, dass die Berufstätigkeit der Frau von der Zustimmung des Ehemannes abhängig war und - was heute gern vergessen wird - dass bis Ende der 1980er-Jahre Ehe auch Strafflosigkeit der Vergewaltigung der Ehefrau durch ihren Mann bedeutete.

(Beate Raudies [SPD]: Genau!)

Als Frau und Gleichstellungsministerin sage ich Ihnen ganz deutlich: Dass dies heute nicht mehr so ist, sehe ich als wesentlich weitreichendere Veränderung des Wesens der Ehe an, als die Öffnung für Paare gleichen Geschlechts es je sein könnte.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für unsere Gesellschaft und für die Vollendung der Gleichstellung schwuler und lesbischer Bürgerinnen und Bürger ist die Öffnung allerdings ein ganz wichtiger und bedeutender Schritt. In etlichen Ländern Europas und der Welt wurde dieser Schritt längst gegangen, zuletzt, wie wir eben gehört haben, in Irland durch einen Volksentscheid.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung hat erklärt, rechtliche und gesellschaftliche Initiativen zu ergreifen und zu unterstützen, um die rechtliche und auch faktische Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung zu beenden. Nicht zuletzt deshalb haben wir in Kooperation mit dem Lesben- und Schwulenverband Schleswig-Holstein den **Aktionsplan „Echte Vielfalt“** erstellt. Ziel ist es, gesellschaftliche Felder, auf denen Homophobie und Diskriminierung besonders gravierend sind, zu identifizieren, damit Unterstützungsmöglichkeiten und Stärkung für Betroffene angeboten und gesellschaftliche Veränderungsprozesse initialisiert werden können.

Schleswig-Holstein ist der **Koalition gegen Diskriminierung** beigetreten, die Teil einer bundesweiten Offensive für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft ist. Bei der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten wurde eine Antidiskriminierungsstelle eingerichtet, die von Diskriminierung betroffene Bürgerinnen und Bürger berät. Auch auf Bundesebene - um diese geht es ja auch in den vorliegenden Anträgen - setzt sich Schleswig-Holstein für gleiche Rechte für sexuelle Vielfalt ein.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben im Jahr 2013 eine Bundesratsinitiative für ein Gesetz zur Gleichstellung der Lebenspartnerschaften mit der Ehe im Einkommensteuerrecht als mitan-

tragstellendes Land unterstützt. Ebenfalls im Jahr 2013 haben wir den Entwurf eines Gesetzes zur Einführung des Rechtes auf Ehe für gleichgeschlechtliche Personen beim Bundesrat eingebracht, und zwar gemeinsam mit Rheinland-Pfalz, Hamburg, Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Im Jahr 2014 - Sie erinnern sich vielleicht noch an die Debatte in diesem Haus - haben wir uns im Bundesrat für gleiche Rechte für gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften bei Adoption eingesetzt, federführend gemeinsam mit dem Land Sachsen-Anhalt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ganz aktuell beabsichtigen wir, uns im Bundesrat einem Entschließungsantrag aus Rheinland-Pfalz anzuschließen.

Bundesregierung und Bundesrat sind gefordert, die **verfassungswidrige Diskriminierung** eingetragener Lebenspartnerschaften zu beenden. Sie sind gefordert, eine vollständige Gleichbehandlung der Ehe von gleich- und verschiedengeschlechtlichen Paaren im gesamten Bundesrecht herzustellen. Dies umfasst insbesondere die Öffnung der Ehe und die Schaffung eines vollen gemeinschaftlichen Adoptionsrechtes für gleichgeschlechtliche Paare.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es darf keine unterschiedlichen Regelungen für die gleiche Situation geben; denn zwei Menschen bekennen sich zueinander. Diese Maxime, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird diese Landesregierung immer vehement vertreten.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Ich schließe die Beratung. Wir kommen zur Abstimmung. Ich teile Ihnen zunächst mit, dass sich die Fraktionen darauf verständigt haben, dass beide Anträge abgestimmt werden sollen. Ich schlage Ihnen daher vor, die beiden zu eigenständigen Anträgen zu erklären. - Dazu sehe ich keinen Widerspruch.

Die SPD-Fraktion hat namentliche Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW beantragt. Hierbei handelt es sich um Drucksache 18/3076 (neu). Sie kennen

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

die Regelungen nach § 23 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung, wonach die namentliche Abstimmung durchgeführt wird, wenn mindestens 18 Abgeordnete diese verlangen. 18 Abgeordnete hat die SPD-Fraktion, deshalb werden wir jetzt zur namentlichen Abstimmung kommen. Ich lasse zunächst über diesen Antrag Drucksache 18/3076 (neu), abstimmen und bitte die Schriftführer mit der namentlichen Abstimmung zu beginnen.

(Namentliche Abstimmung)<sup>1</sup>

Meine Damen und Herren, wir haben ein Abstimmungsergebnis. Es sind 68 Abgeordnete anwesend, davon haben 46 Abgeordnete mit Ja gestimmt, und 22 Abgeordnete haben sich der Stimme enthalten. Damit ist der Antrag Drucksache 18/3076 (neu) angenommen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/3113. Wer diesem Antrag seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe? - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag einstimmig angenommen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall CDU)

Meine Damen und Herren, ich rufe nun die Tagesordnungspunkte 39 und 40 auf:

**Gemeinsame Beratung**

**a) Tätigkeitsbericht 2014 der Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten des Landes Schleswig-Holstein bei dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Landtages**

Drucksache 18/2911

**b) Tätigkeitsbericht 2013/2014 der Antidiskriminierungsstelle des Landes Schleswig-Holstein**

Drucksache 18/2912

(Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, zu diesem Tagesordnungspunkt darf ich sehr herzlich auf der Tribüne die Bürgerbeauftragte Samiah El Samadoni begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landtag!

(Beifall)

Ich eröffne die Aussprache und teile Ihnen zunächst mit, dass die Landesregierung keine Redezeit zu diesem Tagesordnungspunkt angemeldet hat. - Zunächst spricht die Abgeordnetenkollegin Katja Rathje-Hoffmann von der CDU-Fraktion.

**Katja Rathje-Hoffmann [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau El Samadoni! Eine neue Bürgerbeauftragte, ein neuer und anderer Stil und eine weitere neue Aufgabe mit der Antidiskriminierungsstelle. So viel Neues, auch für uns als Abgeordnete, Frau El Samadoni. Zunächst möchte ich allerdings an dieser Stelle noch einmal der vorherigen Beauftragten für soziale Angelegenheiten, Frau Wille-Handels, danken. Sie war immer Streitbar und erfolgreich und hat sich für die sozialen Belange der Menschen in unserem Land eingesetzt.

Seit Mai letzten Jahres erfüllt diese Aufgabe nun Frau Samiah El Samadoni. Einiges hat sich verändert, und einiges ist neu - wie zum Beispiel das proaktive Bestreben nach einem **regelmäßigen Austausch** mit den Abgeordneten aller Fraktionen für eine ständige Einbindung und Kommunikation untereinander und miteinander. Das finde ich sehr gut. Danke schön dafür.

(Beifall)

Im Berichtszeitraum kam es zu einem leichten Rückgang der **Eingaben** oder Petitionen von 3.875 im Jahr 2013 auf 3.477 im letzten Jahr. Ursache dafür kann auch sein, dass wir jetzt eine **Antidiskriminierungsstelle** in Schleswig-Holstein haben und dass es ein bisschen weniger Probleme im Bereich des SGB II gibt, bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende.

Die Beauftragte setzt sich aktiv für eine bessere Kommunikation mit den Jobcentern und der Agentur für Arbeit ein. Ganz oben auf der Liste steht immer noch, die verständliche Lesbarkeit der Bescheide zu verbessern und häufig nachzufassen, wenn wichtige Kundenunterlagen fehlen - um all das kümmern Sie sich. Das ist richtig so. Sie tun den Leuten gut, die sich an Sie wenden.

Meist stellt sich dann in der Aufklärung heraus, dass falsches Abheften oder die Überlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Agenturen die Ursache war oder auch zu häufig wechselnde Mitarbeiter. Inhalt vieler Petitionen ist auch die Beschwerde über eine ausgeprägte Misstrauenskultur

<sup>1</sup> Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt als Anlage bei

(Katja Rathje-Hoffmann)

in den Jobcentern. Kunden fühlen sich häufig wie Bittsteller, und das soll nicht sein.

Frau El Samadoni setzt sich in all diesen Fällen oft persönlich für ein Umdenken im Sinne der Petenten ein. Insgesamt zu neun Themenfeldern gibt es in Ihrem Bericht Anregungen und Vorschläge. Nennen möchte ich die sogenannte **Krankengeldfalle** und die damit verbundenen Folgen der verspäteten Einreichung der Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen sowie den Themenkomplex rund um die **Schulbegleitung**, der Eltern, Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Assistenzkräften zurzeit sehr große Sorgen bereitet. Unklar ist nach wie vor die Lage bei der Schulbegleitung und neuen Schulassistenten. Hier müssen ganz schnell dauerhafte Lösungen zum bestehenden Streit um die Finanzierung der Schulbegleitung gefunden werden, schon zum nächsten Schuljahr im August. Die Zeit drängt.

(Beifall Heike Franzen [CDU])

Die Eltern fragen sich zu Recht und immer lauter: Was wird im neuen Schuljahr aus meinem Kind, wer hilft mir weiter, und wie geht es weiter? Die Beauftragte stellt fest, dass es große Unsicherheiten gibt, weil bislang noch niemand weiß, welche Qualitätsanforderungen die geplanten Schulassistenten haben sollen.

Das geht an die Landesregierung - da ist gerade nicht viel zu sehen. Bringen Sie sich hier so schnell wie möglich ein, bringen Sie mehr Licht ins Dunkel! Die Eltern warten darauf.

Im Berichtszeitraum von 2013 bis 2014 haben sich rund 140 Bürgerinnen und Bürger an die Antidiskriminierungsstelle des Landes gewendet. Auf der Grundlage des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes ging es um Fälle der Benachteiligung aus Gründen der ethnischen Herkunft, des Geschlechts, der Religion, der Weltanschauung, der Behinderung, des Alters oder auch der sexuellen Identität.

Nach zwei Jahren zeigt sich deutlich, dass es immer noch einen hohen **Informations- und Umsetzungsbedarf** in der Verwaltung, im Arbeitsleben und bei vielen Bürgerinnen und Bürgern und Defizite in der Praxisanwendung gibt. Die Antidiskriminierungsstelle betreibt viel Öffentlichkeitsarbeit und arbeitet aktiv daran, dass diese Defizite abgebaut werden.

Frau El Samadoni, Sie konnten einer Schwangeren helfen, die von ihrer Fortbildung abgemeldet worden ist. Abhilfe gab es auch bei Mobbing am Arbeitsplatz und Benachteiligung durch eine Schwer-

behinderung bei einem Bewerbungsverfahren. Weitere Probleme gab es mit rassistischer Diskriminierung im Alltag und bei der Benachteiligung gleichgeschlechtlicher Eltern. Das haben wir eben gehört. Diese und viele weiteren Probleme werden kompetent und zielgerichtet von der Bürgerbeauftragten angegangen, thematisiert und Lösungen herbeigeführt. So stellen wir uns das vor.

Frau El Samadoni, machen Sie weiter so! Schönen Dank!

(Beifall)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat der Kollege Wolfgang Baasch das Wort.

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 3.477 Bürgerinnen und Bürger haben sich im vergangenen Jahr mit ihren Sorgen und Nöten an die Bürgerbeauftragte für soziale Angelegenheiten im Land Schleswig-Holstein gewandt. Diese hohe Zahl von Eingaben und Anfragen bei der Bürgerbeauftragten macht immer wieder deutlich, dass unser Sozialrecht nicht einfach und schon gar nicht einfach zu durchschauen ist. Frau El Samadoni, Ihr Bericht zeigt deutlich: In der Sozialverwaltung, in der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung, in der Eingliederungshilfe und im Schwerbehindertenrecht brauchen die Menschen in unserem Land Unterstützung.

Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Grundsicherung für Arbeitssuchende. Mit fast einem Drittel aller 1.070 Eingaben war der Themenbereich Grundsicherung für Arbeitssuchende - zu Deutsch: Hartz IV - erneut ein Schwerpunkt der Beratungs- und Unterstützungstätigkeit der Bürgerbeauftragten.

Sehr geehrte Frau El Samadoni, Ihnen und Ihrem Team ein ganz herzliches Dankeschön für die geleistete Arbeit und für den vorliegenden Jahresbericht 2014.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Die Menschen in Schleswig-Holstein können sich auf die Unterstützung durch eine engagierte Bürgerbeauftragte verlassen. Für meine Fraktion darf ich erneut feststellen: Es ist gut, dass wir dieses Amt haben. Die **Bürgerbeauftragte** ist die **soziale Instanz** des Landes Schleswig-Holstein, die den

(Wolfgang Baasch)

Menschen im Umgang mit Einrichtungen und Verwaltungen im Sozialbereich hilft und die ihnen beim Lesen und Verstehen von Bewilligungs- und Leistungsbescheiden zur Seite steht.

Die Bürgerbeauftragte leistet aber nicht nur direkte und konkrete Hilfe im Einzelfall. Die Bürgerbeauftragte ist auch eine verlässliche Anwältin, wenn es darum geht, gesellschaftliche Probleme und soziale Herausforderungen anzusprechen. Frau El Samadoni, in diesem Zusammenhang will ich die **Veranstaltung** von Montag im Landeshaus „**Hartz IV - 10 Jahre Grundsicherung für Arbeitssuchende**“ nennen. Diese Veranstaltung war sehr informativ, sehr spannend und von den Ergebnissen her so, dass wir uns im politischen Bereich noch mit vielen Fragen auseinandersetzen müssen. Zehn Jahre Hartz IV - eine Sozialreform, die ihre Spuren hinterlässt. Nicht nur, weil Hartz IV für viele Eingaben bei der Bürgerbeauftragten verantwortlich ist und weil Hartz IV dazu führt, dass unsere Sozialgerichtsbarkeit viele Streitfragen zu klären hat. Für die einen gilt Hartz IV nach wie vor als Job-Motor, für die anderen ist es der Weg in die Armutsspirale.

Hartz IV hat auf jeden Fall dafür gesorgt, dass Arbeitslosigkeit und Armut sichtbarer und fühlbarer geworden sind. Es besteht aber nach wie vor - auch das ist Montag sehr deutlich geworden - eine Differenz zwischen dem **Fördern** und dem **Fordern**. Mit Fördern und Fordern bei Langzeitarbeitslosen war gemeint und gewollt, dass Menschen, die Sozialhilfe erhalten, auch Anspruch auf Weiterbildung, Unterstützung, Qualifizierung und Vermittlung bekommen. Langzeitarbeitslose sollten gezielt unterstützt werden, um ihre Situation zu verändern. Frau El Samadoni, mit Ihrer Tagung vom Montag, haben Sie noch einmal deutlich den Schwerpunkt auf zehn Jahre Hartz IV und den notwendigen Reformbedarf an der Sozialreform gelegt.

Zu fordern bleibt eine bessere Förderung von **Langzeitarbeitslosen**. Besonders Menschen mit Kindern und mit gesundheitlichen Problemen brauchen intensive Betreuung und Unterstützung, wenn es darum geht, wieder ins Arbeitsleben zurückzufinden. In der Umsetzung wurde das Gleichgewicht von Fördern und Fordern nicht immer gewahrt. Für viele Menschen hat das Fordern Überhand genommen, und die vielen Repressionen, die es im Hartz IV-Bereich gibt, aber auch der schroffe Umgangston, der in den Verwaltungen bei den Bescheiden oft herrscht, sind von Ihnen im Bericht angesprochen worden. Daher ist es richtig, dass wir uns diesem Thema in der politischen Auseinandersetzung annehmen. Wir werden in der Zukunft dazu

kommen müssen, wieder für einen öffentlich geförderten sozialen Arbeitsmarkt mit öffentlich geförderter Beschäftigung einzustehen. Auch das war für mich ein Ergebnis aus der Diskussion am Montag.

(Vereinzelter Beifall SPD und SSW)

Sehr geehrte Frau El Samadoni, noch einmal ein herzliches Dankeschön.

Zum **Antidiskriminierungsbericht** komme ich jetzt nicht mehr wirklich, aber auch der ist informativ. Ich hätte dazu auch noch einige Sachen zu sagen, gerade auch vor dem Hintergrund der Diskussion, die wir eben hier geführt haben.

Abschließend darf ich zumindest für meine Fraktion beantragen, dass wir den Bericht der Bürgerbeauftragten in den Sozialausschuss und den Antidiskriminierungsbericht federführend in den Sozialausschuss und mitberatend in den Innen- und Rechtsausschuss überweisen, sodass dort mit Ihnen persönlich die Diskussion vertieft werden kann. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Nun hat die Kollegin Marret Bohn von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau El Samadoni, Brücken zwischen Menschen und Behörden zu bauen, das haben Sie sich auf Ihre Fahnen geschrieben. Ich finde, es wird in jeder Zeile Ihres Berichtes deutlich, wie engagiert und mit wieviel Herzblut Sie versuchen, Menschen zu helfen, die sich mit den Behörden nicht zurechtfinden, die die Bescheide nicht verstehen und die sich ein bisschen verraten und verkauft vorkommen in unserem sozialen Sicherungssystem - was eigentlich gut ist, aber leider auch noch Lücken hat.

Die Probleme, die Sie beschreiben, sind - das muss ich leider sagen - im Laufe der Jahre immer wieder dieselben. Als Grüne sehen wir immer mit großer Sorge die vielen Beschwerden im Bereich **Arbeitslosengeld II**. Es wird immer wieder versucht, nachzubessern, aber wir sind noch lange nicht da angelangt, wo wir von Anfang an sein wollten, beim Fördern und Fordern. Ganz im Gegenteil, ich habe den Eindruck, dass die Menschen viele Bescheide,

(Dr. Marret Bohn)

die dort herausgehen, immer noch nicht verstehen. Deshalb begrüße ich es ganz ausdrücklich, dass Sie konstruktiv daran gehen und versuchen, auch dort Brücken zu bauen und für mehr Verständlichkeit zu sorgen.

Unsere Bürgerbeauftragte, unsere neue Bürgerbeauftragte, hat im letzten Jahr in 3.477 Fällen Bürgerinnen und Bürgern geholfen. Sie hat versucht, soziale Angelegenheit besser zu erklären und eine Brücke zu bauen, damit diejenigen, die von den Bescheiden betroffen sind, sich nicht abgehängt fühlen, sich nicht einem anonymen System ausgeliefert fühlen.

Das Problem mit der Stolperfalle beim **Krankengeld** ist ein ganz besonders gutes Beispiel. Es war seit Jahren schon im Gespräch, jetzt ist es geändert worden. Das begrüße ich ganz ausdrücklich.

Ich muss auch sagen, dass die Einrichtung einer **Antidiskriminierungsstelle**, die wir als Küstenkoalition auf den Weg gebracht haben, jetzt schon zeigt, wie wichtig das ist. Es ist völlig indiskutabel, dass Menschen aus ethnischen Gründen oder wegen ihrer sexuellen Identität - die Debatte darüber haben wir gerade geführt - diskriminiert werden. Umso wichtiger und besser ist es - und ich freue mich darüber sehr -, dass es jetzt in Schleswig-Holstein dafür eine Anlaufstelle gibt und diejenigen, die sich diskriminiert fühlen, Unterstützung und Beratung bekommen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Auch dafür im Namen meiner Fraktion ganz, ganz herzlichen Dank an Sie, Frau El Samadoni. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ihnen, ich freue mich auf den nächsten Bericht, und ich schließe mich gern dem Vorschlag des Kollegen an, dass wir Ihre beiden Berichte in die Ausschüsse überweisen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich der Frau Abgeordneten Anita Klahn.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich bedanke mich im Namen der FDP-Fraktion bei der Bürgerbeauftragten, Frau El Samadoni, und ihrem Stellvertreter, Herrn Richert. Ich

danke auch Ihrem Team für den vorgelegten Bericht, vor allem aber für Ihre gute Arbeit in dem Berichtszeitraum.

(Beifall)

An dieser Stelle möchte ich persönlich hervorheben, dass die Zusammenarbeit mit Ihnen, Frau El Samadoni, geprägt ist von ausgesprochener Fachkompetenz, dem persönlichen Interesse an den Sachfragen und gleichzeitig auch an den Menschen. Ich erlebe Sie an der Stelle wirklich ausgesprochen engagiert und angenehm. Ebenso wie Frau Rathje-Hoffmann es schon sagte, finde ich es bereichernd, den installierten regelmäßigen Gedankenaustausch mit Ihnen zu führen. Ich wünsche mir, dass wir den auch weiter so führen werden.

(Beifall FDP und Katja Rathje-Hoffmann [CDU])

Ebenfalls ein ganz besonderer persönlicher Dank von mir im Zusammenhang mit einem Thema, das Sie leider in Ihrem Bericht nicht erwähnt haben, nämlich Ihrem Engagement im Bereich der **Antragsgewährung** von **Mutter-und-Kind-Kuren**. Sie haben sich dort schnell und persönlich dafür eingesetzt, dass das Antragsverfahren weniger Eingriffe in die Persönlichkeitsrechte der Antragsteller vornimmt. Dafür ganz, ganz herzlichen Dank.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP], Sandra Redmann [SPD] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Meine Damen und Herren, wie wichtig aber auch allgemein anerkannt die Arbeit der Bürgerbeauftragten ist, kann man an den seit Jahren hohen Eingabezahlen ablesen. Nach wie vor ist das Hauptproblemfeld die **Grundsicherung** der **Arbeitssuchenden**. Auch wenn hier die Zahlen ganz leicht nach unten gehen, 1.070 Eingaben im Jahr 2014 zeigen deutlich auf, dass hier auf allen Ebenen noch viel zu leisten ist.

Wenig zufriedenstellend ist für mich, dass sich weiterhin die Bürgerinnen und Bürger über die fehlende Nachvollziehbarkeit der **Leistungsbescheide** und die suboptimale **Beratung** in den **Jobcentern** beklagen. Hier teile ich ausdrücklich die Forderung der Bürgerbeauftragten - auch der vorherigen -, dass verstärkt sachkundiges Personal in den Jobcentern beschäftigt werden muss. Es darf einfach nicht passieren, dass aktuelle Rechtsprechung nicht bekannt ist, und Betroffene dann nur über den Klageweg zu ihrem Recht kommen.

Besonders betroffen machen die Einzelfallschilderungen, wie zum Beispiel bei dem Streit um die Fi-

(Anita Klahn)

finanzierung einer Schulbegleitung. In der laufenden Diskussion um Schulassistenzen haben Sie sich, Frau El Samadoni, durchaus kritisch, aber auch sehr konstruktiv, im Sinne der Betroffenen artikuliert. Ich fand das ehrlich gesagt mutig. Wir hoffen natürlich auch, dass es hier bald eine gute und dauerhafte Lösung gibt, an der Sozial- und Bildungsministerium aufgefordert sind, sich zu beteiligen und aktiv einzubringen.

Ich hoffe genauso wie Sie, dass das angekündigte Bundesteilhabegesetz endlich kommt und Menschen mit Behinderung endlich auch eine echte Perspektive erhalten, aus dem System der Sozialhilfe herauszukommen.

Meine Damen und Herren, erstmalig liegt uns der Bericht der **Antidiskriminierungsstelle** vor, den Sie, Frau El Samadoni, in Personalunion mit zu verantworten haben. Denn dieser Bereich knüpft letztendlich auch direkt an Ihre Tätigkeit als Bürgerbeauftragte an und hat, wie Sie so schön beschrieben haben, einen doch werbenden Charakter für diese besondere Problematik im Zusammenhang von Diskriminierungen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Durch diese Stelle ist das in der Öffentlichkeit doch bekannter geworden.

Schwerpunkte lagen in beiden Jahren jeweils im Bereich der Arbeitswelt, zunehmend aber auch bei Benachteiligungen aufgrund von Behinderung, Geschlecht oder ethnischer Herkunft. Ihre Änderungsvorschläge, um das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz praxistauglich zu machen, sollten zielorientiert in der weiteren politischen Diskussion verfolgt werden. Von daher unterstütze ich die Anregung, auch den Innen- und Rechtsausschuss mit einzubinden.

Ich persönlich unterstütze Ihre Forderung, die Deckelung des Entschädigungsanspruchs bei Nichteinstellung EU-konform auszugestalten. Ein weiteres besonderes Augenmerk werden wir natürlich auf die Justizvollzugsanstalten werfen müssen, da uns in der jüngsten Vergangenheit aus diesen verstärkt Klagen erreichen, dass Häftlinge in ihrer Religion begründete Lebensgewohnheiten nicht ausleben können, insbesondere wenn es um koschere Nahrung geht.

Grundsätzlich sind auch in diesem Bericht die Einzelfallschilderungen nachhaltig wirkend und geben nur einen kleinen Eindruck von dem persönlichen Leid der Petenten.

Ich freue mich von daher, dass wir beide Berichte im Sozial- und auch im Innen- und Rechtsausschuss beraten werden. Ich betone: beide Berichte, denn

auch in dem Tätigkeitsbericht der Bürgerbeauftragten sind genügend Anregungen enthalten, die der Innen- und Rechtsausschuss aufgreifen könnte. Ich freue mich also auf die weitere Zusammenarbeit, und ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, Sandra Redmann [SPD] und Birte Pauls [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Fraktion der PIRATEN hat der Kollege Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor ich zum eigentlichen Thema komme, ein paar selbstkritische Worte an dieses Parlament - das schließt auch meine Fraktion mit ein: Wenn der Bericht der Beauftragten für soziale Angelegenheiten - wohlwollend geschätzt - maximal ein Drittel der Abgeordneten interessiert, dann läuft etwas falsch, dann ist bei uns etwas nicht in Ordnung. Da müssen wir uns alle an die eigene Nase fassen, meine Fraktion genauso wie alle anderen hier auch.

Der Bericht selbst verdient nämlich Aufmerksamkeit - das haben meine Vorredner bereits gesagt -, und in dem Bericht steht drin: Es gibt viel Verzweiflung. Wir brauchen mehr **Menschlichkeit** im **System der sozialen Sicherung**. Den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Sozialbehörden muss bewusster werden, welche wichtige Aufgabe sie erfüllen und dass ihre Entscheidungen auch von existenzieller Bedeutung für die Bürgerinnen und Bürger sind. - Und darum geht es hier heute.

Sie, sehr geehrte Frau El Samadoni, haben Ihren Tätigkeitsbericht als Bürgerbeauftragte in diesem Land wörtlich begleitet. Ich darf an dieser Stelle sagen, wie wohltuend Ihre Worte für mich waren, und dass ich Ihnen diese Mahnung voll und ganz abnehme. Im Namen meiner Fraktion danke ich einleitend für diesen Satz, aber auch vor allem für Ihren Einsatz, der diese Worte täglich begleitet. Sie erinnern sich: Wir hatten keine Vorschusslorbeeren für Sie. Der Start war holprig, aber umso lieber sage ich heute, dass wir froh sind, dass wir Sie haben und dass Sie sich für die Menschen einsetzen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Ihr **Tätigkeitsbericht** zeigt, dass viel zu tun ist für denjenigen, der für die Rechte der Schwachen kämpft, dass viel zu tun ist für all diejenigen, die sich gegen Behördenwillkür ebenso wenden wie gegen Unrecht per Gesetz. Sie zeigen in Ihrem - üb-

(Wolfgang Dudda)

rigens erfrischend neu gestalteten - Bericht auf, welche Themen immer noch auf den Nägeln brennen, Herr Kollege Baasch hat es eben auch angeführt.

Das sind vor allem die Themen der sogenannten **Hartz-IV-Empfänger**. Ein Drittel aller Beschwerden beziehen sich darauf. Es gibt aber auch andere Dinge wie die differenzierte Betrachtung, Schulbegleitung, Schulassistenten. Vor dem Hintergrund hätte ich mir schon gewünscht, dass auch von der Regierung heute ein Wort zu diesem Bericht gefallen wäre.

(Beifall PIRATEN und Heike Franzen [CDU])

Sie zeigen aber auch auf, dass die Menschen in den Behörden oft völlig überlastet sind, sodass sie fehlerhafte und unvollständige Bescheide versenden oder sich in ihrer gängigen Kommunikationsroutine zu weit von den Antragstellern entfernt haben, sodass beide Seiten verlernt haben, miteinander zu sprechen und sich auch zu verstehen. Das ist der vornehme Ausdruck dafür, dass man aneinander vorbeiredet und dass das **Verhältnis** zwischen dem **Kunden** und dem **Sachbearbeiter** einfach nicht stimmt. Sie haben immer wieder deutlich gemacht, dass Sie das genauso stört wie uns alle. Das ist auch ein zentraler Punkt der Kritik an den Behörden. Der ist übrigens frei von der Unbestimmtheit der beklagten Bestimmungen nach dem Sozialgesetzbuch.

Ihr Tätigkeitsbericht ist kein Dokument des Versagens unserer Systeme, wohl aber der **Fehler** in unseren **Systemen**. Immer wieder legen Sie den Finger in die Wunde, lassen nicht locker und setzen sich unermüdlich dafür ein. Ich darf Ihnen noch einmal ehrlich unseren Dank dafür aussprechen.

(Beifall PIRATEN und Klaus Schlie [CDU])

Gleichzeitig sehen wir aber auch, dass die Probleme nicht in der Weise abgebaut werden, dass es weniger Antragsteller gibt, sondern es werden immer mehr. Das zeigt einerseits, dass immer mehr Menschen auf die Bürgerbeauftragte zählen, was auch gut ist, und den Weg zu ihr finden. Es untermauert aber, dass die strukturellen Defizite nicht in der Weise abgebaut werden, wie individuell geholfen wird. Und hier gilt es, eine politische Brücke zu schlagen. Das ist nicht Ihre Aufgabe, Frau El Samadoni, das ist unsere Aufgabe in der Politik. Das haben Sie uns jetzt - wie man früher sagte - ins Gebetbuch geschrieben. Ihren Hinweisen zu folgen, ist unser Auftrag. Die Ausschussüberweisung ist dafür ein erster vernünftiger Schritt. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN, vereinzelt BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Meine Damen und Herren, bevor wir fortfahren, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam eine weitere Schülergruppe der Immanuel-Kant-Schule aus Neumünster hier im Landtag zu begrüßen. - Herzlich Willkommen!

(Beifall)

Nun hat der Kollege Flemming Meyer von den Abgeordneten des SSW das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Um einmal ganz ehrlich zu sein: Ich hätte mir gewünscht, dass diese zwei Berichte nicht zu einem Tagesordnungspunkt zusammengefasst worden wären,

(Beifall SSW, vereinzelt CDU, SPD, BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

denn ich denke, dass jeder Bericht für sich sehr wichtig ist und einen eigenen Tagesordnungspunkt verdient hätte.

(Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Aus beiden gehen ganz klare Handlungsempfehlungen an uns alle hervor. Vor allem befassen sich beide mit ganz konkreten Problemen der Menschen hier in unserem Land.

Allein ein kurzer Blick auf den **Tätigkeitsbericht** unserer **Bürgerbeauftragten** für soziale Angelegenheiten zeigt ja, dass die seit Jahren bestehenden Schwierigkeiten in der Sozialgesetzgebung bei Weitem nicht gelöst sind. Ein leichter Rückgang bei den Eingaben zum Themenbereich SGB II ist für sich genommen natürlich erfreulich, aber gleichzeitig entstehen wieder neue Unsicherheiten, zum Beispiel bei Fragen zum Rentenpaket oder zur Grundsicherung im Alter.

Auch vor diesem Hintergrund will ich unserer Beauftragten, Frau El Samadoni, und auch ihren Mitarbeitern und ihrem ganzen Team an dieser Stelle ausdrücklich für das große Engagement und den unermüdlichen Einsatz danken. - Vielen Dank!

(Beifall SSW, SPD, vereinzelt CDU, FDP und Beifall Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Flemming Meyer)

Nicht zuletzt, weil es sich bei dem vorliegenden **Antidiskriminierungsbericht** um den allerersten dieser Art handelt, hätte ich mir eben gewünscht, dass dazu eine gesonderte Debatte geführt worden wäre. Denn auch dieser bietet aus Sicht des SSW viele wertvolle Anregungen und genügend Stoff für intensive weitere Debatten.

Vom Grundsatz her ist wohl jedem hier klar, dass niemand wegen seines Geschlechts, seiner Religion oder zum Beispiel aufgrund seines Alters benachteiligt werden darf. Doch in der Praxis sieht es leider häufig noch ganz anders aus. Allein die Tatsache, dass das **Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz** als rechtliche Grundlage kaum bekannt ist, spricht doch Bände. Egal ob in der Verwaltung oder in der freien Wirtschaft: Vielerorts fehlt es ganz offensichtlich an Sensibilität für dieses wichtige Thema und für die unterschiedlichen Abstufungen der Diskriminierung.

Ich will sagen, auch wenn sich vieles mit den Jahren verbessert hat, ist uns als Partei zweier **nationaler Minderheiten**, nämlich der Friesen und der dänischen Minderheit, **Diskriminierung** in ihren verschiedenen Formen alles andere als fremd. Keine Frage: Oft fängt es schleichend und vermeintlich ganz harmlos an, aber wir merken immer wieder, wo das hinführen kann, und wir haben viele Gruppen in unserer Gesellschaft, die mit diesen Problemen kämpfen. Mit dem Aktionsplan für die Akzeptanz vielfältiger sexueller Identitäten oder mit dem Themenjahr gegen Antidiskriminierung sind hier im vorliegenden Tätigkeitsbericht sehr wichtige und richtige Punkte angesprochen worden, und wir sind darauf aufmerksam gemacht worden. Auch hieraus geht im Grunde sehr deutlich hervor, dass es ja häufig Minderheiten sind, die Opfer von Benachteiligung und Diskriminierung werden. Wir begrüßen daher ausdrücklich, dass sich die Antidiskriminierungsstelle dieser Punkte annimmt.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und PIRATEN)

Vor diesem Hintergrund ist es aus Sicht des SSW auch sehr sinnvoll, dass neben dem **Flüchtlingsbeauftragten** auch der **Beauftragte für Menschen mit Behinderung** und unsere **Minderheitenbeauftragte** in Form von **Gastbeiträgen** zu Wort kommen. Denn diese Beiträge lenken die Aufmerksamkeit auf Fälle, die eben auch außerhalb des Geltungsbereichs des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes liegen. Das ist gut und unheimlich wichtig. Gerade weil all diese Probleme kaum von jetzt auf gleich gelöst werden können, halte ich diese Beiträge auch für die Zukunft für wichtig und würde es

sehr begrüßen, wenn sie ein fester Bestandteil des Berichts werden würden.

(Beifall SSW, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Wolfgang Baasch [SPD])

Zusammenfassend kann ich nur mit einem lachenden und einem weinenden Auge sagen: Wenn man so einen Bericht sieht, ist da unheimlich große Dankbarkeit für den Einsatz, der hier geleistet worden ist. Aber letztendlich hoffe ich ja, dass wir irgendwann einmal so weit in unserer Gesellschaft kommen, dass wir solche Berichte gar nicht mehr brauchen. - Jo, vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Berichte Drucksachen 18/2911 sowie 18/2912 federführend dem Sozialausschuss zu überweisen. Der Bericht Drucksache 18/2912, das ist der zur Antidiskriminierungsstelle, soll mitberatend auch im Innen- und Rechtsausschuss behandelt werden - beides zur abschließenden Beratung. Wer so entscheiden möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich rufe Tagesordnungspunkt 11 auf:

**Entwicklung und Gefahren des Extremismus in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3054

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich zunächst dem Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Herrn Stefan Studt, das Wort.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beantwortung dieser Großen Anfrage zeigt: Schleswig-Holstein sieht sich mit extremistischen Bestrebungen aus allen Phänomenbereichen konfrontiert. Die Antwort unterstreicht aber auch die **Gefährdungseinschätzung und -prognosen** zu den verschiedenen Extremismusformen, die bereits

(Minister Stefan Studt)

im **Verfassungsschutzbericht** für das vergangene Jahr gegeben wurden. Die größte Gefahr für die innere Sicherheit geht weiterhin vom islamistischen Terrorismus aus. Die rechtsextremistische Szene verliert an Einfluss und Organisationskraft, der Linksextremismus ist in Schleswig-Holstein kaum bemerkbar.

Darüber hinaus bietet sich hier aber auch die Gelegenheit, einmal deutlich zu machen: Die Landesregierung weist das Stigma des **Extremismus** nicht willkürlich zu. Sie legt bei der Prüfung der unterschiedlichen Extremismusfelder keine unterschiedlichen Maßstäbe an, und sie ist auch nicht auf irgendeinem Auge blind. Die Verfassungsschutzbehörde ist bei der Beurteilung politischer Bestrebungen an Recht und Gesetz gebunden. Danach darf sie im Wesentlichen nur solche Bestrebungen beobachten, die sich gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richten. Dies trifft auf rechtsextremistische Bestrebungen genauso zu wie auf linksextremistische oder islamistische. Die Anhänger der verschiedenen Spielarten des Extremismus zielen jeweils darauf ab, den Kernbestand unserer Verfassung abzuschaffen oder außer Kraft zu setzen.

Ein wesentliches Merkmal des Rechtsextremismus ist beispielsweise die Ablehnung und Bekämpfung des Gleichheitsgrundsatzes.

Linksextremisten verfolgen ebenfalls das Ziel, unsere Staatsordnung zu überwinden. Sie wollen stattdessen entweder zu einer vermeintlich gleichberechtigten, aber totalitären Staatsform oder zu herrschaftsfreien Räumen gelangen.

Ein vorrangiges Ziel der Islamisten ist die Errichtung eines Gottesstaates.

Mit einem demokratisch verfassten Rechtsstaat haben all diese Vorstellungen nichts zu tun. Dabei muss es für die Beamten des Verfassungsschutzes im Rahmen der Aufgabenerfüllung ohne Belang sein, ob das Gegenüber einen Führerstaat, Gottesstaat oder eine Diktatur des Proletariats anstrebt.

Deutlich wird in der Antwort darüber hinaus - ich glaube, das ist der wirklich wichtige Kernpunkt -, dass Extremismus auch ein **Jugendphänomen** bleibt. Überall finden sich extremistische Organisationen, die mit ihren Aktivitäten und ihrer Propaganda gezielt auf Jugendliche und junge Erwachsene eingehen. Es gibt in jedem Extremismusbereich jugendspezifische Aktionsformen oder Szenen, die hauptsächlich aus jüngeren Anhängern bestehen. Im Linksextremismus sind dies vor allem autonome

Gruppierungen, bei den Rechtsextremen die Neonazis und im Islamismus die Salafisten.

Diesen schändlichen Einflüssen wirkt die Landesregierung ressortübergreifend entgegen. Die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Extremismus beginnt dabei schon in der Schule oder in den Jugendeinrichtungen und ist fester Bestandteil des Lehrplans. Damit einher geht natürlich auch eine intensive Aus- und Fortbildung der Lehrkräfte oder der Betreuungskräfte. Flankiert werden diese Anstrengungen von einem Netz präventiver Maßnahmen, die sich vor allem im Bereich des Rechtsextremismus etabliert und bewährt haben.

Meine Damen und Herren, die Antworten zeigen deutlich, dass ein **Vergleich** der Situation in Schleswig-Holstein **mit anderen Bundesländern** nur punktuell möglich ist. In beinahe jedem Bundesland gibt es phänomenspezifische Besonderheiten. Gründe hierfür sind die jeweilige Bevölkerungsstruktur, eine unterschiedliche Integrationsentwicklung und natürlich regionale Besonderheiten.

Betrachtet man schließlich die mit der Anfrage erbetene **Statistik der extremistischen Kriminalität**, werden große Unterschiede sowohl regional innerhalb der Phänomenbereiche als auch zwischen den einzelnen Phänomenbereichen deutlich. So unterscheiden sich die Fallzahlen und die Art der Delikte zwischen den einzelnen Bereichen erkennbar.

Im Rechtsextremismus sind beispielsweise allgemein hohe Fallzahlen im mittleren dreistelligen Bereich und eine Häufung von Straftaten im Bereich der Propagandadelinquenz - wie zum Beispiel das Zeigen verfassungsfeindlicher Symbole - zu verzeichnen. Sie konzentrieren sich räumlich eher im südlichen Bereich des Landes. Im Islamismus dagegen ist lediglich eine kleine Fallzahl zu benennen und eine sehr unterschiedliche Delinquenzqualität festzustellen. Die Fälle ereignen sich überwiegend in den kreisfreien Städten sowie im Hamburger Rand.

Die Beantwortung der Großen Anfrage macht deutlich, wie groß die Herausforderungen im Bereich des **Islamismus** sind und wie die Landesregierung aufgestellt ist. Die Sicherheitsbehörden waren und sind auch weiterhin in der Lage, umsichtig, flexibel und angemessen zu reagieren. Ich sage jedoch sehr deutlich, dass unsere Sicherheitsbehörden nicht allwissend sind und das auch nicht sein können und nicht sein dürfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Minister Stefan Studt)

Ich kann keine absolute Sicherheit garantieren, ich kann aber garantieren, dass die Sicherheitsbehörden im Rahmen ihrer Möglichkeiten und des rechtlich Erlaubten alles tun, um Gefahren für die öffentliche Sicherheit abzuwehren. Dabei sind Polizei und Verfassungsschutz auch immer auf wachsame Bürgerinnen und Bürger angewiesen. Der Schutz und die Verteidigung unserer Freiheit sind eine Aufgabe aller Demokraten. - Herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Herr Minister. - Ich eröffne die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Axel Bernstein von der CDU-Fraktion das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal ganz herzlichen Dank für die ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage. Wenn man in eine Auswertung einsteigt, dann kann man zunächst einmal feststellen: Die Befunde bieten keinen Anlass zur Panik, sie geben aber ausreichend Anlass zur Besorgnis. Deshalb sollten wir als Parlament die Befunde auch ernst nehmen und daraus in ruhiger Ausschussarbeit die entsprechenden Schlüsse ziehen.

Herr Minister, ich möchte mich ganz ausdrücklich bei Ihnen für die Analyse bedanken, die Sie heute hier noch einmal mündlich vorgetragen haben. Das Bekenntnis dazu, dass es keinen guten und keinen schlechten Extremismus gibt, war wichtig. Ich glaube, der Hinweis, dass die Landesregierung **alle Extremismusbereiche** gleichermaßen im Fokus hat, ist ein ganz bedeutsamer Punkt, und er ist - deswegen war es mir wichtig, dass Sie das erwähnt haben - keine Selbstverständlichkeit.

Ich möchte zu Beginn drei Zitate nennen.

Erstes Zitat:

„Für Schleswig-Holstein bleiben Rechtsradikale weiterhin das größte Problem.“

Zweites Zitat:

„Im Gegensatz dazu belegen die Erkenntnisse über Linksradikele in Schleswig-Holstein kein relevantes Gefährdungspotenzial ...“

Drittes Zitat:

„Völlig unverständlich bleibt jedoch, wie die Verfassungsschutzbehörde den Islamismus

kurzfristig als die bedrohlichste Bewegung in Schleswig-Holstein einschätzt.“

Diese wegweisenden Aussagen meines Lieblingskollegen von den Grünen, Herrn Peters, sind gerade einmal ein Jahr alt, und zeigen, dass hier durchaus Beratungsbedarf besteht.

(Beifall CDU)

Es mag einfach eine Analyse sein, die jetzt zugegebenermaßen ein Jahr alt ist - daran kann sich etwas geändert haben -, wir müssen aber auch darauf achten, dass wir nicht aus falsch verstandener Toleranz glauben, dass eine durchgehen lassen zu können, während wir an der anderen Stelle mit aller Härte vorgehen. Das Leitbild einer wehrhaften Demokratie ist es, gegen alle Feinde der Freiheit vorzugehen, ganz egal aus welcher Ecke - politisch oder religiös - sie kommen.

Mein Dank an dieser Stelle gilt den **Sicherheitsbehörden**, der **Polizei** und ganz explizit dem **Verfassungsschutz** in Schleswig-Holstein für seine hervorragende Arbeit, die er leistet. Ich sage das in diesen Tagen ganz bewusst, wo es geradezu Mode zu sein scheint, Nachrichtendienste einem gewissen Bashing zu unterziehen. Ohne die hervorragende Arbeit der Verfassungsschutzbehörden in Schleswig-Holstein und anderswo und der übrigen Dienste wäre unsere Sicherheit bislang nicht so gut geschützt worden, wie es der Fall ist.

(Beifall CDU)

Wir haben in Schleswig-Holstein eine lange und gute Tradition im Kampf gegen **Neonazis**, und das hat auch Erfolg. Denn zu Recht, Herr Minister, haben Sie darauf hingewiesen, dass sich kaum noch auszumachende Organisationsstrukturen in Schleswig-Holstein finden. **Linksextremisten** haben in urbanisierten Räumen ihre Schwerpunkte und sind offensichtlich deutschland- und europaweit vernetzt und eingebunden.

Die dominierende Gefahr in der Tat ist der **Islamismus**. Dabei geht es insbesondere auch um Rückkehrer aus dem Machtbereich des IS beziehungsweise um Personen, die sich vielleicht mit dem Gedanken tragen, sich dorthin auf den Weg zu machen.

Es ist vollkommen klar, dass wir nicht hinter jeden Jugendlichen oder jeden potenziell Gefährdeten einen Aufpasser stellen können. Gerade in diesem Bereich ist das Risiko einer Selbstradikalisierung vor dem PC durchaus gegeben. Aber wenn, wie wir es an dem tragischen Fall von Geesthacht in diesen Tagen erleben, sich junge Frauen auf den Weg in

(Dr. Axel Bernstein)

die IS-Gebiete machen, die bereits schon einmal einen solchen Versuch unternommen haben, dann ist es schon Anlass, dass wir überprüfen, ob die Netzwerke, die wir haben, ob der Personaleinsatz und der Rechtsrahmen angemessen sind.

Ich stelle nur die Frage, ob es der Lage angemessen ist, wenn in den **Auswertereferaten** elf Mitarbeiter für Rechtsextremismus, fünfeinhalb Mitarbeiter für Linksextremismus und elf Mitarbeiter für Islamismus unterwegs sind. Ich weiß, dort wurde bereits nachgesteuert, doch ich glaube, das ist ein Prozess, den wir ständig weiter im Blick behalten sollten.

Ich frage, ob die nahezu ausschließliche **Fokussierung von Präventionsmitteln** auf den Bereich des **Rechtsextremismus** noch zeitgemäß ist. Dabei rede ich nicht einer Kürzung an dieser Stelle das Wort, sondern ich glaube, dass eine falsche oder vielleicht alte Lagebeurteilung nicht dazu führen darf, dass aktuelle Problembereiche unterschätzt werden. Denn erst mit diesem Jahr gibt es erstmalig und auf Druck der CDU-Landtagsfraktion auch 150.000 € Präventionsmittel für den religiös motivierten Bereich.

Das Gefährdungspotenzial der Islamisten nimmt stetig zu, und mit der Vergrößerung der Szene ist die Gefahr von Anschlägen auch im Norden erheblich näher gerückt. Das sage nicht nur ich, sondern das sagte Hamburgs Innensenator Neumann in der vergangenen Woche.

Deshalb verstärkt sich bei mir mehr und mehr der Eindruck, dass wir bei Prävention und Beobachtung in diesem Bereich deutlich mehr tun müssen. Prävention bedeutet für mich an dieser Stelle auch, dass wir mehr für **Moscheevereine**, die gutwillig und demokratisch sind, tun müssen und diese aktiv einbinden sollten. Wir müssen darüber nachdenken, wie wir in Deutschland ausgebildete Imame, die jetzt Gott sei Dank zur Verfügung stehen, in den Moscheen in Schleswig-Holstein in den Dienst bekommen und wie wir solche Personen auch in die Sozialarbeit bekommen. Ich denke, mit Blick auf das Thema Fortbildung bei **Lehrkräften** ist noch ein bisschen Luft nach oben. Da kann man sicherlich mehr machen als das, was bislang in Schleswig-Holstein stattfindet.

Ich beantrage, die Große Anfrage der CDU-Landtagsfraktion in den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen und dort intensiv über die Konsequenzen zu beraten.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die SPD-Fraktion hat nun Herr Kollege Tobias von Pein das Wort.

**Tobias von Pein [SPD]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Erst einmal auch von meiner Seite herzlichen Dank für die umfangreiche Beantwortung der Großen Anfrage der CDU-Fraktion. Es sind sicherlich einige spannende Antworten und Erkenntnisse dabei, auch wenn viele Dinge schon im Verfassungsschutzbericht benannt wurden.

Ich kann nur begrüßen, dass sich die CDU mit dem Thema Demokratiefeindlichkeit so intensiv auseinandergesetzt hat. Aber leider merkt man an der Art, wie Sie die Fragen stellen, mit welchem **Analysemodell** Sie arbeiten. Auch wenn Sie es jetzt ungern hören: Über dieses Analysemodell muss man noch einmal kritisch nachdenken.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn Sie versuchen, mit Ihrer Anfrage den Eindruck zu erwecken, dass Kartoffeln, Paprika und Tomaten ein und dasselbe sind. Das sind sie aber nicht. Und wahrscheinlich wollten Sie mit Ihren Fragen auch herausfinden, ob die rot-grün-blaue Koalition auf einem Auge „blind“ ist. Das sind wir aber nicht.

Das wird bei den Antworten sehr deutlich. So finden Sie auf Seite 58 den Nachweis, dass sich unsere **Präventionsprogramme** gegen alle Formen von Demokratiefeindlichkeit, Gewaltbereitschaft oder Militanz wenden. Denn Demokratieförderung ist immer Arbeit, um allen menschenverachtenden Meinungen in der Gesellschaft entgegenzutreten. Junge Leute, die stark und selbstbewusst sind und wissen, wo und wie sie sich für die Gesellschaft einsetzen können, kommen viel weniger auf die Idee, zu antidemokratischen Mitteln oder Gewalt zu greifen.

Die Antwort macht auch deutlich, dass die Landesregierung die neuen und gefährlichen Entwicklungen im Blick hat. Fanatisch-religiöse Jugendliche, die sich von Rattenfängern mit heiligen Schriften unterm Arm ködern lassen, können zur Gefahr werden. Die Sicherheitsbehörden haben diese Entwicklungen fest im Blick. Auch wir haben hier mit dem neuen **Präventionsprogramm „Bekämpfung von religiösem Fanatismus“** einen Schwerpunkt gesetzt.

(Tobias von Pein)

Außerdem richtet sich unser **Landesprogramm zur Demokratieförderung**, von dem Sie immer sagen, es richte sich nur gegen Rechtsextremismus, auch an all diejenigen, die sich in dem Bereich gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit aufhalten. Hier gibt es interessante Parallelen und Schnittmengen: Antisemitismus, Antiziganismus, Abwertung von sozial Benachteiligten, Homophobie oder sogar Islamfeindlichkeit in der einen oder anderen Form - all das kommt sowohl bei Rechtsextremisten als auch bei Islamisten vor, nämlich immer dann, wenn man von der Ungleichwertigkeit der Menschen ausgeht.

Deshalb greift der **Extremismusbegriff** teilweise einfach zu kurz. Leider beschränken Sie sich mit Ihren Fragen auf genau dieses Modell. Viele Fragen, zum Beispiel zu den Ursachen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, bleiben dabei offen. Wir haben es hier schon länger gefordert, auch in Richtung Ihrer Fraktion: Lassen Sie uns die Analyse verbreitern. Lesen Sie Heitmeyer, lesen Sie die Mitte-Studien und viele andere. Man kann dieses Thema nicht rein kriminologisch angehen; man muss es auch sozialwissenschaftlich und sozialpsychologisch angehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Nährboden für Demokratiefreundlichkeit ist in der Mitte der Gesellschaft, am Küchentisch, am Arbeitsplatz oder auf dem Schulhof. Spätestens seit PEGIDA - die übrigens immer noch aktiv ist, sich jede Woche sammelt - wissen wir, dass die Gefahr vom spießigen Wutbürger ausgehen kann. Und wenn man sich die Erfahrungen einiger Lehrkräfte im Bereich der **Fortbildung gegen Rassismus und Islamismus an Schulen**, zum Beispiel in Hamburg, ansieht, dann kommt man schnell zu der Erkenntnis: Ausgrenzung, Diskriminierung und Abwertung sind die Probleme und nichts anderes, und die Mittel dagegen sind Begegnung, Reflektion und Konfrontation mit der eigenen Rolle. Und das Empowerment und Selbstbewusstsein von jungen Menschen.

Bei vielen desillusionierten, ausgegrenzten Jugendlichen kommen noch soziale Probleme dazu. Diese gilt es zu bekämpfen. Prävention und Demokratieschulung - hierbei sind wir, glaube ich auf einem guten Weg - sind das beste Mittel, um Ausgrenzung zu begegnen. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit muss in all ihren Facetten bekämpft werden. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich dem Abgeordneten Burkhard Peters das Wort.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst auch von mir herzlichen Dank für die ausführliche Antwort auf die Großen Anfrage.

Sehr geehrte Kollegin Damerow, sehr geehrter Kollege Dr. Bernstein, mir ist nicht klar geworden, welchen eigenständigen Erkenntniswert Ihre mehr als 150 Fragen vor dem Hintergrund der jährlichen **Verfassungsschutzberichte** des Innenministeriums eigentlich haben sollen.

Legen Sie die letzten fünf Verfassungsschutzberichte nebeneinander und vergleichen Sie sie mit der nun vorliegenden Antwort. Durch Ihre Anfrage ergibt sich wenig bis nichts Neues. Das alles hätten wir schon im Mai anlässlich des Verfassungsschutzberichts 2014 in diesem Hohen Hause diskutieren und bewerten können.

Die Ergebnisse lassen sich kurz zusammenfassen: Der zahlenmäßig größte Phänomenbereich ist nach wie vor der **Rechtsextremismus**. Der Bereich **Linksextremismus** ist zahlenmäßig gering, genauso wie der nicht-islamistische Extremismus mit Auslandsbezug.

Das Phänomen **Salafismus** ist erst seit einigen Jahren im Blick des Verfassungsschutzes. Auch hier: keine neuen Erkenntnisse - außer vielleicht, dass in diesem Phänomenbereich die Erkenntnisse stark im Fluss sind. Während der Verfassungsschutz im Jahr 2013 noch von 760 Anhängern ausging, wurde die Zahl im Jahr 2014 auf 360 korrigiert. Das liegt daran, dass die Organisation Milli Görüs herausgenommen wurde. Vor allem die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes zu islamistischem Terrorismus beschränken sich im Wesentlichen auf Einzelpersonen mit unterschiedlich weitreichenden Kontakten. Im Fokus stehen dabei die in den Dschihad nach Syrien und in den Irak ausgereisten 23 Personen, von denen neun wieder nach Schleswig-Holstein zurückgekehrt sind. Bislang liegen keine Erkenntnisse vor, dass diese an Kampfhandlungen teilgenommen hätten.

(Burkhard Peters)

Mir drängt sich die Vermutung auf, dass nicht Erkenntnisinteresse, sondern vor allem sicherheitspolitisches Profilierungsbestreben der CDU bei der Formulierung der großen Anfrage die Feder geführt hat. Aber die Erkenntnisse des Verfassungsschutzes geben in Ihrem Sinne einfach nichts her. Das können Sie drehen und wenden, wie Sie wollen!

Die **Mittel des Verfassungsschutzes** werden flexibel dort eingesetzt, wo sie gebraucht werden. Das Gleiche gilt für das **Personal**. Auch das wird der jeweiligen Lage angepasst. Aktuell beobachten daher zwei Mitarbeiter mehr den Bereich islamistischer Extremismus.

Ihre Fragen offenbaren zum Teil deutlichen Dilettantismus. Bei mehreren Fragen übergehen Sie das in der Verfassung festgeschriebene **Trennungsgebot** zwischen Polizei und Verfassungsschutz. Auch die vielen Fragen nach genauen Personenzahlen verkennen, dass der Verfassungsschutz sein Augenmerk primär auf Bestrebungen richtet. Die Erfassung von als besonders gefährlich einzustufenden Einzelpersonen ist die Ausnahme. Auch die Frage, ob extremistische Vereine als gemeinnützig anerkannt worden sind, ergibt überhaupt keinen Sinn. Denn die Anerkennung eines Vereins als gemeinnützig hängt gerade davon ab, dass die Organisation vom Verfassungsschutz nicht als extremistisch eingestuft wird.

Vielleicht die wichtigste Antwort folgt auf Frage 154 Ihrer Anfrage: Radikalisierungstendenzen begegnen wir am besten mit **religionsbezogenem Wissen und der Stärkung demokratischer Kompetenzen**. - Und genau das tun wir, meine Damen und Herren,

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

mit unserem Landesprogramm gegen islamistischen Extremismus, mit dem BeraNet, mit dem Rat für Kriminalitätsverhütung oder der Landeskoordinierungsstelle gegen Rechtsextremismus, mit der Aktion Kinder- und Jugendschutz, mit dem Landesprogramm zur Bekämpfung von Rechtsextremismus.

Natürlich ist das Bedrohungspotenzial des dschiha-distischen Islamismus in Schleswig-Holstein abstrakt hoch. Doch der Vorfall in Escheburg, das Erstarken von PEGIDA, aber auch die rassistischen Entgleisungen von Mitarbeitern bei der Bundespolizei am Hauptbahnhof in Hannover sind erschreckende Belege für die Anschlussfähigkeit von Menschenfeindlichkeit in die Mitte der Gesellschaft. Hier setzen wir erfolgreich an, um der Gefahr von Fremden- und Minderheitenfeindlichkeit

in großen Teilen der Bevölkerung wirksam zu begegnen.

Ich fasse das Ergebnis zusammen: Außer Spesen nichts gewesen! Das liegt aber beileibe nicht an den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Innenministeriums, die sich mit der Großen Anfrage der CDU abmühen mussten. Der geringe Ertrag der Regierungsantwort im Verhältnis zu den bereits in den Verfassungsschutzberichten der letzten Jahre erhaltenen Informationen liegt vor allem an der Substanzlosigkeit und Redundanz der von der CDU aufgeworfenen Fragen.

Wir sollten die Antworten der Landesregierung zusammen mit dem Verfassungsschutzbericht 2014 im Innen- und Rechtsausschuss beraten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Nun hat für die FDP-Fraktion der Kollege Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die verschiedenen Erscheinungsformen des **politischen Extremismus** bleiben ein Thema, das Aufmerksamkeit und Vorsorge erfordert. Dies ist eine Aufgabe der Politik, aber natürlich auch der politischen Bildung und der damit befassten Einrichtungen sowie aller staatlichen Organe, die hierfür eine besondere Zuständigkeit haben. Nicht zuletzt ist das auch der Verfassungsschutz.

Der „klassische“ **Rechtsextremismus** und der „klassische“ **Linksextremismus** sind erfreulicherweise keine expandierenden, sondern auf dem Rückzug befindlichen Bereiche, auch in Schleswig-Holstein. Gleichwohl gibt es auch hier keinen Grund für nachlassende Aufmerksamkeit. Die Entwicklung des Nationalsozialistischen Untergrunds, NSU, hat gezeigt, welch gefährliches Potenzial sich in Deutschland nach wie vor rechts außen befindet. Auf der anderen Seite des politischen Spektrums haben die gewalttätigen Frankfurter Anti-EZB-Demos vor wenigen Monaten verdeutlicht, dass auch links außen ein beträchtliches Gewaltpotenzial existiert.

Die aktuell mit Abstand größten Gefahren gehen jedoch offenkundig von der **islamistischen Szene** aus. Vor nicht allzu langer Zeit war gar nicht daran zu denken, dass hierzulande fanatische junge Isla-

(Dr. Ekkehard Klug)

misten auf die Idee kommen könnten, in die Bürgerkriegsgebiete im Mittleren Osten zu reisen, sich dort an den Kämpfen zu beteiligen, um dann anschließend nach Deutschland zurückzukehren; verbunden mit dem nicht auszuschließenden Risiko, dass sie die andernorts erworbenen Kenntnisse im Umgang mit Waffen und Sprengmitteln hier für Anschläge einsetzen könnten. Im Lichte der Erfahrungen aus Paris und Kopenhagen ist jedenfalls klar, dass sich hier eine neue Gefährdungslage entwickelt hat, die Wachsamkeit und Vorsicht erfordert.

Der Innen- und Rechtsausschuss des Landtags hatte Mitte Januar 2015 eine nicht öffentliche Sitzung in den Räumen des Innenministeriums, in der wir durch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des schleswig-holsteinischen Verfassungsschutzes speziell über diesen Teilbereich des politischen Extremismus detailliertere Informationen und Einschätzungen erhalten haben. Dies war, wie ich finde, ein sehr hilfreiches Meeting. Im Einzelnen haben wir über die Inhalte dieses Gesprächs Vertraulichkeit vereinbart. Ich möchte aber nicht nur daraus, sondern insgesamt drei für mich sehr klare allgemeine Schlussfolgerungen ableiten:

Erstens. Ich bin der Ansicht, dass der **Verfassungsschutz** und andere staatliche Stellen eine **personelle und sächliche Ausstattung** brauchen, mit der sie den Herausforderungen in diesem Bereich des Extremismus wirkungsvoll begegnen können.

Zweitens. Ich halte es für wichtig, dass gewaltbereiten **islamistischen Gruppierungen** auch dadurch das Wasser abgegraben werden muss, dass man ihnen die **Nachwuchsrekrutierung** speziell bei potenziellen jungen Kämpfern möglichst erschwert. Viele junge Leute, darunter Menschen aus Einwandererfamilien, aber auch Konvertiten deutscher Herkunft, finden in den extremistischen Gruppen offenbar deshalb eine Heimat, weil sie sich dort - und leider nur dort - anerkannt, geborgen und in eine Gemeinschaft aufgenommen fühlen. Fänden sie eine Alternative in anderen gemeinschaftlichen Zusammenhängen, würden viele sicher nicht den Weg zu einer radikalen islamistischen Gruppierung gehen. Es geht also, kurz gesagt, um gelingende Integration in unsere Gesellschaft, um nicht mehr und nicht weniger. Wo dies misslingt, droht in einer Reihe von Fällen ein Abgleiten in den islamistischen Extremismus.

Drittens. Dies hängt offensichtlich mit dem vorgenannten Punkt zusammen: Es gibt unter jungen Leuten mit einem islamischen Familienhintergrund offenbar in einer Reihe von Fällen ein **Bedürfnis**

**nach religiöser Orientierung**, das derzeit oft nicht anders Befriedigung finden kann als durch den Eintritt in eine radikale islamistische Gruppierung.

Wenn man dies feststellt, wird meines Erachtens sehr deutlich, wie wichtig im Bereich der Prävention das Angebot eines **islamischen Religionsunterrichts** zum Beispiel an unseren Schulen ist, beziehungsweise wäre. Das in Schleswig-Holstein hierzu an einer Reihe von Schulen in der Vergangenheit durchgeführte Modellvorhaben ist bereits in der Zeit der Großen Koalition initiiert worden. In der 17. Wahlperiode wurde es dann unter meiner Verantwortung als damaliger Bildungsminister weitergeführt. Gegen Ende der Wahlperiode lag die wissenschaftliche Evaluation vor. Ich kann dazu kurz feststellen: Diese wissenschaftliche Evaluation ist positiv ausgefallen.

Meines Erachtens ist es wichtig, solche Ansätze aufzugreifen. Ich kann nicht sehen, dass dies nach dem Regierungswechsel in der Amtszeit von Frau Ministerin Wende getan worden ist. Sie hatte offensichtlich eher mit anderem bildungspolitischem Trallala und Hopsasa zu tun als mit solchen wesentlichen Dingen. Auch auf der heutigen Internetseite des Ministeriums für Schule und Berufsbildung findet man bei einer entsprechenden Recherche bedauerlicherweise das Stichwort nicht.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege - -

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Mein letzter Satz: Gibt man „Islamkunde“ ein, dann wird man gefragt: Meinen Sie Sachkunde? - So weit zu diesem Thema. Ich denke, wir sollten hier am Ball bleiben. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Für die Piratenfraktion hat Frau Abgeordnete Angelika Beer das Wort.

**Angelika Beer [PIRATEN]:**

Frau Landtagspräsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Extremismus ist eine dringliche Herausforderung für Demokratie und Menschenrechte und erfordert ein wachsaues und kontinuierliches Engagement aller Akteure unserer Gesellschaft. Das Klima der Freiheit und Toleranz, das unser Land, Deutschland, seit seiner Entstehung prägt, darf

(Angelika Beer)

nicht zerstört werden. Es darf in Deutschland und innerhalb und außerhalb Europas, keinerlei Toleranz für Fremdenhass, Gewalt und gewaltbereiten politischen Extremismus geben. Aus diesem Grund plädiere ich für eine **differenzierte Herangehensweise**. Wir dürfen nicht in der Extremismusfalle landen, indem einfach alles zusammengewürfelt und bewertet wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die vorgelegte Antwort der Landesregierung zur Lage in Schleswig-Holstein ist aus meiner Sicht relativ undifferenziert. Das liegt tatsächlich an der Fragestellung, denn die Antwort hat nur zu beantworten, was vom Fragesteller abgefragt wird. Trotzdem sind in der Antwort weite Teile Copy-and-paste-Antworten aus dem Bundesverfassungsschutzbericht, der meines Erachtens ebenfalls Lücken in der detaillierten Analyse aufweist, aber darüber werden wir zusammen im Innen- und Rechtsausschuss diskutieren.

Zunächst baut dieser Bericht - beziehungsweise die Fragesteller - offensichtlich auf einer **Extremismustheorie** auf, die eine Parallelisierung von Rechts- und Linksextremismus sowie islamistischen Erkenntnissen vornimmt und dabei vereinfachend in Kauf nimmt, was wissenschaftlich übrigens vollkommen unsinnig ist.

Die Gleichsetzung von linken und rechten politischen Ansätzen entpolitisiert und bagatellisiert dabei die offensichtlichen **Gefahren des Rechtsextremismus**. Die Tatsache, dass die Neonazigruppe NSU in aller Ruhe und von den Behörden indirekt unterstützt quer durch Deutschland ein dutzend Morde verüben konnte, ist sozusagen ein Alleinstellungsmerkmal und bis heute noch nicht einmal vollständig aufgeklärt.

Die Gefahren des aktuellen Rechtsextremismus bei uns werden in diesem Bericht aus meiner Sicht fälschlicherweise als gering eingestuft. Zur heutigen NPD: Natürlich, das sind nicht mehr die älteren Herren aus den 60er-Jahren. Sie hat an Mitgliedern verloren, das ist richtig, aber gleichzeitig ist sie radikaler, gewaltbereiter und extremer geworden. Die Verbindung zum Beispiel zu Hooligans und zur Rockerszene wird nicht ausreichend analysiert.

Nicht vergessen sollte man, denn auch dies steht in dem Bericht nicht, die ätzende Kampagne der NPD zur Bundestagswahl: Geld für die Oma statt für Sinti und Roma. Von rechtsextremistischen Angriffe verbaler oder anderer Art auf diese, unsere jüngste Minderheit, die durch unsere Landesverfassung geschützt ist, ist in der Antwort der Landesregierung nichts zu lesen.

Was den **Extremismus von links** betrifft: Es scheint für die Landesregierung eine Gleichsetzung zu geben zwischen Linksextremen und Antifa. Das finde ich persönlich höchst bedenklich. Ich bezeichne mich beispielweise als Antifaschistin, ohne dabei in die linksextreme Ecke gerückt werden zu wollen. Herr Innenminister, Antifaschismus bezeichnet die Ablehnung des Faschismus und mögliche Entwicklungen dorthin und ist jenseits jeder Gleichsetzung mit extremen rechten Neonazis und Neofaschisten davon zu trennen.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN und Beifall Lars Winter [SPD])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zur Frage des **radikalsten Islamismus und Salafismus**: Ja, islamistischer Terrorismus hat in den letzten Jahren weltweit im Glauben an eine vermeintlich einzig richtige Auslegung der islamischen Religion grausamste Anschläge verübt und damit zum Beispiel mit dem Anschlag auf „Charlie Hebdo“ einer freiheitlichen aufgeklärten Gesellschaft ins Gesicht geschlagen und das Recht auf freie Meinungsäußerung mit Füßen getreten. Kollege Bernstein, ich warne aber davor, detaillierte Angaben, die dieser Bericht jetzt gibt, zu dramatisieren. Ich warne auch davor, damit die mit uns lebenden Muslime in unserem Land, die die gleiche Demokratie verteidigen wie wir, in eine Ecke zu drängen, zu schwächen und zu kriminalisieren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir eine grundsätzliche Einigung für die zukünftigen Beratungen. Dies scheint dem Kollegen Bernstein nicht bekannt zu sein.

Ich zitiere aus dem Programm „Demokratie leben“!:

„Angriffe auf Demokratie, Freiheit und Rechtsstaatlichkeit sowie Ideologien der Ungleichwertigkeit sind dauerhafte Herausforderungen für die gesamte Gesellschaft. Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, die Herausforderungen durch die Islam- beziehungsweise Muslimfeindlichkeit, Antiziganismus, Ultrationalismus, Homophobie, gewaltbereiter Salafismus beziehungsweise Dschihadismus, linke Militanz und andere Bereiche zeigen die Vielzahl demokratie- und menschenfeindlicher Phänomene. Um ihnen kraftvoll entgegenzutreten, bedarf es gemeinsamer Anstrengungen von Staat und Zivilgesellschaft.“

Das ist die Grundlage für Schleswig-Holstein. Wenn wir auf dieser Grundlage gemeinsam arbei-

(Angelika Beer)

ten können, dann wird es die einseitigen Darstellungen künftig vielleicht nicht mehr geben. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und Anke Erdmann  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Für die Kolleginnen und Kollegen des SSW erteile ich das Wort dem Herrn Abgeordneten Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vorab: Es gibt keinen hundertprozentigen **Schutz vor Extremismus**. Gerade darum ist so wichtig, dass die demokratische Gesellschaft aufmerksam gegenüber allen Phänomenen bleibt, die sich gegen sie richten. Der Schutz der Verfassung geht uns alle an. Wir haben auch die besseren Argumente.

Der entschiedenen Haltung vieler Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner ist es zu verdanken, dass der Innenminister bei den **Rechtsextrremen** im Land kaum noch nennenswerte Organisationsstrukturen feststellt. Bürgermut und Engagement haben hier in den letzten Jahren Beeindruckendes geleistet. Der Verfassungsschutz hat ebenfalls dazu beigetragen, dass sich in Schleswig-Holstein die Gefahr des Extremismus als nicht herausragend darstellt.

Rufen wir uns die Auseinandersetzungen in den 90er-Jahren vor Augen, als rechtsextreme Aufmärsche gegen die offene Gesellschaft hetzten. Nachdem sogar Rechtsextreme in Parlamente, auch in dieses, einziehen konnten, kann man nun sagen: So etwas gibt es heute nicht mehr, und das ist gut so. Wir haben also in den letzten Jahren einen enormen Fortschritt erzielen können. Und das liegt unter anderem daran, dass Rekrutierungsbemühungen der rechtsextremistischen Szene erfolgreich verhindert werden konnten.

Der Innenminister weist darauf hin, dass es gar keine planmäßige Anwerbung neuer Mitglieder mehr gibt. Diese liefen bei den Ewiggestrigen beispielsweise über Musikveranstaltungen und konnten fast vollständig ausgetrocknet werden. Der Verfassungsschutz bemüht sich, bereits die Bildung kleiner Zellen zu verhindern. Das ist Teil einer bewährten Präventionsstrategie und zeigt jetzt auch Früchte.

Extremistische Zellen sammeln, ähnlich wie Gewitzellen, Energie und wachsen dann explosionsar-

tig, wenn sie eine gewisse kritische Masse erreicht haben. Darum ist ein funktionierendes **Frühwarnsystem** von grundlegender Bedeutung. Genau über das verfügen wir in Schleswig-Holstein. Der **Verfassungsschutz** verfügt über tiefere Kenntnisse der Extremisten, deren Handeln und Strukturen. Das ist sehr, sehr wichtig, um diese zu bekämpfen.

Wünschenswert wäre aber trotzdem eine bessere **Markierung extremistischer Gewalttaten**. Bislang steht das entsprechende Gesetz der Bundesregierung allerdings noch aus, damit Hassverbrechen von Einzeltätern gekennzeichnet werden können. Wer Ausländer niederknüpelt, muss nicht notwendigerweise zu einer rechtsextremen Organisation oder Kameradschaft gehören, fällt also den Verfassungsschutzbehörden zunächst nicht auf. Trotzdem kann eine solche Tat einen extremistischen Hintergrund gehabt haben. Die personenorientierte Statistik der Polizei muss daher im Sinne einer wirkungsvollen Prävention ertüchtigt werden, damit diese Einzeltäter gar nicht erst zu Vorbildern werden können.

Das gilt natürlich auch für die wachsende **islamistisch-extremistische Szene**, die bislang in der Polizeistatistik keine Rolle spielt, weil die rechtliche Grundlage fehlt. Der Innenminister gibt bei der islamistisch-extremistischen Szene allerdings Entwarnung. Noch gibt es keine islamistisch-extremistische Organisationen in Schleswig-Holstein. Noch haben wir es mit Einzelpersonen zu tun, wenn auch mit einer erheblichen Zahl von etwa 360 Personen, darunter 230 mit salafistischem Bezug. Und noch gibt es keine stabilen Strukturen.

Damit es gar nicht erst dazu kommt, gibt es eine neue **Beratungsstelle** in Trägerschaft der **Türkischen Gemeinde**. Diese soll sich vor allem um junge Menschen kümmern, die in Gefahr sind, sich religiös zu radikalieren. Bevor sich Menschen in der Abgeschiedenheit radikalieren, gibt es Anzeichen. Genau diese gilt es zu identifizieren. Es ist also völlig richtig, dass Präventionsarbeit von innen und nicht von außen kommt. Hier gilt das Motto: Wehret den Anfängen. Diese Zusammenarbeit mit der Türkischen Gemeinde halte ich gerade in diesem Bereich für wirklich vorbildlich.

Liegen allerdings extremistische Straftaten vor, geht es darum, zu verhindern, dass aus Tätern auch noch Helden gemacht werden können. Die Justizministerin wird daher die Prävention in diesem Bereich in den Haftanstalten weiter verstärken. Dazu gehören Weiterbildungsprogramme und Sprachkurse für die Vollzugsbeamten. Der Innenminister setzt

(Lars Harms)

einen Islamwissenschaftler ein, der Schriften auswertet, damit die Beamten wissen, womit sie es zu tun haben.

Zu warnen ist allerdings auch vor der Übertragung der Erfahrungen, die der Verfassungsschutz mit links- und rechtsextremistischen Strukturen gemacht hat, auf die islamistisch-extremistische Szene. Insoweit gibt es nach meiner Auffassung durchaus Unterschiede. Aber ich glaube, dass diese Unterschiede in der Bearbeitung berücksichtigt werden.

Die sachkundigen Antworten auf die Große Anfrage zeigen, dass sich sowohl die Vernetzungen ganz anders gestalten als auch die Hierarchien bewusst flach gehalten werden bei den islamistisch-extremistischen Personen. Einflussreiche Islamisten kann man gerade nicht an ihrer Position erkennen, weil sie die Annahme von Ämtern, zum Beispiel in den Moscheevereinen, dezidiert ablehnen. Wer die Fäden in der Hand hält, ist also gar nicht so leicht zu erkennen. Hier muss man in den Gemeinden die Entwicklung genau beobachten.

Zusammenfassend zeigt die Große Anfrage einen gut funktionierenden Verfassungsschutz, der nicht erst tätig wird, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist. Die gute Präventions- und Netzwerkarbeit der letzten Jahre zahlt sich aus. Die vielen Ehrenamtlichen in Schleswig-Holstein, die sich gerade auf diesem Gebiet engagieren, zeigen, dass Bürgerwille und Bürgerengagement durchaus etwas bewirken können. Deshalb bin ich stolz auf meine Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe deshalb die Beratung.

Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage in der Drucksache 18/3054 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieses einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 16 auf:

#### **Strategiekonzept zum Stellenabbau in der Landespolizei**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3051

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/3115

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3116 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Mit dem Antrag in der Drucksache 18/3051 wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dies einstimmig so beschlossen.

Ich erteile sodann das Wort für die Landesregierung dem Herrn Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt.

#### **Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit der Frage nach den Gipfeln beginnen. Diese Ereignisse sind in diesen Tagen ja in aller Munde. G-7-Außenministertreffen in Lübeck, G-7-Staatschefs in Elmau - und dazwischen der vermeintliche **Polizeigipfel** in Schleswig-Holstein. Was medial als solcher beschrieben wurde, war tatsächlich die verabredungsgemäße Übergabe der polizeilichen Arbeitsergebnisse zur Wasserschutzpolizei und Verkehrsüberwachung von unserem Landespolizeidirektor Höhs an unseren Polizei-Abteilungsleiter Muhlack. Meine Staatssekretärin war während dieser Tage in Berlin. Ich selber war mit dem Kabinett in Brüssel. Es konnte an diesen Tagen also gar keinen Polizeigipfel geben. Demzufolge gibt es auch zu diesem Termin nichts zu berichten.

Gern will ich aber die echten Gipfel in diesem Jahr zum Anlass nehmen, um auf die aktuelle Belastungssituation unserer Landespolizei einzugehen. Die alle sieben oder acht Jahre wiederkehrenden Ereignisse eines weltpolitischen Gipfels in Deutschland haben allein durch das Ereignis, das wir in Lübeck ausrichten durften, sehr viele unserer Kräfte und unendlich viele Stunden gebunden.

Ebenso ungewöhnlich war sicherlich der Besuch des israelischen Staatspräsidenten bei uns in Kiel

(Minister Stefan Studt)

mit den dazugehörigen, vielleicht auch etwas befremdlich wirkenden Schutzbedürfnissen.

Dass dazu in diesem Jahr auch noch die Einweihung der EZB in Frankfurt und der große Gipfel in Elmau kamen, sei nur noch am Rande erwähnt. Wir haben über alle diese Aspekte schon in den vergangenen Sitzungen mehrfach diskutiert.

Dass all dies aber in einer geschlossenen Polizeipersonalstruktur nicht einfach wegzustecken ist und natürlich bis ins letzte Glied wirkt, haben unsere Direktionsleiter zu Recht angemerkt und auf die besonderen Belastungen hingewiesen. Hierüber sind wir miteinander in einem sehr intensiven Diskurs. Gerade gestern haben wir in einer **Runde** mit allen **Direktionsleitern** und den **Spitzen der Landespolizei** noch einmal herausgearbeitet, dass es in diesen Fragen überhaupt keinen Dissens gibt.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Gegenteil gibt es Einvernehmen über den Weg zur Umsetzung des Stellenabbaus, aber auch über die Ideen zur Regulierung zusätzlicher Bedarfe. Denn die **Belastungssituation** bei der Landespolizei wird schon seit jeher geprägt durch die Personalstärke auf der einen und die **Aufgabenlage** auf der anderen Seite.

Von Beginn meiner Verantwortung an war mir wichtig, bei all dem immer beide Seiten zu betrachten. So darf es bei der sowieso schon angespannten Lage keine Stellenreduzierung ohne Aufgabenwegfall oder zumindest entsprechende Aufgabenreduzierung geben. Genau in diesem Sinne ist auch das von mir im Dezember 2014 vorgelegte Eckpunktepapier aufgebaut: Erst kommt die **Aufgabenkritik**, und nur nachlaufend kann die **Personalstärke angepasst** werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Steuerung der Personalstärke erfolgt - das ist bei der Polizei ganz normal - über die Einstellung von Nachwuchskräften. Ursprünglich war vorgesehen, schon 2015 die Einstellungszahlen von **Nachwachskräften** im Verhältnis zu den voraussichtlichen Personalabgangszahlen um 30 zu reduzieren. Im Februar 2015 habe ich im Lichte der zusätzlichen Personalbedarfe unter anderem bei der Sicherung von Flüchtlingseinrichtungen und im Einvernehmen mit der Landesregierung entschieden, davon Abstand zu nehmen. Damit schaffen wir auch eine Kontinuität in der Auslastung unserer Ausbildungseinrichtungen.

Für die Nachwuchseinstellung 2016 steht sogar in Aussicht, dass wegen des doppelten Abiturjahrgangs allein bei der Landespolizei im Vorgriff auf die kommenden Jahre 45 Stellen mehr besetzt werden, als nach den voraussichtlichen Altersabgängen 2018/2019 notwendig wäre.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Über die weiteren Nachwuchseinstellungszahlen 2017 wird, wie es ganz normal ist, jeweils einige Monate vor dem jeweiligen Einstellungsverfahren zu entscheiden sein.

Nun ein Blick auf die andere Seite, die **Aufgabenlage**. Voraussichtlich in den kommenden Wochen wird über das Konzept zur Neuausrichtung der Wasserschutzpolizei und der Verkehrsüberwachung befunden werden. Ziel ist die Herbeiführung eines Belastungsausgleichs zwischen Wasserschutzpolizei und der allgemeinen Schutzpolizei. Relativ zeitnah - so kann man es auch in meinem Bericht aus dem Dezember 2014 nachlesen - sollen aus dem Bereich der Wasserschutzpolizei rund 60 Stellen in die defizitär hinterlegten Einsatzbereiche der Schutzpolizei umgesteuert werden. Diese Maßnahme hat mit dem allgemeinen Stellenabbau also gar nichts zu tun.

Einschränkungen im Bereich der **Kernaufgaben** unserer **Wasserschutzpolizei**, also beim Bootspräsenzdienst auf Nord- und Ostsee, bei Schiffs- und Gefahrgutkontrollen oder den schiffahrtspolizeilichen Aufgaben wird es dabei aber nach den überzeugenden Ausführungen der innerpolizeilichen Arbeitsgruppe nicht geben.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD])

Im Dezember 2014 habe ich darüber hinaus beschrieben, wie die bis 2020 wegfallenden maximal 122 budgetrelevanten Stellen mit zum Teil deutlich vorlaufendem Aufgabenwegfall unterlegt werden sollen. Hierbei handelt es sich zum Beispiel um den klassischen **IT-Service** aus dem **Landespolizeiamt**, der auf den landeseigenen IT-Dienstleister **Dataport** zu übertragen ist. Nach Einschätzung des CIO unserer Landesregierung wird es möglich sein, dass Dataport wegen der Synergien mit anderen Fachbereichen im Land, aber auch mit anderen Ländern mit vergleichbaren Strukturen, diese Aufgaben mit spürbar weniger Personal wahrnehmen können. 30 budgetrelevante Stellen könnten damit im System der Landespolizei verbleiben und zunächst auch für die Stärkung defizitärer Bereiche und allenfalls zum Ende des Jahr-

(Minister Stefan Studt)

zehnts für den realen Stellenabbau verwendet werden.

Weitere Bereiche sind mit der **Big Band** und der **Verkehrsüberwachung** benannt. Hier werden die Aufgaben künftig ganz entfallen oder konzentriert werden. Das Personal - zum Beispiel aus der Verkehrsüberwachung - kann dann zunächst auch in andere Bereiche umgesteuert werden.

Diesen Prozess, den die Landespolizei nach den politischen Entscheidungen zum Stellenabbau im Jahr 2013 und zu den Rahmenbedingungen einer Umsetzung im Dezember 2014 aufgesetzt hat, nehme ich als konstruktiv, loyal und sehr zielführend wahr. Dafür bin ich den Behördenleitern, aber insbesondere den Arbeitsgruppenmitgliedern, ausgesprochen dankbar.

Die beschriebenen Maßnahmen skizzieren auch, dass es selbst bei einem Stellenabbau am Ende des Jahrzehnts in den relevanten **schutzpolizeilichen Kernbereichen** in keinem Fall zu Personalreduzierungen kommen wird. Das war für mich persönlich immer meine oberste Prämisse: trotz Personalabbauvorgabe keine Schwächung in den Bereichen Einsatz, Ermittlung und Prävention.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb gilt - wie oben bereits skizziert -, dass ganz neue Aufgaben nicht ohne adäquaten Aufgabewegfall an anderer Stelle oder nur durch zusätzliches Personal realisierbar sind.

Die positiven Einstellungszahlen in 2015 und 2016 in Verbindung mit einer schon sehr zeitnahen Reduzierung von Aufgabenwahrnehmungen sowie dem zeitnahen Umsteuerungsprozess bei der Wasserschutzpolizei bieten der Polizeiführung relevante Personalsteuermöglichkeiten an. Diese gilt es jetzt zeitnah auszufüllen. Denn die Aufgabenkonzentration kommt jetzt, der tatsächliche Stellenabbau wirkt sich aber tatsächlich erst am Ende der Dekade aus. Sollte dieses Umsteuerungspotential im System nicht reichen, muss künftig vielleicht auch die eine oder andere Unterstützungsleistung für andere Landespolizeien etwas geringer ausfallen als bislang. Sicher gilt es auch, gemeinsam mit den großen Fußballvereinen im Land nach Lösungen zu suchen, dass nicht bis zu 900 Einsatzkräfte manches Heimspiel sichern müssen.

Lassen Sie mich zusammenfassen und einige mir darüber hinaus wichtige Punkte ansprechen: Die **Belastungssituation** unserer Landespolizei ist bedingt durch die geschilderten Ereignisse in diesem

ersten Halbjahr besonders hoch. Aber auch ohne diese Ereignisse - das ist wichtig zu sagen - sind für die Zukunft immer wieder einzelne Aufgabenbereiche kritisch zu hinterfragen, neue Aufgaben zu bewerten und unterschiedliche Belastungen weiter auszugleichen. Mit dem Behördenleiterkreis bin ich insofern fest verabredet, hierzu in einem engen Dialog zu bleiben.

Bereits im Sommer 2014 hat die Landespolizei gemeinsam mit meinem Haus die Regelsituation analysiert, personelle Mehrbedarfe herausgearbeitet und Umsteuerungsmöglichkeiten aufgezeigt. Im Dezember 2014 habe ich wenige Monate nach der Amtsübernahme in einem **Eckpunktepapier** zur Zukunft der Landespolizei meine Vorstellungen skizziert, wie Personalentwicklung auf der einen und Aufgabengestaltung auf der anderen Seite so fortentwickelt werden können, dass es in den polizeilichen Kernbereichen Einsatz, Ermittlung und Prävention tatsächlich keine Einschränkungen geben wird.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zum Jahreswechsel haben wir gemeinsam - Regierung und Landtag - die Verbesserungen beim Dienst zu ungünstigen Zeiten auf den Weg gebracht. Ich setze sehr auf Sie hier im Landtag, dass wir den nächsten Schritt zum kommenden Jahr auch gemeinsam hinbekommen.

Im Februar 2015 habe ich im Lichte absehbarer neuer Aufgaben wie der Sicherung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen entschieden, die ursprünglich für dieses Jahr vorgesehene Reduzierung der Nachwuchskräfte zurückzunehmen.

Als bald werden wir gemeinsam mit der Polizeiführung das **Konzept** zur **Umstrukturierung** der **Wasserschutzpolizei** und der **Verkehrsüberwachung** sowie die damit einhergehende Umsteuerung finalisieren.

Die neuen **Organisationsleitlinien** sind bearbeitet. Es wird keine Mindestgrößenvorgabe geben und entgegen auch heute wiederholter falscher Medienberichterstattung definitiv auch keinen Auftrag, alle kleineren Dienststellen noch einmal zu überprüfen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vielmehr ist die unter der Vorgängerregierung initiierte Organisationsveränderung in weiten Teilen des Landes abgeschlossen. Den dann dem Erlass beizufügenden Übersichten von jeder Polizeidirektion wird zu entnehmen sein, dass damit die Prä-

**(Minister Stefan Studt)**

senz in der Fläche nachhaltig und langfristig gewährleistet bleibt. Wo diese Reform abgeschlossen ist, wie im überwiegenden Teil im Land, wird es in den kommenden Jahren eine Erfahrungsphase geben - für die Bürger, aber auch für die Kollegen. Eine neue Welle von Zusammenlegungen oder Schließungen wird es mit mir nicht geben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Für 2016 planen wir gemeinsam mit der Staatskanzlei, die besondere Situation des doppelten Abiturjahrganges mit erhöhten Einstellungszahlen zu flankieren. Bis 2018 oder gar 2019 wird es also real keine Polizistin und keinen Polizisten weniger in diesem Land geben als heute oder auch in 2010.

Die skizzierte Personalentwicklung auf der einen und die geplanten Aufgabenänderungen auf der anderen Seite geben der Polizeiführung damit jetzt eine Reihe von Umsteuerungsmöglichkeiten an die Hand.

Nichtstun oder gar Verrat, wie ich es lesen konnte, an unserer Landespolizei sehen für mich anders aus. Gemeinsam mit meinem Haus gilt mein ganzes Bemühen, den von Ihnen hier im Parlament beschlossenen Haushalts-, Stellen- und Personalrahmen so auszuschöpfen, dass unsere Landespolizei auch in schwierigen Zeiten mit Wirkung nach außen und Gefühl nach innen bestmöglich aufgestellt ist.

Vielleicht ist es falsch, dass ich nicht jede meiner Entscheidungen offen zu Markte trage. Das Arbeiten für die Galerie ist sicherlich noch ausbaufähig. Das nehme ich aus diesen Tagen gern mit.

Trotzdem werde ich aber an meinen **Besuchen vor Ort** festhalten, und zwar nicht, um schöne Medienbilder zu produzieren, sondern um in der Dienstgruppe, nachts auf dem Streifenwagen oder auch auf einem unserer Boote im echten Dienstalltag über die jeweiligen Situationen und Befindlichkeiten informiert zu werden und Eindrücke mitzunehmen. Diese Gespräche sind wahrlich nicht belanglos, sondern offen, ehrlich und finden stets in einem konstruktiven Klima statt.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dieser Austausch auf allen Ebenen und ein tiefer Einblick in die tägliche Praxis der Landespolizei sind und bleiben mir wichtig. Ich weiß nicht, wer von Ihnen schon einmal morgens um fünf Uhr einen großen Polizeieinsatz auf der Bergstraße oder nachts um drei einen Hotelbrand in Rendsburg mit-

erlebt und gesehen hat, wie in wunderbarer Weise unsere Rettungskräfte, Polizei, Feuerwehr, DRK und Ordnungsamt gemeinsam die Dinge regeln. Das ist auch für mich immer wieder neu beeindruckend, was unsere Polizistinnen und Polizisten tagtäglich für uns leisten. Deshalb bin ich nicht nur mit Verstand, sondern auch mit dem Herzen bei all denen, die da draußen tagtäglich ihren Dienst versehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Ebenso selbstverständlich ist es, dass ich mit denen spreche und telefoniere, die sich während dieser Einsätze in der Ausübung ihres Dienstes verletzen.

(Zurufe FDP und CDU)

- Lassen Sie mich doch bitte einmal ausreden. Nicht zuletzt daraus resultiert auch der Besuch auf der Bergstraße, weil es dort einen verletzten Kollegen gegeben hat, der mir über diese Ereignisse und die schwierige Situation dort berichtet hat. Dann ist es auch nur richtig, sich vor Ort selber einen Eindruck zu verschaffen, wie die Situation aussieht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Den regierungstragenden Fraktionen danke ich für die Bestätigung unseres bisherigen und künftigen Handelns und Vorgehens, wie es in dem vorliegenden Antrag zum Ausdruck kommt.

Mit dem Blick nach vorn wünsche ich mir, dass alle, die wir in diesem Bereich Verantwortung tragen, auf allen Ebenen wieder zur Sachdiskussion um die beste Lösung zurückkehren. Notwendige Veränderungen und Reaktionen auf aktuelle Entwicklungen gelingen nur im ehrlichen und fachlichen Dialog von unten nach oben und von oben nach unten. Dies gilt ganz ausdrücklich auch für die wichtigen und unverzichtbaren Interessenvertreter, die ich auf der Tribüne auch ganz herzlich begrüßen möchte.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Gestatten Sie mir einen letzten Hinweis, lieber Herr Dr. Bernstein: Ich würde es ganz ausdrücklich gutheißen, dass Sie, wenn Sie Informationen aus internen Dienstbesprechungen haben möchten, die ich führe, bitte nicht meine Dienststellenleiter anrufen, die im höchsten Maße über diese Art der Informationsbeschaffung irritiert sind, sondern mich doch bitte einfach ansprechen. Mir ist es auch wichtig, mit Ihnen im Gespräch zu sein und ins Gespräch zu

**(Minister Stefan Studt)**

kommen, um auch da nach der besten Lösung zu suchen. - Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/  
DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 10 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt auch allen anderen Fraktionen jeweils zur Verfügung.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die FDP-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gemessen an der Einwohnerzahl gibt Schleswig-Holstein von allen Bundesländern am wenigsten für die Polizei aus: 121 € je Einwohner im Jahr.

(Zuruf CDU: Unerhört!)

Im Vergleich der Bundesländer weist Schleswig-Holstein mit 2,7 Polizeibeamten auf 1.000 Einwohner die drittniedrigste Polizeipräsenz auf.

(Zuruf CDU: Unglaublich!)

Und nun will die Landesregierung hier kürzen: 122 Stellen sollen wegfallen.

Nicht nur die Gewerkschaften warnen, die Kürzungspläne seien Ausdruck einer besorgniserregenden Fehlentwicklung. Ich zitiere den GdP-Landesvize Torsten Jäger:

„Das Innenministerium streut den Bürgern Sand in die Augen, wenn es behauptet, dass mit weniger Personal alles besser wird.“

(Beifall FDP und CDU)

Dabei sind die **Anforderungen an die Polizei** immer mehr gestiegen. Bei Einbruchdiebstählen rangiert Schleswig-Holstein, gemessen an der Einwohnerzahl, bundesweit unter den „Top 5“ der Bundesländer. Der Schutz von Unterkünften für Asylbewerber und Flüchtlinge bindet weiteres Personal. Zur wirksamen Bekämpfung von Internet-, Serien- und Bandenkriminalität braucht das Land eigentlich 100 zusätzliche Stellen für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Dies sind altbekannte Zahlen und Fakten schon aus dem Vorjahr.

Behördenleiter beginnen bereits, wegen der schon vorhandenen **Belastung** ihrer Mitarbeiter Alarm zu schlagen. Der Chef der Kieler Polizeidirektion be-

klagte Anfang Juni, im Zusammenhang mit Demonstrationen, mit dem Schutz von Staatsgästen und anderen Sondereinsätzen hätten sich in diesem Jahr - es war noch nicht einmal das erste Halbjahr vorbei - bereits so viele Stunden angehäuften, wie im gesamten Jahr 2014. Jede Menge Verfahren blieben deshalb lange Zeit liegen. Ein weiteres Beispiel ist der G-7-Gipfel in Elmau. Rund 600 Polizeibeamte aus Schleswig-Holstein standen deshalb für eine Woche in unserem Land nicht zur Verfügung.

Die Krankenstände erreichen eine Rekordhöhe. Ende des vorigen Jahres war zu hören, dass diese in Kiel mit über 7 % etwa doppelt so hoch liegen wie im Durchschnitt der gesetzlich Versicherten. In zwei Kieler Revieren waren es sogar katastrophale 17 %.

Während die Zahl der Verunglückten im Straßenverkehr im vorigen Jahr um 11 % gestiegen ist, droht nun die Stilllegung von zehn Videowagen der Landespolizei, das ist die Hälfte der in diesem Bereich eingesetzten Fahrzeuge.

Wie reagiert der zuständige Innenminister auf die Hilferufe seiner Landespolizei? - Hilflos. Ratlos.

Während Herr Studt die Lage schönredet, sprechen die Vertreter der Polizeibeamten Klartext. Die Identifikation vieler Polizistinnen und Polizisten mit ihrem Beruf stünde auf dem Spiel, sagt die GdP.

In einer Umfrage bei ihren Kollegen verschickte die GdP 3.000 Fragebögen. 76 % der Antwortenden bezeichneten die Personalsituation bereits jetzt, also vor den geplanten Stellenstreichungen, als „belastend“. Die Verunsicherung ist dabei längst über die Reihen der Polizeibeamten hinaus in der Bürgerschaft unseres Landes angekommen. Ich zitiere:

„Leider müssen wir feststellen, dass offenbar aufgrund der Arbeitsverdichtung auf den Polizeidienststellen die Hinweise an die Opfer auf die Betreuungsmöglichkeiten des WEISSER RING trotz zunehmender Einbruchdiebstähle rückläufig sind.“

So erklärte sich die Organisation WEISSER RING am 18. März 2015 in der schriftlichen Anhörung zu dem von der FDP-Fraktion beantragten Bericht der Landesregierung über die Entwicklung im Bereich der Einbruchskriminalität. Dieser Brief wurde unterschrieben von Landesvorsitzendem Uwe Döring, ehemals - wie Sie alle wissen - SPD-Justizminister unseres Landes in der Zeit der Großen Koalition.

Scharfe Kritik äußerte auch der frühere SPD-Innenminister Klaus Buß, der sein Amt in der Zeit der Ministerpräsidentin Heide Simonis ausgeübt hat. Er

**(Dr. Ekkehard Klug)**

sagte: Der geplante Stellenabbau bei der Landespolizei sei ein grober Fehler, denn das Sicherheitsempfinden der Bürger werde dadurch gestört.

(Beifall FDP und CDU)

Wie können also die Sprecher der Ampelkoalition, der Küstenampel - Entschuldigung -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Küstennebel!)

die Kritik an den Stellenabbauplänen als oppositionelle Panikmache abtun, wenn doch genau diese Kritik aus ihren eigenen Reihen kommt?

(Beifall FDP und CDU)

Die lokalen Seiten der schleswig-holsteinischen Zeitungen sind voll von Beiträgen, aus denen die Besorgnis der Bürgerinnen und Bürger angesichts des **Rückzuges der Polizei aus dem ländlichen Raum** deutlich wird.

Nehmen wir etwa das Beispiel der Kripo-Außenstelle Brunsbüttel, deren Schließung droht. Wegen der dann bei Einsätzen vor Ort anfallenden Fahrzeiten gehen weitere Arbeitsstunden für effektive Fallbearbeitung verloren. Und so wie in Brunsbüttel wird das an allen Stellen sein, wo Sie die Ausdünnung in der Fläche so weiterfahren wie bisher.

Hinzu kommt der Verlust an wertvoller Vertrautheit mit den örtlichen Gegebenheiten. Auch das ist ein wichtiger Punkt, der sich auf die Schlagkraft der Polizei nachteilig auswirkt. Die Ausdünnung der **Polizeipräsenz in der Fläche** - was heute von der GdP als Zentralisierungswahnsinn bezeichnet worden ist - führt insgesamt dazu, dass Bürger im Notfall länger warten müssen, bis die Polizei vor Ort erscheint. Genau dies darf nicht sein.

(Beifall FDP und CDU)

Die Bildung von Bürgerwehren ist dann die Kehrseite dieser Entwicklung: Zeichen für ein schwindendes Vertrauen der Bürger in die Schutzfunktion des Staates und - wie wir Freie Demokraten meinen - ein gefährliches Signal für einen nicht mehr vollständig funktionierenden Rechtsstaat.

So kann es nicht weitergehen. Die Politik muss dem Einhalt gebieten. Die Landesregierung muss ihren Kurs ändern, sie muss die Abwärtsspirale zulasten der inneren Sicherheit und zulasten des Vertrauens der Bürger in unseren Rechtsstaat stoppen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von SPD, Grünen und SSW: Nehmen Sie sich ein Beispiel! Ich zitiere:

„Die Koalitionspartner werden die Vollzugs-polizei von jeglichen Stellenstreichungen ausnehmen ...“

So steht es im Hamburger Koalitionsvertrag von SPD und Grünen auf Seite 100. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrter Herr Studt, wenn Sie darüber beunruhigt sind, dass ich mit Polizeibeamten in Schleswig-Holstein spreche, kann ich Sie gern weiter beunruhigen: Ich spreche fast täglich mit Polizeibeamten in Schleswig-Holstein, und das aus gutem Grund.

(Beifall CDU und FDP)

Denn die Schnittmenge zwischen dem, was Sie hier dargestellt haben, und dem, was Wahrnehmung in unserer Landespolizei ist, ist überschaubar. Da gibt es durchaus sehr unterschiedliche Wahrnehmungen. Die Presseveröffentlichungen der vergangenen Wochen - „Aufstand gegen den Innenminister“, „schlechtester Innenminister, den das Land je hatte“ - fallen ja nicht vom Himmel.

(Beifall CDU und vereinzelt FDP)

Das sind ja keine Erfindungen der Opposition, Herr Studt.

(Zurufe SPD)

Es gibt natürlich die Erwartungshaltung, dass sich ein Innenminister des Landes Schleswig-Holstein für seine Landespolizei einsetzt, auch gegenüber den eigenen Regierungsfraktionen.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Hier wird nicht erwartet, dass ein Innenminister für die Galerie arbeitet. Die Performance, die Sie abgeliefert haben, wird auch nicht besonders nach oben schnellen dadurch, dass Ihre Reden jetzt in der SPD-Fraktion Korrektur gelesen werden. Es geht doch darum, dass Sie die Belange, die die Polizistinnen und Polizisten in Schleswig-Holstein umtreibt, ernst nehmen und dass Sie sie vertreten. Dass es am Ende im Kabinett oder in den Regierungs-

(Dr. Axel Bernstein)

fraktionen andere Beschlüsse geben kann, ist doch selbstverständlich; das ist nicht das Thema. Aber ein Innenminister, der gar nicht erst den Eindruck erweckt, dass er an der Seite seiner Polizei stehen würde, wenn es um Stellen oder um den Rechtsrahmen geht, der verliert Vertrauen. Herr Studt, das ist Ihr Problem, dass man Ihnen nicht traut.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Wenn ich mir den Antrag der Regierungsfractionen angucke, der uns gestern auf den Tisch geflattert ist, stelle ich zunächst einmal fest - das ist interessant -, dass Sie auf **Organisationsleitlinien** Bezug nehmen, die dem Landtag noch gar nicht vorliegen. Ich finde es schön, wenn die Zusammenarbeit zwischen Regierung und Regierungsfractionen so gut funktioniert, dass Sie die kennen. Ganz hervorragend, Herr Stegner.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Lesen Sie keine Zeitung?)

Es ist erfreulich, wenn es jetzt Organisationsleitlinien gibt. Die haben ja eine lange Geschichte. Mal gab es einen Entwurf, dann gab es keinen Entwurf mehr, dann gab es einen Gedankensplitter, dann gab es auch keinen Gedankensplitter mehr. Wenn jetzt etwas vorliegt, ist es schon einmal nicht schlecht, dass es eine Grundlage gibt, auf der diskutiert werden kann. Es wäre nett, wenn Sie die uns auch offiziell zur Verfügung stellen. Ich hoffe, dass das, was mir vorliegt, etwas mit dem zu tun hat, was Sie am Ende in Kraft setzen wollen.

(Unruhe)

Wenn wir das Loblied der **Koalitionsfractionen** auf die Landesregierung in Ihrem **Antrag** auseinandernehmen, bleibt nicht sonderlich viel übrig von dem, was Sie an Eindruck zu erwecken versuchen. Denn sie sagen: Wir werden dem Innenminister genau auf die Finger gucken, dass es keine Personalkürzungen gibt, ohne dass Aufgaben abgebaut werden, oder keine neuen Aufgaben ohne neues Personal - dann allerdings, wenn alles, was bisher im Gespräch war, abgearbeitet ist.

Das bedeutet konkret: Sie haben seit Beginn dieser Legislaturperiode 50 Polizeidienststellen geschlossen. Das bedeutet, dass 31 weitere Polizeidienststellen zur Disposition stehen. Das bedeutet, dass an der Kürzung - Sie sprechen fälschlicherweise nach wie vor von 122 Stellen, de facto sind es 342 Stellen, die Sie kürzen wollen - nichts geändert wird, dass am Abzug von über 60 Stellen von 260 Stellen der Wasserschutzpolizei nichts geändert wird und

dass Sie danach sagen: Jetzt wollen wir dem Innenminister sehr genau auf die Finger gucken.

Sie versteigen sich auch noch zu der Aussage, es werde nichts im unmittelbaren **Aufgabenvollzug** passieren. Das möchte ich mir einmal angucken: Wenn Sie von 265 **Wasserschutzpolizisten** 63 abziehen, ohne dass im Aufgabenvollzug etwas passiert, ist es zu billig, auf die Präsenzboote zu verweisen. Sie wissen sehr genau, dass die Wasserschutzpolizei Aufgaben in den Häfen, bei der Kontrolle von Fahrzeugen, beim Fährverkehr übernimmt, wo selbstverständlich nicht mehr das geleistet werden kann, was heute zu leisten ist.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Sie wissen auch, dass Sie in diesem Bereich mit Aufgabenabbau nicht weit kommen werden. Denn weil die Wasserschutzpolizei im maritimen Bereich die einzige Landesbehörde ist, die wir auf See haben, wird da nichts zu finden sein, was Sie ohne gesetzliche Grundlage streichen können.

Das nächste Beispiel ist die **Verkehrsüberwachung**. Natürlich wird hier im Aufgabenvollzug einiges schlechter werden, wenn Sie das Personal reduzieren, wenn Sie die Anzahl der Fahrzeuge, die auf Autobahnen und Bundesstraßen unterwegs sind, reduzieren. Gerade vor dem Hintergrund der Verkehrsunfallstatistik ist das eine unverantwortliche Entscheidung.

Vor welchem Hintergrund führen wir die Debatte überhaupt? Wir führen sie vor dem Hintergrund eines öffentlichen Hilferufs von Dienststellenleitern in der Presse - an sich schon ein einmaliger Vorgang. Der Hintergrund dafür ist eine hohe **Dauerbelastung** unserer Polizei, nicht nur im ersten Halbjahr dieses Jahres durch einige Groß- und Sonderlagen, sondern im ganz normalen Regelbetrieb, die sich auch in einem hohen Krankenstand ausdrückt, der deutlich höher ist als in vielen anderen Bereichen des öffentlichen Dienstes. Die zahlreichen Sonderlagen, die Sie zu Recht angesprochen haben, kommen noch obendrauf.

Wir stehen im Wettbewerb um **Nachwuchs** für die Landespolizei, nicht nur mit anderen Polizeibehörden, sondern natürlich auch mit vielen anderen Wirtschaftszweigen. Deswegen ist es wichtig, dass wir auch Wege finden, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte besser zu machen als in der Vergangenheit. Und das wollen Sie bewerkstelligen, indem Sie Stellen kürzen? - Da bin ich sehr gespannt.

(Dr. Axel Bernstein)

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda  
[PIRATEN])

Sie haben keine Antwort darauf, wie Sie mit den Strukturen, die Sie anstreben, der zunehmenden Respektlosigkeit und Gewaltbereitschaft gegenüber unserer Polizei begegnen wollen.

Die Landesregierung, SPD, Grüne und SSW gehen unreflektiert davon aus, dass man all diese Anforderungen an eine Landespolizei bewältigen könne, wenn man sie nur effizient genug organisiere. Wenn ein **Organisationserlass** - wenn das Papier, das ich kenne und das möglicherweise der Organisationserlass ist, den Sie den Regierungsfractionen gegeben haben - Ihre Antwort ist, setzen Sie auf Einheitlichkeit, auf Vergleichbarkeit, auf Standardisierung und auf innerbetriebliche Bewertungsmaßstäbe. Das ist Ausdruck einer technokratischen Sichtweise, die verkennt, dass jede Dienststelle und jede Abteilung in der Polizei eine individuelle Eigenpersönlichkeit ist und individuellen Anforderungen gerecht werden muss.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda  
[PIRATEN])

Heterogenität, Flexibilität und Bürgernähe zeichnen unsere Polizei bis heute aus. Sie werden zugunsten einer „gerechten“ Ressourcenverteilung geopfert. Im Klartext heißt das nichts anderes: Bürgernähe, Ortskenntnis und Einbindung von Beamten in das örtliche soziale Umfeld werden zugunsten einer gleichmäßigen Verteilung des Mangels aufgegeben. Das ist der entscheidende Fehler.

Unser Leitbild bleibt die **bürgernahe** und **ortsnahe verwurzelte Präsenzpolizei**. Sie passt nicht in das Schema einer **betriebswirtschaftlich optimierten Konzernstruktur**. Wir brauchen die Motivation, die Kameradschaft, das Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein und auch den Idealismus der Beamtinnen und Beamten. All das lässt sich nicht von oben verordnen, und all das steht in keiner Akte, Herr Studt.

Wir haben uns vor diesem Hintergrund entschlossen, einen eigenen Antrag in die Parlamentsberatung heute einzubringen, um noch einmal ganz deutlich zu machen, dass es nicht um die Frage geht, ob Sie einen Konsens über die Verteilung des Mangels geschaffen haben, der von oben vorgegeben wurde. Der entscheidende Punkt ist, dass Sie diesen Mangel verursachen, und das lehnen wir ab.

(Beifall CDU, FDP und Wolfgang Dudda  
[PIRATEN])

Der Grundfehler bleibt. **Personalkürzungen** sind ein verheerendes Signal an eine permanent am Limit laufende Landespolizei. Die von uns geforderten zusätzlichen 160 Stellen sind kein Luxus, sondern sie machen die Wahrnehmung des heutigen tagtäglichen Aufgabenbestandes erträglicher. Wenn Sie davon sprechen, es werde Aufgabenreduzierung geben, empfehle ich einen Blick in die heutige Ausgabe der „Segeberger Zeitung“, in der das Modellprojekt zur Vereinfachung von Schwertransporten ohne Polizeibegleitung offensichtlich vorzeitig eingestampft wurde. Auf weitere so spannende Vorschläge sind wir neugierig.

Wir fordern Sie auf, Herr Innenminister: Sorgen Sie dafür, dass die Verschlechterung der Kontrolldichte bei der Überwachung des Verkehrs auf Autobahnen und Bundesstraßen nicht erfolgt. Auf die Unfallstatistik habe ich verwiesen.

Sorgen Sie dafür, dass die Wasserschutzpolizei handlungsfähig bleibt. 65 von 265 Stellen zu streichen - ohne Aufgabenstreichung! -, das ist für das Land zwischen den Meeren eine Farce.

(Beifall CDU und FDP)

Sorgen Sie für Bürger- und Ortsnähe nicht nur auf dem Land. Auch in städtischen Bereich ist dies von Bedeutung.

Sorgen Sie dafür, dass auch Alltagskriminalität verfolgt und nicht nur verwaltet wird.

Sorgen Sie dafür, dass Spielräume für wirksame Präventionsarbeit erhalten bleiben, und legen Sie ein schlüssiges Konzept für den steigenden Aufwand aufgrund zusätzlicher zentraler Flüchtlingsunterkünfte auf den Tisch.

Legen Sie dar, wie Sie die Qualität und Verfügbarkeit der IT in der Polizei sicherstellen wollen. Ich finde schon bemerkenswert, dass Sie die 60 Stellen, die von Ihnen sozusagen als Gegenfinanzierung für den Fall, dass Dataport beauftragt wird, herangezogen werden, nicht bei den Stellenkürzungen berechnen; das ist eine andere Diskussion. Es ist schon sportlich, dass Sie, ohne dass eine detaillierte Ausschreibung vorliegt, ohne dass ein Konzept vorliegt, davon ausgehen, man werde das im Rahmen von 30 Stellen schon hinbekommen. Was machen Sie denn, wenn das nicht aufgeht? Dann geht die ganze Diskussion von vorn los. Dann sind es vielleicht nicht 30 oder 60 oder 90, sondern 120 Stellen. Das ist doch alles auf Sand gebaut, was Sie hier vorlegen.

(Beifall CDU und FDP)

(Dr. Axel Bernstein)

Die bisher bekannten Entscheidungen - ich sage das mit aller Vorsicht; wie gesagt, die Dokumente liegen uns förmlich noch nicht vor -, die bisher geplanten Entscheidungen der Landesregierung sind eben gerade kein Konzept. Sie sind letztlich Ausdruck mangelnder Wertschätzung für die Arbeit unserer Landespolizei.

In unserem Antrag, der - noch einmal: wie in den Haushaltsberatungen und im Nachtragshaushalt dargelegt - gegenfinanziert ist und für dieses Haus ohne Probleme umsetzbar wäre, finden Sie das Gegenmodell, den Einstieg in die Schließung der strategischen Lücke, den Verzicht auf Streichung des Personals bei der Polizei. Ich verweise noch einmal darauf: Dann reden wir darüber, dass wir eine halbwegs auskömmliche Bestandsgröße für den Normalbetrieb haben, dann reden wir noch nicht über neue Herausforderungen in der Zukunft und reden noch nicht über Sonderlagen, sondern über das,

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

was an Minimum erforderlich wäre. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall CDU und FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die SPD-Fraktion hat der Herr Fraktionsvorsitzende Dr. Ralf Stegner.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst einen herzlichen Dank aussprechen, nämlich den Dank an die Polizeibeamtinnen und -beamten dafür, dass sie täglich ihren Job machen, unsere Sicherheit gewährleisten, aber vor allen Dingen dafür, dass sie sich mit uns gemeinsam auf den Weg zu einer **Polizeireform** gemacht haben, die unsere Strukturen der inneren Sicherheit zukunftsfest machen. Leider gerät in der Öffentlichkeit oftmals in Vergessenheit, unter welchem Risiko für die eigene Unversehrtheit, manchmal sogar das eigene Leben unsere Polizistinnen und Polizisten täglich ihre Arbeit zum Wohle der Gesellschaft und Gemeinschaft leisten. Davor habe ich größte Hochachtung.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mein Dank gilt im Übrigen auch den Angestellten, die im Hintergrund ihren Teil zum Erfolg unserer Polizei beitragen. Ich bedanke mich bei Innenmini-

ster Stefan Studt für den Bericht. Er entspricht der Haltung der Küstenkoalition und hat deutlich gemacht, dass wir verlässliche Partner der Polizei sind und bleiben und ihr auch größtmögliche Planungssicherheit geben werden.

Lassen Sie mich auch ein ernstes Wort

(Lachen CDU - Zuruf Heike Franzen [CDU])

- Frau Kollegin Franzen, Sie verstehen ja besonders viel von dem Thema - zu dem sagen, was ich hier wahrnehme. Ich finde es geradezu unverantwortlich, wenn in öffentlichen Debatten - gerade aus den Reihen der Opposition, aber manchmal auch mit ein bisschen Hilfe von anderswo - immer wieder mit falschen Behauptungen agiert wird. Da ist von wildesten Stellenabbauplänen die Rede, von Schließungen vor allen Dingen von kleinen Polizeistationen. Das aber erzeugt ausgerechnet bei denjenigen, die uns schützen, Ängste. Insofern bleibt es unverantwortlich, Herr Oppositionsführer, auch wenn Sie sich noch so sehr an die Hoffnung klammern, dass Ihnen diese politische Angstpropaganda parteipolitische Feldvorteile bringt.

(Beifall SPD und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Kollege Bernstein, ich tue es sehr ungern, weil der Kollege gerade präsidiert, ich sage es aber trotzdem: Der **Organisationsteil**, der begonnen wurde und zu Ende geführt wird, ist veranlasst worden von dem ehemaligen Innenminister und jetzigen Kollegen Klaus Schlie, der hinter mir sitzt. Sie sollten also nicht sagen, Zentralisierung und Kontrolle mache die jetzige Landesregierung, das sei alles völlig überflüssig und löse Misstrauen gegenüber der Regierung aus. Dann müssten Sie das Misstrauen schon gegenüber Ihrem Kollegen, dem jetzigen Landtagspräsidenten, aussprechen. Der hat das nämlich eingeleitet. Das wird jetzt zu Ende geführt.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kritisiere ich übrigens nicht, um das einmal deutlich hinzuzufügen. Das ist notwendig und polizeifachlich geboten, Herr Kollege Schlie. Insofern haben Sie in diesem Punkt meine Unterstützung.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Unglaublich!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, angesichts der Haushaltslage ist es aber leider unvermeidlich, auch im Bereich der **Personalausstattung** der Polizei **Einsparungen** vorzunehmen. Der Opposition müssten diese Vorgaben noch aus ihrer eigenen Regierungszeit ein Begriff sein. Es ist ja

(Dr. Ralf Stegner)

gerade einmal drei Jahre her, wenn es auch bei den Kolleginnen und Kollegen der FDP ein kurzzeitiges Vergnügen war.

Die Frau Finanzministerin Monika Heinold hat ja gestern sehr deutlich gemacht, nach welchem Motto Sie hier verfahren: dreistellige Millionenwunschlitten nach dem Motto „Im Himmel ist Jahrmarkt“ aufstellen und neuerdings jedem alles versprechen, der gerade durch die Tür kommt.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Schließlich sind Sie zuversichtlich, dass Sie selbst das nicht einlösen müssen. Die Zuversicht teile ich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Trotzdem bleibt es unverantwortlich.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist typisch: Sich an nichts erinnern, was man selber gemacht hat, immer wieder von Haushaltsdisziplin reden - das macht dann meistens der Kollege Koch - und das Gegenteil einfordern. Man muss nichts gegenfinanzieren und behauptet auch noch, das Ganze sei seriös. Das ist unseriös, das ist unverantwortlich, und das ist eben auch schlechte Opposition.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das **Stelleneinsparungskonzept** ist von der Landesregierung beschlossen worden. Die von der Landespolizei maximal zu erbringende Einsparung in Höhe von 122 Stellen - ich füge hinzu: nicht 125, nicht 117, nicht 118, sondern maximal 122; das gebe ich hier ausdrücklich zu Protokoll - sind von 8.338 Stellen bei der Landespolizei 1,4 %. Das ist nicht schön, aber im Vergleich dazu, was insgesamt erbracht werden soll, vertretbar. Das soll zwischen 2018 und 2020 erfolgen. Ich wiederhole: maximal 122 Stellen zwischen 2018 und 2022!

Wer also jetzt aktuell Stellenverschlechterungen anprangert, sagt bewusst die Unwahrheit, meine sehr verehrten Damen und Herren, denn wir haben keinen einzigen Polizeibeamten weniger als zu den Zeiten, als Sie regiert haben und als wir heute haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Herr Kollege Bernstein, es ist ja eine Lüge, wenn man im Bewusstsein der Wahrheit die Unwahrheit sagt. Ich weiß jetzt nicht, ob ich Ihnen das vorhalten soll, ob Sie die Wahrheit kennen. Aber zumindest nach dieser Rede sollten Sie sie kennen können.

Wenn Sie in den Haushaltsplan hineinschauen und ihn lesen können, Herr Kollege Bernstein, werden Sie vielleicht davon abgehalten, hier im Plenum solche Aussagen zu wiederholen.

(Dr. Axel Bernstein [CDU]: Vielleicht lesen Sie das Protokoll, dann können Sie die Lüge wieder einkassieren!)

- Ich habe da wenig Sorgen, Herr Kollege Bernstein! - Das Ganze wird mit einer konsequenten **Aufgabenreduzierung** verbunden. Ich füge hinzu, weil mir die Polizeiarbeit aus eigener politischer Verantwortung durchaus bekannt ist: Zusätzliche Aufgaben darüber hinaus - seien sie quantitativ oder qualitativ - können und werden der Landespolizei nur dann auferlegt werden können, wenn ihr dazu zusätzliches Personal zugewiesen wird. Das sage ich hier ausdrücklich, weil man natürlich wissen muss, dass wir bei der demografischen Entwicklung nicht automatisch davon ausgehen können, dass wir weniger Polizei brauchen. Das wird nicht so sein.

(Beifall SPD)

Das ist anders als in anderen Politikbereichen.

Meine Kollegin Simone Lange, die anders als andere hier im Hause Polizeiarbeit aus eigener Anschauung kennt - das merken wir manchmal auch in der Fraktion -, hat in diesem Haus schon oft geschildert, wie sich das Aufgabenspektrum der Polizei derzeit verändert. Ich möchte die Cyberkriminalität nur als eines von vielen denkbaren Beispielen nennen, bei der es natürlich andere Anforderungen gibt und bei der anderes geleistet werden muss, als es bei klassischer Polizeiarbeit der Fall ist. Man muss das also immer weiterentwickeln. Dafür müssen wir die Polizeistrukturen zukunftsfest machen und so gleich gute Arbeitsbedingungen ermöglichen.

Mit unserem **Förderungskonzept** und wichtigen Entscheidungen im Hinblick auf die **Ausrüstung und Ausstattung** - da hat sich vieles verbessert - sind wesentliche Bestandteile dafür von der Küstenkoalition beschlossen und umgesetzt worden. Wir haben im Landeshaushalt 2015 Mittel für die Erhöhung der Erschwerniszulage bereitgestellt und eine Regelung für die finanzielle Entschädigung von im Dienst verletzten Polizistinnen und Polizisten geschaffen. Wir haben damit im Übrigen - auch was den ersten Teil angeht - ganz im Gegensatz zu unserer Vorgängerregierung, die erst auf den Oppositionsbänken mutig geworden ist, auch Gewerkschaftsforderungen umgesetzt, und zwar in Euro und Cent im Haushalt.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Was meint der sperrige Begriff **Organisationsleitlinie**? - Er meint zum Beispiel veränderte Einsatzbedingungen, er meint zum Beispiel die bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die wir in der Tat gewährleisten wollen und müssen. Er meint die berechnete Erwartung der Bevölkerung nach Gewährleistung der inneren Sicherheit, also Verfügbarkeit und Erreichbarkeit der Polizei auch in der Fläche. Das geht aber nur mit modernen Einsatzkonzepten und nicht mit Polizeigebäuden, an denen Schilder befestigt sind, in denen sich aber niemand aufhält.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir brauchen moderne Polizeikonzepte. Das weiß jeder, der von Polizeiarbeit etwas versteht. Das und vieles mehr verbirgt sich hinter dem Terminus technicus Organisationsleitlinie.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Die **Bürgerpolizei** steht für uns keinesfalls zur Disposition. Sie muss im Gegenteil gestärkt werden. Wir wollen und müssen auch dafür sorgen, dass unsere Polizei ihre Aufgaben mit Akzeptanz, besser noch mit Unterstützung der Kommunalpolitik wahrnehmen kann. Dafür müssen wir auch neue Anstrengungen unternehmen. Unsere Bürgerpolizei hat ein hohes Ansehen im Land. Die schlechten Beispiele aus anderen Ländern machen uns deutlich, was wir hier zu bewahren haben, was wir übrigens auch seit Beginn der 90er-Jahre konsequent verändert haben, damit es so ist. Und deswegen hat die Polizei einen guten Ruf und steht in Umfragen immer gut in Schleswig-Holstein da.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Um es ganz klar zu sagen: Nach den bereits begonnenen Organisationsveränderungen - ich sage es noch einmal: die der Kollege Schlie eingeleitet hat, was die Polizeistationen angeht, die im Bereich der PD Ratzeburg und Kiel noch nicht abgeschlossen sind -, wird es keine weiteren **Strukturveränderungen** und jenseits der Veränderungen bei der Wasserschutzpolizei auch keine weiteren **Schließungen von Polizeistationen** mehr geben. Bei der Wasserschutzpolizei werden übrigens die Anforderungen an die Verhältnisse in anderen Polizeibereichen angepasst, was die Aufgabendichte und Belastungssituation angeht. Das ist schwierig, aber es ist notwendig. Die Notwendigkeit können immer nur

Oppositionsparteien bestreiten, Regierungsfraktionen wissen, dass es notwendig ist.

Wie es bei der Wasserschutzpolizei konkret und ohne Einschränkung in ihren Kernaufgaben umgesetzt wird, das wird der Innenminister bei der Erläuterung des Konzeptes zur Neuausrichtung in den nächsten Wochen mitteilen.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

Personalausstattung wird für jede Dienststelle individuell vorgenommen und orientiert sich an regionalen Besonderheiten und polizeifachlichen Kriterien.

Wir werden in den kommenden Monaten, wenn diese nicht immer ganz leichten Schritte gegangen wurden, darüber sprechen, welche Änderungen darüber hinaus notwendig sind, um die Arbeit unserer Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten attraktiv zu halten.

Verbesserungen halten wir dabei besonders im Einstiegsbereich für notwendig. Eine qualitativ hohe **Nachwuchssicherung** zählt genauso dazu wie stabile Einstellungszahlen. Auch da - das mag der Landesrechnungshof gelegentlich kritisieren - füge ich hinzu: Unser Aufwand muss dem Ziel entsprechen, dass wir die Besten für die Polizei haben wollen und nicht jeden. Schließlich geht es hier um die schwierige Aufgabe des Gewaltmonopols des Staates und eine Polizei, die es heute sehr schwer hat, wenn ihr teilweise so begegnet wird, wie wir das heute leider feststellen, wo individuelles Urteilsvermögen und Zurückhaltung mehr und mehr gefragt sind. Da leisten die Polizeibeamten eine schwierige Arbeit, für die sie wirklich auch unsere Unterstützung brauchen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, alles muss immer wieder auf den Prüfstand - ja, auch Stellenkürzungen in der nächsten Legislaturperiode. Das bedeutet aber nicht - auch wenn Sie noch so sehr so tun -, dass man nun alle Wünsche erfüllen könnte. Es geht hier um die schwierige, aber doch auch alltägliche Aufgabe von Politik, Prioritäten zu setzen, einen Ausgleich von Zielsetzungen zu finden, nicht jedem recht zu geben.

Lassen Sie mich auch eins an dieser Stelle sagen, weil ich mich über manches in den letzten Tagen doch ein wenig gewundert habe: Fehler macht jeder, der arbeitet, also eigentlich alle außer der Opposition. Fehler macht jeder, der arbeitet.

**(Dr. Ralf Stegner)**

(Christopher Vogt [FDP]: Das war ja ein Riesenbrüller!)

- Kleiner Scherz! Das passiert auch in der Regierung, das passiert auch Ministern, das passiert auch Abgeordneten der Regierungsfractionen.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Wenn Sie so ein bisschen mehr Intelligenz in Ihre Zwischenrufe legen könnten, Herr Kollege, dann würden Sie wirklich mächtig zulegen können.

Aber wenn Sie von der Opposition manchmal mit Hilfe aus anderen Bereichen oder auch in Ermangelung eigener Konzepte und teilweise ohne jede exekutive Erfahrung, aber mit besonders dicken Backen hier stehen, wenn der Kollege Bernstein meint, er müsse als Detektiv öffentliche Dienststellenleiter anrufen, um da noch ein bisschen einen Punkt zu machen, oder wenn Sie es persönlich unter der Gürtellinie versuchen, sozusagen mit einer Art Ministermobbing, weil Sie dann sehr persönliche Dinge versuchen,

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

dann können Sie das alles machen. Das können Sie alles machen, aber das hat mit Ihrer eigentlichen Aufgabe, in der Sache zu kritisieren, andere Konzepte zu entwickeln, wirklich nichts zu tun. Eins will ich Ihnen auch sagen: Ich lese gelegentlich, ich hätte keine Lust mehr auf meinen Job und wollte etwas anderes. Ich kann Ihnen nur sagen: Sie werden sich mit mir schon noch beschäftigen müssen, ich habe nämlich Leidenschaft für diesen Job. Und wenn Sie so etwas machen, dann kriegen Sie es mit mir zu tun, das will ich Ihnen ganz deutlich sagen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lernen Sie erst einmal, seriöse Konzepte aufzustellen und die ordentlich zu finanzieren, dann können Sie mit uns diskutieren.

(Christopher Vogt [FDP]: Ja, genau, Herr Stegner!)

Ansonsten diskreditieren Sie sich immer nur selbst. Wir stehen zu unserer Landesregierung, wir stehen zu unserer Landespolizei, und Gott sei Dank kann sich die Landespolizei auch darauf verlassen, dass wir regieren und Sie nur reden. - Vielen herzlichen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist ja das Schlimme daran!)

**Präsident Klaus Schlie:**

Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, es steht mir natürlich in meiner jetzigen Funktion nicht zu, dass ich mich wegen des Lobes, dass Sie mir für meine verantwortlichen früheren Ministerentscheidungen, die ich mit Augenmaß getroffen habe, ausgesprochen haben, zur Wehr setze. Deswegen tue ich das auch nicht.

(Heiterkeit - Beifall Hans-Jörn Arp [CDU] - Serpil Midyatli [SPD]: Gegen ein Lob zur Wehr setzen?)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN hat jetzt Herr Abgeordneter Burkhard Peters.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Minister, ganz herzlichen Dank für den Bericht. Unser Innenminister vertritt in der Frage des Stellenabbaus die Entscheidung der gesamten Regierung, und das ist auch gut so; denn unsere Regierung ist ein Team.

(Vereinzelter Beifall SPD - Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist ein Dream-Team, das finde ich auch! - Weitere Zurufe)

Und das ist auch ein Teil ihrer Erfolgsgeschichte, in der Tat. Dazu gehört es nicht, dass ein Minister für die Galerie versucht, sich in besonderer Weise hervorzutun, indem er sich zum Kämpfer für irgendwelche Interessen erst einmal hinstellt und Dinge verspricht, die er dann doch wieder einsammeln muss. Das ist nicht Teamarbeit. Das ist auch keine sinnvolle Regierungsarbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Stefan Studt macht es schon genau richtig.

Und er muss in puncto Stellenabbau eine extrem unbequeme und schmerzliche Sache exekutieren.

(Zuruf SPD: Wo sich andere gedrückt haben!)

Diese Entscheidungen mögen vielen - vor allem in der Polizei und ihren Gewerkschaften - nicht gefallen. Das rechtfertigt allerdings nicht, den Innenminister in einer persönlich herabsetzenden Art und Weise anzugreifen, wie das in den letzten Tagen geschehen ist.

(Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Wir erleben in der öffentlichen Diskussion derzeit eine Kampagne, die ein unwürdiges Niveau erreicht

(Burkhard Peters)

hat. Ich will die Anwürfe gegen den Innenminister hier nicht wiederholen. Einigen Protagonisten sind offensichtlich die Sachargumente ausgegangen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Ihnen aber auch!)

Stattdessen gehen Sie unter die Gürtellinie. Sehr verehrte Damen und Herren von der Opposition, Sie täuschen die Menschen. Die Wahl der Mittel ist Ihnen dabei völlig egal. Dafür werfen Sie alles Mögliche in einen Topf, und vor allen Dingen etwas, was nicht zusammengehört.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Was hat die aktuelle Zahl der Überstunden - beruhend auf Großeinsätzen in Lübeck, Kiel und Elmau - mit dem Stellenabbau ab 2018 zu tun,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Martin Habersaat [SPD]: Gute Frage!)

was mit der Zusammenlegung von Polizeistationen, die doch in der Summe nicht zu weniger Polizistinnen und Polizisten im Land führt?

(Christopher Vogt [FDP]: Weil die ja schon Überstunden ansammeln!)

Und auch Ihre Logik: Mehr Polizei, weniger Einbrüche, ist eine Milchmädchenrechnung.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Zahl der **Wohnungseinbrüche** ist seit Jahren unverändert hoch. Und obwohl zum Beispiel Niedersachsen nur unwesentlich mehr Polizeikräfte pro Einwohner hat, ist die Aufklärungsquote dort höher als in Schleswig-Holstein. Wie erklären Sie das? Aber an Komplexitäten und an der klaren Erkenntnis oder Durchdringung der Realität sind Sie nicht interessiert. Einen Blick über den Tellerrand, über die Grenzen des Landes Schleswig-Holstein hinaus und auch über die Grenzen der Bundesrepublik hinaus, ist in diesem Zusammenhang auch manchmal erkenntnisbringend.

(Beifall Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Kriminologen bestätigen unsere Haltung. Es fehlen jegliche Belege, dass wir zu wenige Polizeikräfte in Deutschland haben. Die Zahl ist seit Jahren - auf die Einwohnerzahl heruntergebrochen - unverändert, und Deutschland liegt im europäischen Mittelfeld. Sie malen ein Scheinproblem an die Wand. Italien, Spanien, Zypern - alle haben die meisten Polizeikräfte pro Einwohner in Europa. Dass diese

Länder besonders sicher sind, müssen Sie zum Beispiel einmal einem Barcelona-Touristen erzählen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN und Beifall Bernd Heinemann [SPD])

Fakt ist, bis 2017 - das wurde hier schon mehrfach gesagt, und ich kann es so oft wiederholen, bis Sie es selbst auswendig können - wird keine Polizistin und kein Polizist im Land weniger da sein als im Jahre 2010, als Sie noch Regierungsverantwortung hatten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Volker Dornquast [CDU]: Ab 2018 aber auch nicht!)

Durch Ihre gezielte Vermischung entsteht eine trübe Brühe von Halbwahrheiten, Ungenauigkeiten und Gerüchten, die dann noch mit Giftspritzen gegen die Person des Innenministers gewürzt wird. In dieser Suppe kann man dann wunderbar herumfischen, um die Legende zu entwickeln, die gegenwärtige Landesregierung überlasse die Bürgerinnen und Bürger des Landes wahlweise dem Chaos, den Kriminellen, den Rasern und Dränglern auf den Straßen und den Extremisten. Dabei deuten alle messbaren Indikatoren darauf hin, dass sich die **Sicherheitslage** im Land seit Jahren insgesamt verbessert. Die CDU bedient aber lieber diffuse Gefühlswelten. Ihnen sind Schlagzeilen wichtiger als Fakten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, in Schleswig-Holstein gilt die **Schuldenbremse**. Genau wie die Vorgängerregierung halten wir uns an die mit dem Stabilitätsrat vereinbarte Vorgabe, 10 % des Landespersonals bis 2020 abzubauen. Die gesamte Polizei umfasst 8.300 Stellen. Das wurde schon erwähnt. Ein Abbau von nur 122 Stellen ist vor diesem Hintergrund äußerst schonend und maßvoll. Wir müssen zwingend auf die vorgeschriebene Zahl von 10 % **Personalabbau** über alle Bereiche kommen. Verschont man den Polizeiapparat komplett, müssten andere Personalkörper dafür bluten. Das hieße dann weniger Lehrerinnen und Lehrer, Richterinnen und Richter, Finanzbeamtinnen und Finanzbeamte. Das fällt in Ihrer Diskussion völlig unter den Tisch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ich war in den letzten Wochen bei verschiedenen Diskussionsveranstaltungen von Verbänden und Schulen, zum Beispiel beim Richterverein in Itze-

**(Burkhard Peters)**

hoe oder in einer Gemeinschaftsschule in meinem Wahlkreis in Mölln. Überall schallt es mir entgegen: zu wenig Personal, zu viel Arbeitsverdichtung, zu viele Schülerinnen und Schüler pro Klasse, zu viele Aufgaben. Und diese Menschen haben auch recht. Unser Land hat über Jahrzehnte über seine Verhältnisse gelebt und dabei einen Schuldenberg von 27 Milliarden € aufgehäuft. Erzählen Sie den Menschen, wie es dazu gekommen ist, anstatt sich hier lauthals als die Retter von Sicherheit und Ordnung aufzuspielen!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In dieser Lage kann es nicht darum gehen, einen Personalbereich vollständig vom Stellenabbau auszunehmen. Nur weil eine Interessenvertretung es versteht, ihr Anliegen besonders lautstark zu artikulieren, hat sie noch nicht automatisch recht. Hier würde ich mir schon wünschen, dass seitens einer Fachgewerkschaft der Begriff Solidarität auch für die vielen Kolleginnen und Kollegen in den anderen Verwaltungsbereichen des Landes gilt.

Meine Damen und Herren, ich traue unserem Innenminister Stefan Studt in besonderem Maße zu, dass er den schwierigen und unbequemen Prozess des Stellenabbaus bei der Landespolizei weiterhin kompetent gestalten wird. Seine Ausführungen heute waren ein Beleg dafür.

Verehrte Damen und Herren, es ist Zeit, dass wir in diesem Zusammenhang über Aufgabenreduzierung bei der Polizei reden - das wurde mehrfach gesagt -, anstatt hier immer wieder der Märchenstunde der Opposition zuhören zu müssen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bis gestern hatte ich vor, tatsächlich eine alte Rede aus den anderen Debatten, die wir dazu schon gehalten haben, herauszukramen. Ich bin sicher, es wäre niemandem aufgefallen, genauso wie die Beiträge vorher waren.

Wir haben das genau mit der gleichen inhaltlichen Schwere und mit den gleichen Fakten immer und immer wieder beredet, und es ist im Grunde nichts

anderes als „Ewig grüßt das Murmeltier“, bis ich gestern den Antrag der Koalition gesehen habe, den ich an einer Stelle extrem gut finde, und an der Stelle, wo es um Stelleneinsparungen geht, ablehne.

Gut an dem Antrag ist Folgendes: Er ordnet das demokratische Oben und Unten neu.

(Beifall PIRATEN)

Hier besteht tatsächlich ein erheblicher Ordnungsbedarf. Was die Menschen im Ministerium, was wir als Abgeordnete erleben, wenn wir Anfragen und Nachfragen an das Ministerium haben, was die Gewerkschaften im Polizeibereich seit mehreren Wochen als Dialogunfähigkeit anprangern, will die Koalition mit ihrem Antrag beenden und zu Recht daran erinnern, dass der Innenminister genau wie der Polizeihauptmeister im Streifenfahrzeug im Land Schleswig-Holstein teamorientiert und den bewährten Spielregeln der europäischen Begegnungskultur folgend verpflichtet ist. Mit anderen Worten: Wenn **Polizisten** im Einsatz ihrem Gegenüber ihre Maßnahmen so schlecht erklären würden, wie es der Innenminister bei seinen Maßnahmen tut, würde jeder Einsatz eskalieren.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Zum Glück gehen unsere Polizistinnen und Polizisten grundsätzlich anders vor. Sie wissen, dass durch kluges Einwirken auf das polizeiliche Gegenüber andere Maßnahmen wie zum Beispiel der unmittelbare Zwang vermeidbar sind. Sie sind übrigens auch bereit, aus Fehlern zu lernen, und diskutieren nach Einsätzen organisiert, was eher gut und was eher schlecht gemacht wurde, damit es beim nächsten Mal besser läuft. Dabei wollen die Polizeiführer gerade von den Kolleginnen und Kollegen der Basis wissen, was sie bewegt. Dieses polizeiliche Handeln ist im Apparat transparent und in dessen Grenzen natürlich auch demokratisch. Im Klartext gesprochen heißt dies: Ein Poltergeist als Polizeiführer, der despotisch und unbelehrbar ist im Stil von „du alles, ich nichts“, widerspricht den Einsatzgrundsätzen moderner Führung.

Nun stellen wir uns vor, wie ein mit modernen Führungsgrundsätzen vertrauter Polizist den Stil unseres Innenministers bewertet, der es nicht schafft, einen kooperativen Führungsstil zu bedienen. Diese Bereitschaft bis hin zur Loyalität wird zum Zerreißen strapaziert, und genau das haben die Gewerkschaften in den letzten Tagen zum Ausdruck gebracht. Deshalb hat die Koalition mit ihrem Antrag nach meinem Eindruck die Reißleine gezogen, und dafür danke ich auch.

(Wolfgang Dudda)

Nehmen Sie den Antrag der Koalition, Herr **Innenminister**, zum Anlass für ein Reset, für einen Neustart, vergessen Sie Sätze wie „Wer einen Teich trockenlegen will, sollte besser nicht mit den Fröschen diskutieren“. Das sind Gedanken aus dem vorigen Jahrhundert, die brauchen wir jetzt nicht.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

Ich habe die Worte zum Abschluss Ihrer Rede so wahrgenommen, dass Sie tatsächlich selbstkritisch überlegen, Dinge zu ändern. Das fände ich gut. Nach der Neuordnung Ihrer **Kommunikation**, die Sie angekündigt haben, erreichen Sie auch die Signale der Vernunft, die insbesondere die Aufgabenkritik der Betreffenden sehen. Es gibt nach meiner festen Überzeugung - das wiederhole ich jetzt zum dritten oder vierten Mal - tatsächlich keine Bereiche, in denen wir auf Polizei verzichten können, ganz im Gegenteil. Wenn ich mir überlege, dass am Samstag die SPD die Vorratsdatenspeicherung beschließen will und wir nicht die Kräfte haben, überhaupt Cyber-Kriminalität zu bekämpfen, und überlegen, an Dataport wichtige Dinge von uns auszulagern. Dataport ist eine Firma, bei der wir vor drei Jahren erfahren haben, dass die deutsche Tochterfirma eines amerikanischen Spionagekonzerns bei uns Administratorrechte hatte.

(Beifall PIRATEN)

Bei **Dataport** hilft es überhaupt nicht, 30 Stellen auszulagern. Wir müssen einmal darüber nachdenken, dass es nach wie vor seit ein, zwei Jahren öffentlich angeprangert so ist, dass Polizisten bei uns tatsächlich bis zu 30 Sekunden warten müssen, dass auf ihrem Monitor das passiert, was sie per Taste eingegeben haben, nämlich ein Komma und ein Buchstabe, weil die Leitungssysteme einfach nicht ausreichend sind. Nachgewiesen ist, dass damit etwa 500 Polizisten an Arbeitskräften generiert werden könnten, wenn die Stunden, die dadurch vertan werden, sinnvoll eingesetzt werden.

Noch einmal: Der **Wasserschutzpolizei** kann man überhaupt nichts wegnehmen. Wir sind ein Touristenland. Wenn bei uns - auf Hochdeutsch gesprochen - auf dem Wasser die wilde Sau los ist, bleiben die Touristen weg. Wenn ihre Boote beschädigt werden, wenn betrunken gefahren werden kann, wenn niemand mehr die Polizei fürchten muss, bleiben die Touristen weg.

Aufgabenkritik ja, aber vernünftig. Entbehrlich ist derzeit nichts. Die hohe Belastung ist nicht nur auf die großen Einsatzlagen Lübeck, Elmau und Frankfurt zurückzuführen, sondern sie ist ein generelles Problem. Die Überstundenlage ist überdurchschnitt-

lich hoch, der Krankenstand ist überdurchschnittlich hoch. Kollege Klug sprach es an.

Vor dem Hintergrund finde ich die Idee von Ihnen, 2016 45 AK zusätzlich zu nehmen, Herr Minister, sehr gut. Das bedient an der Stelle auch den Antrag der CDU, den wir - das heißt die Mehrheit meiner Fraktion - unterstützen. Es ist der richtige Weg.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dudda, gestatten Sie eine Bemerkung der Frau Abgeordneten von Kalben?

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Ja gern.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Lieber Herr Dudda, ich teile Ihre Einschätzung, dass es eine hohe Belastung bei der Polizei gibt. Gar keine Frage. Aber Ihre Fraktion und Sie haben gestern einen Antrag eingebracht, mit dem Sie uns noch einmal ermahnen wollten, die Schuldenbremse, zu der auch ein Personalabbaupfad gehört, einzuhalten.

An welcher Stelle würden Sie denn die Polizeistellen, von denen Sie sagen, wir könnten an keiner Stelle sparen, kompensieren?

- Da ist das Naheliegendste zum Beispiel der Verzicht auf die Kita-Freistellung, die Sie gerade erst beschlossen haben.

(Zuruf SPD)

- Die freien Kita-Dinge, die Sie beschlossen haben und machen wollen. Da ist schon einmal sehr viel Geld zu finden. Es gibt noch viele andere Ideen.

(Weitere Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, es ist eine Frage gestellt, und der Herr Abgeordnete Dudda antwortet. Vielleicht können wir uns darauf verständigen.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Bei den Kitas, bei dem, was der Ministerpräsident angekündigt hat, ist schon einmal Geld zu finden. Es ist zum Beispiel auch Geld zu finden bei dem, was ich Ihnen eben gesagt habe. Wenn man die Datenleitung bei der Polizei vernünftig organisiert, dann sitzen Polizisten nicht minutenlang vor ihrem Rechner und warten, dass dieser reagiert. Dann haben sie Möglichkeiten, besser und schneller zu ar-

(Wolfgang Dudda)

beiten, sind effizienter, sind auf der Straße und müssen im Büro nicht lange warten, bis ihr Rechner ihnen antwortet. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich möchte vorab die Gelegenheit nutzen, den Beschäftigten der **Landespolizei** für ihre wirklich hervorragende Arbeit zu danken, für alles, was sie für uns und für das Land tun.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich werde später noch einmal darauf eingehen, dass wir dies durchaus zu schätzen wissen. Dies gilt auch im Hinblick auf die Personalplanung. Einige Kollegen haben ja schon darüber gesprochen, dass wir in diesem Bereich nicht so scharf einschneiden, wie es in anderen Bereichen leider Gottes nötig ist.

Ich möchte auch auf einen Umstand hinweisen. Ich bin schon etwas länger in diesem Hohen Hause tätig und kann mich sehr gut daran erinnern, dass wir in den letzten Jahren - ich glaube, wir bekommen schon ein Jahrzehnt voll - über die Neustrukturierung der Arbeit der Landespolizei und auch über Organisationsstrukturen gesprochen haben, Beschlüsse gefasst haben, Ausschusssitzungen abgehalten haben, und dies mit wechselnden Regierungen. Alle haben die Notwendigkeit gesehen - insbesondere auch in der Debatte und der Kommunikation mit den Betroffenen selber und auch mit der Gewerkschaft -, dass man die Landespolizei neu aufstellen muss und dass man vor dem Hintergrund der **Schuldenbremse** möglicherweise auch bei der Polizei Stelleneinsparungen vornehmen muss. Man hat sich Gedanken darüber gemacht, wie man beides zusammen organisieren kann.

Auch wenn ich immer gern Reformprozesse für unsere eigene Regierung vereinnahme, ist dies hier keinesfalls so. Selbstverständlich haben auch vorherige Regierungen hieran gearbeitet. Die **Reform der Landespolizei** wurde und wird langfristig geplant. Deshalb betrifft diese Reform nicht nur eine Umstrukturierung der Stellen, sondern vor allen Dingen auch eine Arbeitsreform. Diese neue Arbeitsplanung wurde - das darf man auch nicht vergessen - vor Ort von den jeweiligen Polizeidirektio-

nen selbstständig erörtert, mit erarbeitet und jetzt auch mit umgesetzt. Dies ist also kein Prozess, der neu entstanden ist, sondern das war ein Prozess über sehr viele Jahre, der langsam auf die Zielgerade kommt.

An diesem Prozess haben die örtlich verantwortlichen Kräfte mitgearbeitet. Die getroffenen Entscheidungen, die natürlich in der jeweiligen Region - auch in meiner Region - hart diskutiert wurden, wurden von den Bediensteten vor Ort mitgetragen. Diesen Entscheidungen zollen wir großen Respekt.

Die Landesregierung hat dabei keinerlei Vorgaben gemacht - nicht diese Landesregierung, aber auch vorherige Landesregierungen nicht. Wir sollten diesen neuen Strukturen jetzt erst einmal die Möglichkeit geben, sich zu verfestigen und zu bewähren. Der Weg, der hinter den Beteiligten liegt, war lang und hat einiges an Anstrengung gekostet. Jetzt alles auf den Kopf zu stellen, wäre nicht sonderlich zielführend und würde den zeitaufwendigen Ausarbeitungsprozess, auch in den jeweiligen Regionen, zunichtemachen.

Dass die neuen Strukturen Zeit brauchen, leuchtet ein. An dieser Stelle sollten wir der Landespolizei das Vertrauen entgegenbringen, dass sie die anstehenden Aufgaben vernünftig bewerkstelligen wird. Das geschieht Schritt für Schritt, über einen längeren Zeitraum hinweg. Was an dieser Tatsache im besonderen Maße spektakulär sein soll, kann ich im ersten Moment nicht erkennen.

Es ist kein Geheimnis, dass wir uns in Schleswig-Holstein seit etwas mehr als einem Jahrzehnt mit der sogenannten Polizeireform beschäftigen, die vor dem Hintergrund der knappen Haushaltskasse natürlich unter anderem auch Stelleneinsparungen beinhaltet. Aber, meine Damen und Herren, die Landespolizei soll von ihren über 8.300 Stellen 122 budgetrelevant abbauen. Das sind etwa 1,4 %. Dieser Abbau soll schrittweise von 2018 bis 2020 erfolgen. Der Personalkörper der Landespolizei hat sich also aktuell noch gar nicht wesentlich verändert. Deswegen sind alle Spekulationen, was denn durch diesen Stellenabbau jetzt gerade in irgendeiner Art und Weise an Unzulänglichkeiten entstanden ist, völlig fehl am Platze, weil wir derzeit noch gar keine **Polizeistellen** abgebaut haben. Diesbezüglich befinden wir uns auf dem gleichen Stand wie unsere Vorgänger, und wer das inhaltlich kritisiert, kritisiert sich damit selbst.

Wer also meint, meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein sei polizeiarm, der sieht wahrscheinlich Gespenster. Was wir brauchen, ist nicht mehr

(Lars Harms)

Polizei, sondern eine moderne, zugkräftige Polizei. Früher wurde schon einmal treffend formuliert: Effizienz geht vor Nostalgie. Daher sollten wir uns wirklich auf das Wesentliche konzentrieren, auf die Effizienz.

Diese Devise war für die Ausarbeitung sämtlicher Polizeidirektionen bei uns im Land maßgeblich. Dies war also insgesamt ein zielgerichteter Vorgang, der alle Beteiligten mit einbezogen hat.

Was wir nicht gebrauchen können, sind Verzerrungen der Tatsachen oder Stimmungsmache, die allein das Ziel verfolgen, einen Streit vom Zaun zu brechen. Denn Tatsache ist doch, dass es keineswegs ein Selbstzweck ist, Stellen zu streichen. Ein Rasenmäherprinzip sieht doch völlig anders aus. Eine vermehrte Einstellungswelle wird nun unterbrochen. Dabei geht es ausschließlich um die Einstellungen. Es ist nichts Ungewöhnliches, dass man einmal mehr und einmal weniger Personal neu einstellt. Das gibt es in allen anderen Bereichen der Landesverwaltung auch.

Von daher kann ein bisschen mehr Sachlichkeit sicherlich nicht schaden, meine Damen und Herren. Denn - noch einmal, weil ich glaube, das ist sehr wichtig - wir reden hier von einem Stellenabbau von weniger als 2 %. 98 % der Stellen werden bleiben. Damit steht die Landespolizei, was das angeht, wesentlich besser da als viele andere Bereiche in der Landesverwaltung.

Unterm Strich sollten wir diesen langen und aufwendigen Modernisierungsprozess anerkennen und damit auch der getanen Arbeit der letzten Jahre Respekt zollen. Erst wenn diese neuen Strukturen umgesetzt sind, ist meiner Meinung nach der Zeitpunkt gegeben, um sie ordnungsgemäß zu überprüfen. Diesen Prozess von vornherein für verloren zu erklären, halte ich für deplatziert.

Bleibt an dieser Stelle nur zu hoffen, dass bestimmte Kreise aufhören, den Menschen Sand in die Augen zu streuen. Über 98 % der Stellen der Landespolizei bleiben. Damit geht es diesem Bereich viel besser als anderen Bereichen. Dass die Landespolizei bewusst besser behandelt wird als manch anderer Bereich, hat auch etwas mit der rot-grün-blauen Koalition zu tun. Auf die Unterstützung unserer Koalition und unseres Ministers Stefan Studt kann sich die Landespolizei auch weiterhin verlassen. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem Dreiminutenbeitrag hat die Abgeordnete Astrid Damerow das Wort.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Stegner, ich teile Ihre Hochachtung für die Leistung unserer Landespolizei voll und ganz und schließe mich diesem Teil Ihrer Rede an.

(Beifall CDU)

Das war es aber schon. Denn das, was Sie sonst sagten, ist für mich blanker Zynismus. Sie sprechen hier reihenweise Ihre Hochachtung aus, und mit dem nächsten Atemzug schwächen Sie unsere **Polizei**. Es ist ganz egal, ob Sie das ab 2017 oder ab 2018 tun - Sie beginnen jetzt mit der Planung, und die ist auch irgendwann nicht mehr rückholbar. Wenn Sie ab 2017 Stellen bei der Wasserschutzpolizei abbauen, um dann abzuwarten, wie sich das auswirkt, werden Sie große Probleme bekommen, diese Stellen ad hoc nachzubersetzen, wenn Sie feststellen, dass das vielleicht doch nicht so gut gewesen ist.

Der Antrag, den Sie uns gestern vorgelegt haben, ist eine Frechheit.

(Beifall CDU)

Sie lassen den Fuchs im Hühnerstall, knallen die Tür zu und schreien dann: Haltet den Fuchs, und passt auf! Es ist alles erledigt, und nun sollen wir begrüßen, was beschlossen worden ist. Im Übrigen soll ich Leitlinien verabschieden, die ich als Abgeordnete noch nicht einmal gesehen habe. Was sind denn das überhaupt für demokratische Abläufe?

(Zurufe SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete - -

**Astrid Damerow [CDU]:**

Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete Damerow gestattet keine Zwischenfrage.

**Astrid Damerow [CDU]:**

Kommen wir einmal ganz konkret zur **Wasserschutzpolizei**. Herr Innenminister, Sie haben vorhin gesagt, es werde keine Kürzungen bei Einsatz, Ermittlung und Prävention geben. Jetzt erklären Sie einmal bitte der Wasserschutzpolizei bei einem Verlust von über 60 Stellen, dass es hier keinerlei Einschnitte bei Einsatz, Ermittlung und vor allem auch bei der Prävention geben soll.

Schauen wir uns einmal die Wasserschutzpolizei an der Westküste an. Sie ist für das Gebiet von Büsum bis zur dänischen Grenze zuständig. Die Stellen auf den Inseln Sylt, Föhr und Amrum sind bereits weg. Ansonsten gibt es eine ordentliche Reduzierung des Personalkörpers der Wasserschutzpolizei an der Westküste, was die Standorte Husum und Büsum durchaus in Gefahr bringt.

Wir reden bei diesem Gebiet vom Weltnaturerbe Wattenmeer, und wir alle wissen, dass Kriminalitätsverhütung auch etwas mit Präsenz zu tun hat. Ich wundere mich schon, dass eine Fraktion wie die Grünen als Lordsiegelbewahrer des Naturschutzes hierbei noch nicht einmal zuckt. Auch im großen Naturschutzgebiet der Schlei wird es demnächst weniger Präsenz geben.

Sie reden hier immer noch davon, dass die Prävention in keiner Weise eingeschränkt werde. Das, was Sie hier mit der Wasserschutzpolizei tun, ist unverantwortlich und auf Jahre hinaus nicht ohne Weiteres zu reparieren. Deshalb lehnen wir das nach wie vor vehement ab.

(Vereinzelter Beifall CDU)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, der einzig interessante Teil Ihres Antrags, den Sie uns vorgelegt haben, ist der Passus, dass neue Aufgaben nur möglich sein werden, wenn es mehr Stellen gibt. Das finde ich vor dem Hintergrund ganz besonders spannend, dass wir demnächst drei Erstaufnahmeeinrichtungen in Schleswig-Holstein à 500 oder 600 Plätzen mehr haben werden. Das bedeutet dreimal Fünf-Mann-Stationen. Ich gehe davon aus, dass zu diesem Zweck mindestens 15 neue Stellen im Polizeivollzug geschaffen werden, denn das beschließen Sie nachher mit Ihrem Papier. Das ist der einzig positive Ansatz, der aber wohl erst später kommt.

Ich muss Ihnen sagen: Wir verfolgen diese Debatte schon eine ganze Weile. Sie ist an Zynismus nicht zu überbieten. Sie kürzen bei der Polizei nämlich nicht 122 Stellen, Sie lassen die weiteren 160 Stellen immer unter den Tisch fallen. Diese gehören

mit dazu. Herr Kollege Peters, Sie stellen dar, dass dies lächerlich wenig sei. Ich empfehle Ihnen, was auch Ihre Aufgabe ist, im restlichen Landesdienst zu schauen, ob Sie diese 122 Stellen dort irgendwo finden, wenn Sie dies finanziell schon nicht anders darstellen können. - Danke sehr.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Frau Abgeordnete Simone Lange das Wort.

**Simone Lange [SPD]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich finde es gut, wenn Sie sich kämpferisch für die **Landespolizei** einsetzen. Leider tun Sie dies nur völlig konzeptlos. Das ist ein bisschen mein Problem.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Genau, und dann kommt immer der Ruf aus der dritten Reihe. Von Ihnen als ehemaligem Innenstaatssekretär finde ich das ganz besonders interessant.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Nun dürfen Sie nicht noch einmal drei Minuten in die Bütt, aber ich hätte gern gewusst, ob Sie sich über unseren Antrag empören oder ihn zustimmungsfähig finden. Das, was Sie hier dargeboten haben, war völlig konträr.

Bevor ich Ihnen die Auflistung dessen gebe, was wir seit 2012 tatsächlich für die Landespolizei getan haben, will ich etwas vorwegnehmen. Das ist vielleicht ein bisschen eintönig, aber ich kann es Ihnen einfach nicht ersparen. Vorweg will ich sagen: Mit dem, was Sie Monat für Monat im Parlament tun, tun Sie den Kolleginnen und Kollegen auf der Straße schlichtweg keinen einzigen Gefallen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Einzige, was Sie zu Papier gebracht haben, ist ein Haushaltsantrag, der bei der Polizei gekürzt hätte. Das wollen Sie wieder und wieder nicht hören. Sie haben hier einen Haushaltsantrag eingebracht, der bei der Polizei gekürzt hätte. Das ist nichts von den Lippenbekenntnissen, die Sie hier immer wieder abgeben.

(Zurufe CDU)

(Simone Lange)

- Das ist das Double von Herrn Koch. - Herr Dr. Bernstein hat uns vorgeworfen, wir würden Standardisierung zum Nachteil der Polizei einführen. Wir haben diese gar nicht eingeführt. Sie geht auf die Zeit vor der Amtszeit von Herrn Innenminister Breitner zurück. Die Standardisierung ist seit 2012 und davor bereits in der Umsetzung.

(Wortmeldung Tobias Koch [CDU])

- Nein, Herr Koch, heute nicht. Vielen Dank.

Sie haben die Belastungskonferenz der GdP argumentativ ins Feld geführt, und das ist völlig richtig. Das wollen und werden wir ernst nehmen. Aber auch hier hat die Polizei einen internen Prozess. Sie hat sich selbst zu überprüfen und festzustellen: Wie belastet ist unsere Polizei, und wie können wir gegensteuern? Dieser Prozess wurde bereits begonnen.

Wir haben vielerlei umgesetzt: Wir haben zum Beispiel die Ausstattung der Landespolizei durch zusätzliche finanzielle Beiträge, die wir geleistet haben, verbessert. Wir haben eine Neuausrichtung der Führungskräfteauswahl vorgenommen. Wir haben das Instrument der Arbeitsgemeinschaft Stellenverteilung, ein Instrument, das während Ihrer Regierungszeit angewandt wurde, konsequent fortgeführt. Wir haben Verbesserungen bei der Beurteilungs- und der Beförderungssituation herbeigeführt. Wir haben die Zusammenarbeit der kooperativen Regionalleitstellen optimiert. Die Öffentlichkeitsarbeit wurde proaktiv ausgerichtet, bis hin zu einem Facebook-Auftritt. Der Dialog mit der Justiz wurde verbessert.

Das sind sieben Punkte, die wir als Nachweis ins Feld führen. Ich hätte gern Ihren Nachweis gehört. Vielleicht kann jemand anderer als Frau Damerow diesen hier darbieten. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

(Zuruf Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Entschuldigung, Frau Abgeordnete, ich hatte nicht gesehen, dass Sie sich gemeldet haben.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich ziehe zurück!)

- Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, ich schließe die Beratung.

Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 18/3051 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat.

Da kein Antrag auf Ausschussüberweisung gestellt worden ist, gehe ich davon aus, dass wir in der Sache abstimmen. Ich lasse zunächst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der FDP Drucksache 18/3116 (neu) abstimmen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP und drei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer enthält sich? - Das sind drei Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Ich lasse jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/3115 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer stimmt dagegen? - Das sind die Fraktionen von CDU und FDP und fünf Abgeordnete der Fraktion der PIRATEN. Wer enthält sich? - Das ist ein Abgeordneter der Piratenfraktion. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Meine Damen und Herren, ich darf Sie noch darauf hinweisen, dass Sie gegen 14 Uhr im Schleswig-Holstein-Saal ein musikalischer Gruß von der Nordsee erwartet. Ich wünsche Ihnen eine gute Mittagspause.

Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:27 bis 15:05 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung und begrüße ganz herzlich auf der Besuchertribüne den Generaldirektor der Taipei-Vertretung Hamburg, Herrn Jian-Song Chu und Frau Yue. - Seien Sie uns herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Weiterhin begrüße ich auf der Besuchertribüne Mitglieder des Integrationskurses der Volkshochschule Halstenbek. Und ich begrüße den Shanty-Chor „De fideelen Nordstrander“. - Herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

**(Präsident Klaus Schlie)**

Herzlichen Dank für die musikalischen Eindrücke während der Mittagspause! Nun wissen wir wieder so richtig, was wir in Schleswig-Holstein alles vermissen, wenn wir hier im Plenarsaal sitzen. Aber das ist uns ja nun musikalisch dargeboten worden. Dafür noch einmal ganz herzlichen Dank.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 10 auf:

**Dem demografischen Wandel effektiv begegnen - Die Sportentwicklung in Schleswig-Holstein vorantreiben und die Vereine fit für die Zukunft machen**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3030

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Ich sehe, das ist nicht der Fall.

Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich dem Herrn Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt, das Wort.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Die Große Anfrage der CDU hat uns in der Tat schon im Dezember erreicht. Frau Abgeordnete Ostmeier, ich möchte mich ausdrücklich dafür bedanken, dass wir einen Zeithorizont vereinbaren konnten mit dem Ziel, die Beratung erst jetzt und hier vorzunehmen. Wir haben also eine durchaus längere Frist als üblich mit Ihnen vereinbaren können. Die insgesamt 25 Fragen nebst Unterfragen richten sich nämlich auch an sämtliche Kommunen, an den Landessportverband, die Kreis-sportverbände und insbesondere an die Sportfachverbände. Um all diese Rückmeldungen abzuwarten und einzuarbeiten, haben wir diese Zeit gebraucht.

Mit der Beantwortung und dem vielfältigen statistischen Datenmaterial liegt Ihnen nun eine umfassende **Übersicht über die Sportentwicklung** der vergangenen Jahre vor. Zugleich ist die Antwort ein ausführlicher **Ausblick** auf die zukünftige Entwicklung unserer Sportlandschaft, die Nutzung von Sportanlagen, insbesondere mit Blick auf die Veränderungen durch den demografischen Wandel.

Zu den fünf Themenbereichen Mitgliederentwicklung, Sportentwicklung, Strukturentwicklung im organisierten Bereich, Sportstättenentwicklung und

weitere Handlungsfelder der Sportentwicklung wurden dann auch der Landessportverband sowie die 15 Kreis- und Stadtsportverbände und zum Teil auch die Sportfachverbände um Beantwortung gebeten.

Ein wesentliches Ergebnis ist, dass bis jetzt lediglich 15 Kommunen **Sportstättenentwicklungsplannungen** vorgenommen haben. Nur sechs Kommunen haben angegeben, dies mit Blick in die Zukunft zu planen.

Wir halten Sportstättenentwicklungsplanung für das wesentliche Instrumentarium für eine auf künftige Bedürfnisse ausgerichtete Sportlandschaft in den Kommunen. In einen solchen Planungsprozess sollten Sportvereine vor Ort und natürlich auch die Bevölkerung aktiv eingebunden werden.

Bislang fördert die Landesregierung diese Planungen aus den Sportfördermitteln mit 5.000 €. Um noch mehr Anreize zu schaffen, planen wir, diese Förderung auf 10.000 € zu verdoppeln. Sobald die überarbeitete Sportförderrichtlinie genehmigt ist, soll die Erhöhung noch in diesem Jahr in Kraft treten. Ich hoffe, dass sich dann noch mehr Kommunen ermuntert fühlen werden, eine Sportstättenentwicklungsplanung vorzunehmen und damit den Wandel in der Sportnachfrage aktiv mitzugestalten.

Zu dem Themenblock Sportstättenentwicklung, in dem auch Fragen nach dem Aufschieben von Investitionen gestellt wurden, möchte ich nochmals auf die Beantwortung der Großen Anfrage zur Sportstättenenerhebung aus dem vergangenen Jahr verweisen. Allein zwischen 2012 und Mitte November 2013 haben die **Kommunen** mehr als 61 Millionen € für Sanierung und Modernisierung in ihre **Sportstätteninfrastruktur** investiert. Dennoch wird es in der Zukunft neben rein baulicher Erhaltung vor allem aufgrund des demografischen Wandels einen Umstrukturierungsprozess bei den Erwartungen an Sportanlagen geben.

Im **Netzwerk Daseinsvorsorge** hat die Landesregierung bereits differenzierte Informationen zusammengestellt, um den Kommunen und Regionen bei diesem Prozess aktiv zu helfen. Das Netzwerk knüpft an das Aktionsprogramm regionale Daseinsvorsorge des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur an, das bundesweit Modellregionen unterstützt. Eine dieser Modellregionen ist zurzeit der Kreis Schleswig-Flensburg.

Speziell für den Sport und seine Angebote stellen die **demografischen Effekte** neue Herausforderungen dar. Einerseits muss davon ausgegangen werden, dass sich mittel- bis langfristig die Anzahl ver-

(Minister Stefan Studt)

einsgebundener Sporttreibender verringern wird. Andererseits führt eine höhere Anzahl älterer Mitbürgerinnen und Mitbürger zu einer Verschiebung der Nachfrage nach Sport- und Bewegungsangeboten.

Neben der quantitativen Nachfrage nach Sport- und Bewegungsangeboten wird sich somit auch die qualitative Nachfrage verschieben, und der Anteil der Senioren in den Sportvereinen wird steigen. Der demografische Wandel hat somit Veränderungen in der Sportlandschaft zur Folge, auf die die Sportvereine und die Träger von Sportstätten reagieren müssen. So ist mit höheren Ansprüchen in der Freizeitgestaltung ebenso zu rechnen wie mit mehr Flexibilität und erhöhter Mobilität des Einzelnen. Individuelle Angebote werden daher an Bedeutung gewinnen.

Meine Damen und Herren, die knapp 2.600 Sportvereine in unserem Land erreichen insgesamt eine Million Menschen, also mehr als ein Drittel unserer Bevölkerung. Sporttreiben heißt Gesunderhaltung, heißt Teamgeist, macht Spaß und gehört zu unserem Alltag. Eine intakte Sportlandschaft trägt dazu bei, dass sich die Menschen wohlfühlen.

Dies zu bewahren und die Sportstätten zu erhalten, ist keine Leistung, die die Landesregierung alleine vorhalten oder gar finanzieren kann. Es ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Die Träger der ganz überwiegenden Anzahl unserer Sportstätten, die Kommunen in unserem Land, sind sich dieser Verantwortung bewusst. Die Landesregierung und der Landessportverband helfen im engen Schulterschluss dabei, diese Aufgaben zu meistern. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich eröffne die Aussprache. Folgender Hinweis: Im Ältestenrat ist vereinbart worden, dass die CDU-Fraktion als antragstellende Fraktion 10 Minuten Redezeit hat und alle übrigen Fraktionen 5 Minuten Redezeit haben.

Für die CDU-Fraktion hat die Abgeordnete Barbara Ostmeier das Wort.

(Barbara Ostmeier [CDU] fährt das Rednerpult herunter)

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Ein großer Innenminister!

(Zuruf SPD: Ja! Schlank ist er auch!)

- Lang ist er auch! - Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! **Sportstättenanierung** ist ohne **Sportentwicklungsplanung** nicht denkbar. Deswegen war im Nachgang zu unserer Großen Anfrage aus dem letzten Jahr zur Evaluation des Sanierungsstaus bei den kommunalen Sportstätten und Schwimmbädern die weitergehende Große Anfrage zum Stand der Sportentwicklungsplanung in Schleswig-Holstein eine logische Konsequenz.

Ich möchte an dieser Stelle den Dank an das Innenministerium zurückgeben, dass man das Gespräch gesucht hat, dass wir uns abstimmen konnten und einen Weg gefunden haben, wie die große Erhebung vernünftig und sachgerecht auf den Weg gebracht werden kann. Ich danke allen Stellen im Innenministerium, die dazu beigetragen haben, aber auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Landessportverbandes, der Kommunen und vor allen Dingen unserer Kreis- und Stadtsportverbände.

(Beifall CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Das Zusammentragen der Daten war umfangreich, aber dringend notwendig. Denn es unterstützt unsere Forderung, dass das Land im Bereich der Entwicklungsplanung mehr tun muss.

Ein wesentliches Ergebnis dieser Großen Anfrage ist doch, Herr Minister Studt, dass wir in diesem Bereich enormen Nachholbedarf haben. Sie schreiben dies und bekunden dies auch in Ihrer eigenen Rede.

Liebe Kolleginnen und Kollegen und - falls anwesend - liebe Vertreter des Landessportverbandes, ebenso wie die Landesregierung erkennt die CDU-Landtagsfraktion uneingeschränkt sowohl die Autonomie des Sports als auch das Recht auf kommunale Selbstverwaltung an. Uns ist bewusst, dass die in Schleswig-Holstein traditionell gute Abstimmung zwischen der Landesregierung und dem **Landessportverband** einen wesentlichen Beitrag dazu leistet, unsere Vereine und Fachverbände bei der Bewältigung der vielschichtigen Herausforderungen zu unterstützen. Es ist dem Grunde nach nachvollziehbar, dass es bei der Bewertung der Erkenntnisse aus dieser Großen Anfrage eine Abstimmung zwischen der Landesregierung und dem Landessportverband gegeben hat.

Aber Ihr Zuständigkeitsbereich, Herr Minister, geht über den des Landessportverbands weit hinaus. Der Landessportverband trägt in erster Linie Verantwortung für seine Mitglieder und Sportanlagen in

(Barbara Ostmeier)

Vereinshand. Sie hingegen tragen die Verantwortung für das große Ganze. Damit meine ich, dass die Regierung für den strukturellen Erhalt des Sportes zuständig ist.

Wenn Sie wissen, dass der **Sanierungsstau** enorm hoch ist, wenn Sie wissen, dass der demografische Wandel in unserem Land stark voranschreitet, wenn Sie wissen, dass die Kommunen allein es nicht mehr schaffen, Strukturen für den Sport erhalten zu können, dann, finde ich, sind Sie und sind wir in der Pflicht. Bei 1,2 Milliarden € Mehreinnahmen in den letzten drei Jahren ist das, was Sie liefern, wahrlich so gut wie nichts.

(Beifall CDU)

Von insgesamt 3.000 öffentlichen beziehungsweise nicht kommerziellen gemeldeten Sportstätten und Schwimmbädern liegen circa 2.500 in kommunaler Trägerschaft. Das ist ein Ergebnis der ersten Großen Anfrage. Hierbei zu unterstützen und Hilfestellung zu leisten, liegt in Ihrer Verantwortung als **Sport- und Kommunalminister** und fällt eben nicht in den originären Zuständigkeitsbereich des Landessportverbands.

Als Reaktion auf unsere Initiative zum Abbau des Sanierungsstaus bei Anlagen in kommunaler Trägerschaft wurden für 2015 einmalig 2 Millionen € bereitgestellt. Als Reaktion auf das Ergebnis der aktuellen Erhebung hat der Innenminister sofort die Erhöhung der Mittel für die Sportentwicklungsplanung von 5.000 € auf 10.000 € in Aussicht gestellt. Immerhin, der Handlungsbedarf ist erkannt. Das kann ich auch Ihrer Rede entnehmen. Aber „Problem erkannt“ bedeutet eben nicht immer „Problem gelöst“. Einmalig 2 Millionen € bei einem Investitionsstau in Höhe von mindestens 55,2 Millionen € sind nicht mehr als ein Tropfen auf dem heißen Stein. Sie haben es gerade gesagt: Wenn sich allenfalls 21 Kommunen mit dem Thema Sportentwicklungsplanung beschäftigt haben oder noch planen, dann sind 10.000 € allenfalls eine gut gemeinte Geste. Hier müssen wir als Land deutlich mehr tun.

(Beifall CDU)

Hier sind wir gefordert, den **Prozess der Sportentwicklung** flankierend zu begleiten.

Warum wir als Land gefordert sind, will ich Ihnen an drei Gründen deutlich machen. Der **Breitensport** bildet die Basis für den Leistungs- und Spitzensport. Hier entstehen Talente. Hier werden sie gesichtet und gefördert. Zu Recht heißt es doch: aus der Breite in die Spitze. Auch die Landesregierung kommt zu dem Schluss, dass die Vereine auf ver-

lässliche Strukturen in den Kommunen angewiesen sind.

Die Bedeutung des **Vereinswesens** für die Gesellschaft ist ein weiterer Gesichtspunkt. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Präsident des Landessportverbands Schleswig-Holstein, Herr Tiessen, bezeichnet unsere Vereine gerne als Kitt unserer Gesellschaft und beschreibt damit bildlich genau das, was unsere überwiegend ehrenamtlich geführten Vereine für unsere Gesellschaft leisten. Die traditionellen Werte unserer Vereine sind Gemeinsinn und Geselligkeit, Orientierung an Gemeinwohl und Fairness und Solidarität. In einem Zeitalter zunehmender Individualisierung und Digitalisierung sind diese Werte nach wie vor hochaktuell und können nicht genügend wertgeschätzt werden.

Aber beide Erhebungen zeigen deutlich, dass dieser Kitt Risse bekommt. Zum einen gefährden marode Sportstätten unsere Vereine, denn wo sollen die Sportlerinnen und Sportler ohne sie trainieren? Aber auch unsere schnelllebige Zeit, die Herausforderungen des demografischen Wandels sowie die Anforderungen in Schule und Beruf lassen diesen Kitt an vielen Stellen spürbar bröckeln. Noch mehr und mehr und mehr Bürokratieaufwand belastet das Ehrenamt, ruft nach mehr Hauptamt und nimmt schlicht den Spaß am Sport.

(Beifall CDU)

Die Schließung von Schulstandorten in ländlichen Bereichen zieht vermehrt die **Schließung von Mehrzweckhallen** nach sich. Entfernungen zur Wahrnehmung von Sportangeboten gerade im Elementarbereich werden noch zeitaufwendiger. Wo sollen denn Eltern, die beide berufstätig sind, in Zukunft die Zeit hernehmen, um ihre Kinder zum Sport zu bringen oder Schwimmunterricht an Schulen zu gewährleisten? Wie wollen Sie, Herr Innenminister - oder sollen wir das tun? -, das vom Landessportverband zu Recht ausgerufene Motto „Kein Kind ohne Sport“ ernsthaft unterstützen, wenn wir unseren Kommunen jetzt keine Hilfestellungen leisten? Hilfestellungen, damit flächendeckend und auf kurzem Wege bedarfsgerechte Sportstätten und Vereinsangebote für unsere Kleinsten erhalten bleiben, das will die CDU.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Bundesinstitut für Sportwissenschaften kommt zu dem Ergebnis: **Sportentwicklungsplanung** hat zunehmend einen zentralen Bezug zur **Daseinsvorsorgeplanung**.

Längst sind die Vereine mit ihren vielfältigen Angeboten in Aufgabenbereiche hineingewachsen, die

(Barbara Ostmeier)

früher allein solche der öffentlichen Hand waren. Gesundheits- und Gewaltprävention, Sport im Ganztage, Inklusion und ganz aktuell Integration, um nur wesentliche Bereiche beispielhaft zu nennen.

(Beifall CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diese Leistung wird mit großem Engagement überwiegend ehrenamtlich erbracht. Stellen Sie sich nur einmal kurz vor, diese 90.000 Ehrenamtler würden alle streiken.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, für die CDU-Landtagsfraktion sind drei Bereiche die wichtigsten Kernthemen der Sportpolitik in den nächsten zehn Jahren: erstens den Sport in Vereinen und Verbänden weiterentwickeln - auch über die Grenze der einzelnen Kommune hinaus -, zweitens die Sanierung und der Umbau unserer Sportanlagen und -hallen sowie der Schwimmbäder, damit Sport und Bewegung überhaupt stattfinden kann, und drittens die Stärkung des Ehrenamtes im Sport. Über 90 % ehrenamtlicher Tätigkeit managt der organisierte Sport fast von allein. Im Vergleich zu anderen Handlungsfeldern ist dies ein lohnendes Geschäft für Staat und Gesellschaft. Wenn ich bedenke, dass der Sport als Wirtschaftsfaktor rund 90 Milliarden € im Jahr an Wertschöpfung erbringt, dann können sich Bund und Länder nicht beklagen.

Aus unserer Sicht sind die **Sportentwicklung**, die **Sportstättenanierung** und das **Ehrenamt** die zentralen Herausforderungen

(Beifall CDU)

nicht nur für den organisierten Sport, sondern auch für das Land, für die Kommunen und für uns alle gemeinsam. Das haben Sie eben auch betont, und da bin ich weiterhin an Ihrer Seite.

Unsere Vereine brauchen die Unterstützung. Ihnen helfen nicht alleine nur warme Worte, Anstecknadeln oder hübsche Urkunden. Wir als Land brauchen unsere Vereine mit all ihrem ehrenamtlichen Engagement.

Deswegen fordern wir die Landesregierung und die sie tragenden Parteien im Landtag auf, mehr **Geld** für die **Sanierung** in die Hand zu nehmen und diese Förderung über einen längeren Zeitraum - das ist mir wichtig - zu **verstetigen**.

(Beifall CDU und FDP - Zuruf SPD)

- Das ist kein Mehr, sondern das ist der Antrag, den wir letztes Jahr bereits gestellt haben und den wir dieses Jahr wiederholen werden. Die CDU will

zehn Jahre lang den Kommunen mindestens 4 Millionen € Landesmittel pro Jahr zum **Abbau des Sanierungsstaus** zur Verfügung stellen.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

Sie müssten wenigstens die Mittel, die Sie zur Verfügung gestellt haben, verstetigen, sodass es für die Kommunen planbar ist und diese sich darauf einrichten können. Es darf nicht wieder so sein wie bei diesem Mal, als gerade im März die Förderrichtlinie herauskam und nur die Projekte gefördert wurden, die bis Ende des Jahres auch fertiggestellt sind. Das ist vor allem für Kommunen, die unter Haushaltskonsolidierung stehen, kaum machbar.

(Beifall CDU)

Lassen Sie uns gemeinsam im Ausschuss nach Lösungen suchen, um dem Sport in Schleswig-Holstein für die Jahre 2020 und darüber hinaus eine Perspektive zu geben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat nun der Abgeordnete Jürgen Weber das Wort.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vorweg möchte ich nur drei, vier Sätze zu Ihnen, Frau Ostmeier, sagen, weil es ja immer dieselben Textbausteine sind, mit denen wir uns austauschen. Ihre **Oppositionsanträge** zum Thema **Sport** im aktuellen Haushalt machen einen Unterschied von 2 Millionen € aus, die Sie auf die Summe gepackt haben, die wir als Antrag gestellt und beschlossen haben.

(Zuruf Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Neidisch?)

Sie haben vorhin alle möglichen Dinge erzählt, die das Land unbedingt finanzieren soll. Aber zu all diesen Vorhaben gibt es von Ihnen überhaupt keine Haushaltsanträge. Sie haben 4 Millionen € gefordert - das können Sie als Opposition -, von denen wir 2 Millionen € für ein Programm zur Verfügung stellen. Wie und ob wir das verlängern und dauerhaft gestalten, werden wir bei den Haushaltsberatungen für die kommenden Haushalte erörtern. Die grundlegende Aussage, dass wir hier eine **Verstetigung** brauchen, kann ich in jedem Fall unterstreichen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Weber, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung der Frau Abgeordneten Ostmeier?

**Jürgen Weber [SPD]:**

Ja, gerne.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Sehr geehrter Herr Kollege Weber, bei allem Respekt, aber der Haushaltsantrag über 4 Millionen € über zehn Jahre war der Auslöser für die Anhörung im Innen- und Rechtsausschuss.

(Beifall CDU)

Wir sind mit dem Vorschlag gestartet, 4 Millionen € bereitzustellen, und Sie haben am Ende 2 Millionen € daraus gemacht. Bei allem Respekt, das ist besser als nichts. Aber das jetzt immer wieder so darzustellen, als hätten wir Ihr Angebot von 2 Millionen € auf 4 Millionen € aufgestockt, war schon damals in Ihrer Pressemitteilung falsch, und das ist auch jetzt wieder falsch. Wissen Sie, dass es unser Antrag war, der überhaupt erst zu dieser Anhörung geführt hat?

(Beifall CDU)

- Nein, Frau Kollegin, wir haben Ihre Große Anfrage zum Thema Sportstättenanierung ausführlich debattiert, und am Ende dieser Diskussion haben wir die Haushaltsdiskussion geführt. In diesem Zusammenhang haben Sie einen Antrag gestellt, der um 2 Millionen € höher war als das, was das Parlament letztlich beschlossen hat. Worauf ich hinauswollte, ist das, was Sie vorhin ausführlich dargestellt haben, was alles passieren muss, wofür überall Geld da sein muss, was alles sozusagen auf der Mängelliste der Landesregierung steht. Zu diesen ganzen Bereichen gibt es überhaupt keine Finanzanträge - von niemandem.

Auch wenn dies in der Großen Anfrage steht, Sie dieses nicht explizit formuliert haben und immer darauf hingewiesen wird, dass andere Länder pro Kopf für diesen Bereich mehr Geld aufwenden, kann ich darauf nur entgegennen, dass es in den letzten 20 Jahren keine Fraktion in diesem Hause gab, die den Finanzsprung im Sport nach oben gewagt hat. Insofern muss man da auch gemeinsam ein wenig ehrlich sein.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber lassen Sie mich nun zu dem Ergebnis Ihrer Großen Anfrage kommen und drei Vorbemerkungen machen, in der Kürze der Zeit, die mir leider nur zur Verfügung steht. Wenn wir auf das Thema **Gestaltung des demografischen Wandels** eingehen, müssen wir deutlich machen:

Erstens. Die Lösung hinsichtlich der Entwicklung der Sportvereine muss in erster Linie durch den autonomen Sport selbst kommen. Denn wir sind in der wunderbaren Situation, dass der Sport in dieser Gesellschaft autonom organisiert ist, und das soll auch so bleiben.

Zweitens. Planung, Entwicklung und Strukturentscheidung sind durch die Kommunen in erster Linie zu tätigen und zu fördern. Sie sind das zweite wichtige Standbein. Rahmensetzungen und Unterstützungen bei übergeordneten gesellschaftlichen Aufgaben ist der Punkt, bei dem das Land verstärkt ins Spiel kommt, übrigens auch der Bund. Integration, Inklusion, Gewaltprävention, gesundheitspolitische Impulse, besondere Förderung von Leistungssport und Schule, Sonderprogramme zum Erhalt von Sportstätten, alles das sind Punkte, bei denen wir gefragt sind, wo wir überlegen müssen, wo wir noch besser werden können. Das ist meines Erachtens relativ unstrittig.

Die Fakten über die demografische Entwicklung in diesem Land, die Veränderung der Nachfrage nach den verschiedenen Sportarten in diesem Land kennen wir schon länger, denn der Landessportverband legt ja schon seit 2008 regelmäßige Strukturentwicklungspapiere auf, die in der Großen Anfrage noch einmal zusammengefasst sind.

Zehn Punkte wollte ich gerne ansprechen, bei denen ich Handlungs- und Diskussionsbedarf sehe, ich kann sie jedoch in der Kürze der Zeit nur als Begriffe nennen:

Erstens. Die Zahl der **Mitgliederentwicklung**. Da macht es wirklich Sinn, sich das etwas genauer anzusehen. Wenn man nur die drei Massensportarten in Schleswig-Holstein ansieht wie Turnen, Fußball und Handball, wird man feststellen, dass die Zahlen bei den über 14-Jährigen gar nicht sinken, sondern teilweise konstant sind, und sich sogar positiv entwickeln, während wir dramatische Einbrüche bei den unter 14-Jährigen haben. Das wird genau zu betrachten sein.

Zweitens. **Sportentwicklungsplanung**. Hierauf sind Sie eingegangen. Uns liegen nur 15 Antworten vor, ich weiß nicht, ob einige, die Sportentwicklungsplanungen vorgenommen haben, nicht geantwortet haben. Das geht daraus leider nicht so deut-

(Jürgen Weber)

lich hervor. Das ist natürlich extrem mager und wirklich keine Basis für eine fundierte Untersuchung und Bewertung, was dort passiert ist. In diesem Bereich muss dringend mehr geschehen, und die Erhöhung von 5.000 auf 10.000 € zur Förderung ist ein richtiger Schritt.

Drittens. Hier muss man deutlich sagen, dass wir Entwicklungen, die wir in der Gesellschaft haben, auch im Sport erkennen. Das ist genauso, wie wir es im Parteiensystem haben: Weniger Menschen sind bereit, längerfristig Mitglied einer Partei zu werden, aber trotzdem möchten sie sich politisch aktuell an einzelnen Projekten beteiligen und engagieren. Diese Entwicklung sehen wir auch im Sport. Es wird nicht mehr unbedingt eine langfristige Mitgliedschaft eingegangen, sondern wichtig sind **Sportangebote**, die man **aktuell** nutzen kann. Wir reden auch hier nicht von einer Entpolitisierung, weil sich sozusagen das politische System ändert. Man kann auch nicht sagen, dass die Menschen weniger Sport machen, weil wir weniger Mitglieder in den Vereinen haben. Diesen Sachverhalt müssen wir uns auch genauer ansehen.

Die Punkte vier und fünf lasse ich weg, da mir die Zeit dafür nicht zur Verfügung steht.

Einen Aspekt meiner zehn Punkte greife ich noch heraus, weil der in Ihrer Großen Anfrage so spannend ist. Sie fragen nämlich nach vermeintlichen **Forderungen künftiger Förderschwerpunkte**, bezogen auf die Entwicklung moderner Vereinsstrukturen.

Der Landessportverband sagt: Nein, von solchen Forderungen haben wir irgendwie noch gar nichts gehört.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter!

**Jürgen Weber [SPD]:**

Ja, ich formuliere meine letzten zwei Sätze.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das war gar nicht mein Anlass. Ich bin hier ziemlich sportlich, was die Zeit angeht. Ich wollte fragen, ob Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner gestatten?

**Jürgen Weber [SPD]:**

Das mache ich sehr gern.

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:** Lieber Kollege Weber, trotz Ihrer brillanten Kürze habe ich die Punkte vier und fünf nicht richtig verstanden. Mögen Sie mir die bitte noch einmal erläutern?

(Heiterkeit)

**Präsident Klaus Schlie:**

Bei aller Großzügigkeit, lieber Herr Dr. Stegner: Wir haben das im Ältestenrat miteinander vereinbart. Ich glaube nicht, dass es angemessen wäre, wenn wir die Zwischenfrage dahin gehend interpretieren. Das würde ich auch nicht zulassen. Ich bin bereit, dass der Punkt, den der Kollege ausführen wollte, jetzt noch ausgeführt werden kann. Ich glaube, der Sport ist wichtig. Deshalb werden wir das sicherlich alle gestatten.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Herzlichen Dank. - Ich weiß die Großzügigkeit des Präsidenten in dieser Frage zu schätzen. Er ist ja selbst ein großer Förderer und Unterstützer des Sports in Schleswig-Holstein. Nichtsdestotrotz will ich die Geduld der Kollegen nicht überstrapazieren. Diesen einen Punkt, den Punkt fünf, nach dem der Kollege Stegner fragt, will ich noch einmal kurz ausführen. Das ist ein zentraler und spannender Punkt, den Sie angesprochen haben und auf den der Landessportverband etwas schwierig reagiert. Es geht darum, ob wir die Förderinstrumentarien verändern müssen. Dazu stellt sich die Frage, ob die Trends zu neuen Sportarten, die Herausforderungen, Integration, Migrantinnen und Migranten, die vielfältigen Aufgaben von Kooperation, in Kooperation mit Kindergärten, mit Krankenkassen, mit Schulen und Ähnlichem mehr, Sonderaufgaben, Gewaltprävention und so weiter, ob das alles eigentlich noch - es wird immer mehr und immer schwieriger - in den klassischen Vereinsstrukturen, die häufig relativ kleine Vereinsstrukturen mit keiner oder wenig Hauptamtlichkeit sind, geleistet werden kann. Dann stellt sich natürlich die Frage, die es auch in Kommunen und anderen Bereichen gibt: Müssen wir zu Kooperationen kommen? Hier und da gibt es vielleicht schon Fusionen.

An dieser Stelle will ich nur sagen: Wir als Politik sind nicht diejenigen, die dem Sport sagen sollen: Passt einmal auf, schafft größere Einheiten und Strukturen. Das geht im ländlichen Raum vielleicht nicht. Was wir sagen und worüber wir nachdenken sollten, ist - das ist in der Tat mein letzter Gedanke -, dass wir Anreizsysteme schaffen, dass es dem

(Jürgen Weber)

Sport möglich ist, sich in Vereinsstrukturen so modern aufzustellen, dass die neuen Herausforderungen auch wirklich geschafft werden können. Das scheint mir ein ganz wesentlicher Punkt, wenn die **Sportvereine** zu privaten und kommerziellen Anbietern im Sport konkurrenzfähig sein sollen.

**Präsident Klaus Schlie:**

Okay.

**Jürgen Weber [SPD]:**

Ich würde jetzt meinen Abschlusssatz mit der Bitte, die Dinge im Ausschuss weiter zu beraten, formulieren, aber Frau Ostmeier steht da hinten.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich hätte Sie jetzt auch gefragt, ob Sie die Zwischenbemerkung oder -frage von Frau Ostmeier noch zulassen.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Ich wollte Ihnen noch eine Vorlage für Ihren letzten Satz geben. Ich habe den Eindruck, es gibt wirklich viele Themen, die aufgrund dieser Anfrage miteinander zu beraten sind. Ich frage Sie, ob Sie sich mit mir gemeinsam auf die Ausschussberatungen freuen, damit wir das mit mehr Zeit miteinander beraten können?

**Jürgen Weber [SPD]:**

Das tue ich, Frau Ostmeier. Ich freue mich auf die Beratungen im Ausschuss. In dem Zusammenhang darf ich mich noch einmal für die Antwort auf die Große Anfrage bedanken, für viele Punkte, die dort aufgeführt sind. Wir reden auch über Geld, aber wir reden vor allen Dingen über die Frage, ob wir auf den verschiedenen Ebenen einfach einmal über neue Instrumente nachdenken müssen. Denkverbote soll es auch im Sport nicht geben. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Herr Abgeordnete Burkhard Peters das Wort, ebenfalls mit einer sportlichen Betrachtung der Uhr.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr gern, Herr Präsident! Vielen Dank. - Zunächst auch von mir herzlichen Dank an die Mitarbeiterin-

nen und Mitarbeiter des Innenministeriums, an alle Sportverbände und die Kommunen, die bei der Erarbeitung der Antwort auf die Große Anfrage mitgewirkt haben.

Der demografische Wandel ist eine Herausforderung. Aber der organisierte **Sport** in Schleswig-Holstein hat die Herausforderungen der Zukunft sehr wohl erkannt. Sport ist mehr als nur fit und schön. Das zeigt die Antwort ganz deutlich. Der organisierte Sport hat eine gesellschaftlich wertvolle Funktion und nimmt den damit verbundenen sozialpolitischen Auftrag sehr ernst. Aus der Antwort der Landesregierung kann man sehen: Landesregierung, Kommunen und Sportverbände sind sozusagen am Ball.

Die CDU entwirft den Fragenhorizont, die Antworten der Landesregierung, der Verbände und der Kommunen weisen weit darüber hinaus. Gemeinsam sucht das Land mit dem Sport Antworten auf die geänderten Alters- und Siedlungsstrukturen, auf die Nachfrage nach neuen Sportarten, auf geändertes Freizeitverhalten bei jungen Menschen und insgesamt veränderte Erwartungen des Publikums, wie Vereinssport heute gelebt wird. Die klassische, generationenübergreifende Langzeitbindung an „den Sportverein der Wahl“ einer ganzen Familie löst sich auf. Da müssen neue Antworten gefunden werden.

Zwei Aussagen aus der Vorbemerkung der Anfrage der CDU sind nach der uns vorliegenden Antwort so nicht haltbar: Der Sport in Schleswig-Holstein befindet sich nicht im - so schreiben Sie, Frau Ostmeier - „Tabellenkeller der Förderung und der Entwicklung“. Ich glaube nicht, dass sich der **Landessportverband** mit einer solchen Aussage anfreunden kann. Der Sport in Schleswig-Holstein spielt auf einem deutlich höheren Rang in der Liga. Zweitens: Das Land hilft bereits mit finanziellen Mitteln, wo es kann.

Die vorliegende Antwort zeigt vor allem: Kommunen, aber auch das Land, leisten im Rahmen der extrem begrenzten Spielräume - darauf kommen wir auch heute beim Sport wieder zurück - bereits das Maximum an finanzieller Förderung. Die letzte Erhebung hat ergeben, dass die **Kommunen** allein in den Jahren 2012 und 2013 mehr als 61 Millionen € für Sanierung und Modernisierung der Infrastruktur von **Sportstätten** investiert haben.

Das **Land** stellt von den Glücksspieleinnahmen 8 %, mindestens aber 8 Millionen € jährlich, für die Förderung des Sports zur Verfügung. Für das Jahr 2015 stehen darüber hinaus 2 Millionen € zur För-

(Burkhard Peters)

derung kommunaler Schwimmsportstätten bereit. Hinzu kommen die Landesmittel für die Entwicklung kommunaler Sportstättenentwicklungspläne. Diese wurden bereits seit 2010 mit 5.000 € pro Plan bezuschusst, ab Mitte 2015 soll dieser Betrag auf bis zu 10.000 € pro Sportentwicklungsplan erhöht werden. Das wird mit Sicherheit noch weitere Kommunen anspornen, eigene Sportstättenentwicklungspläne in Auftrag zu geben.

Die Expertinnen und Experten waren sich im Innen- und Rechtsausschuss bei der durchgeführten Anhörung zum Thema Sportstättenanierung völlig einig: Die Sportstättenentwicklungspläne sind das Mittel der Wahl, um für eine zukunfts- und auskömmlich finanzierte Infrastruktur im Sport zu sorgen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Schleswig-Holstein spielt also oben mit, finanziell und in Bezug auf innovative Ideen.

Ältere Menschen, Migrantinnen und Migranten, Kinder, Jugendliche und Familie, Inklusion und Gesundheit, Sport und Umwelt: Der organisierte Sport ist auf all diesen Feldern mit neuen Ideen sehr aktiv. Unser Sport ist stark genug aufgestellt, auch zukünftig seine gesellschaftliche Integrationskraft unter Beweis zu stellen.

Dieser Aspekt ist mir als rechtspolitischem Sprecher meiner Fraktion ein besonderes Anliegen. Das Förderkonzept „Sport gegen Gewalt“, das in Zusammenarbeit mit dem Landesjugendring, dem Kinderschutzbund und dem Weißen Ring durchgeführt wird, hat mich sehr beeindruckt. Auch die Landesarbeitsgemeinschaft „Sport im Justizvollzug“ zeigt auf, dass die integrativen Potenziale des Sports heute in vielen erdenklichen gesellschaftlichen Bereichen erkannt und genutzt werden.

Mir ist um die Zukunft des Sports in Schleswig-Holstein nach alledem nicht bange.

Liebe Kollegin Ostmeier, der Chansonier Konstantin Wecker sang bereits 1977 die Zeilen: „Genug ist nicht genug, genug kann nie genügen.“ Das stimmt in gewisser Weise natürlich auch für die heutige **Sportförderung**. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen: Sportförderung ist originäre Aufgabe der Kommunen, nicht der Landesebene. Unter dieser Maßgabe ist das, was das Land aktuell für den Sport in Schleswig-Holstein tut, sehr viel, gemessen an unserer finanziellen Lage sogar rekordverdächtig. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Sport ist mit 2.600 Vereinen und rund 800.000 Mitgliedern nach wie vor die größte gesellschaftliche Bewegung in unserem Land. Allerdings bleibt auch der **Sport** nicht unberührt von strukturellen Veränderungen, die unsere Gesellschaft insgesamt betreffen und die auch den Sport vor neue Herausforderungen stellen. Übrigens ist die Mitgliederzahl seit 2008 um 7,5 % gesunken. Das entnehmen wir den Antworten auf die Große Anfrage. Auch bei den Sportvereinen hat es mit 2,7 % einen - allerdings deutlich geringeren - Rückgang gegeben.

Strukturelle Veränderungen, das sind Veränderungen, die insbesondere im Bereich der Demografie liegen. Unsere Gesellschaft wird von der Struktur her älter. Der höhere Anteil älterer Menschen drückt sich dann in einer veränderten Nachfrage nach Sportangeboten aus. Es gibt erhebliche regionale Unterschiede - auch das ist zu Recht angesprochen worden -, weil eben diese demografischen Veränderungen auch mit regional sehr unterschiedlichen Entwicklungen verbunden sind, weiterer Zuwanderung in bestimmten eher städtisch geprägten oder im städtischen Umland liegenden Regionen und einer sehr starken Reduzierung der Bevölkerung im ländlichen Raum. Wir haben einen erheblichen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund, etwa 350.000 Einwohnerinnen und Einwohner unseres Landes, die es eben auch in die Arbeit und in die Angebote der **Sportvereine** einzubeziehen gilt.

Die Sportvereine haben offenkundig Probleme beim Zugang zu jüngeren Menschen, aus mehreren Ursachen heraus. Zum einen hängt das mit der Demografie zusammen, es gibt einfach weniger jüngere Menschen als früher. Der zweite Grund liegt in der Entwicklung im Schulbereich. Der Trend in Richtung **Ganztagschule** läuft, zuletzt natürlich auch sehr stark verstärkt durch G 8. Ich kann mich noch an Veranstaltungen des Landessportverbands erinnern, in denen Vertreter der Sportverbände deutlich gesagt haben: In den **G-8-Gymnasien** haben die Schüler am Nachmittag keine Zeit mehr für sportliche Aktivitäten. Das haben sowohl die Ver-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

treter der damaligen Oppositionsfractionen von SPD und Grünen nicht gern gehört als auch Kollegen von der Union, die damals auch leidenschaftliche G-8-Fans waren und eigentlich nichts anderes gelten lassen wollten, wie beispielsweise der damalige Landesgeschäftsführer Daniel Günther, die das auch nicht so gern gehört haben. G 8 ist also in der Tat ein Problem für Sportvereine, aber die Studienstruktur mit Bachelor und Master ebenfalls, weil die so straff organisiert ist, dass eben auch Studierende heute kaum noch Zeit für sportliche Aktivitäten nebenbei haben oder auch für Tätigkeiten als Übungsleiter in Sportvereinen.

Was tun? Ich will mich jetzt auch aus Zeitgründen auf einen Punkt beschränken: Ich denke, beim Thema Ganztagschulen und Sportvereine kommt es darauf an, wirklich vernünftige Ansätze zur **Kooperation** zu suchen, denn man kann natürlich - gerade im Rahmen offener Ganztagsangebote - sehr gut auch Angebote von Sportvereinen mit integrieren. Dafür gibt es auch tolle Beispiele im Lande. Mein Eindruck ist: Das klappt tendenziell, insbesondere in kleineren Gemeinden, sehr gut. Schwieriger wird es in den größeren Orten und Städten, wo man einerseits viele Schulen, aber auch viele Sportvereine hat. Dann wird die Konkurrenzsituation, der Konflikt um die weniger werdenden jungen Menschen, deutlich größer. Da bedarf es dann möglicherweise auch einer stärkeren Nachhilfe von politischer Seite, um die Kooperation, die sinnvoll und produktiv ist und beiden Seiten hilft, voranzubringen.

Eine weitere kurze Anmerkung zu **Sportstätten**: Es sind vielfach auch Sportstätten von Schulen, die von Vereinen mitgenutzt werden. An diesem Beispiel sieht man die Synergieeffekte besonders gut. Die FDP-Fraktion hat zum vorigen Haushalt 20 Millionen € für ein Schulinvestitionsprogramm beantragt - 20 Millionen €, Kollege Weber - mit zwei Schwerpunkten: bauliche Maßnahmen im Bereich Inklusion und - der zweite große Schwerpunkt - schulische Sportstätten, Sporthallen für Schulen, Sporteinrichtungen für Schulen. Da gibt es natürlich auch einen Nachholbedarf in vielen Bereichen, das wissen wir alle. In Kiel könnte ich Ihnen etliche Beispiele nennen, was aus Zeitgründen nicht möglich ist. Es kommt darauf an, hier auch Schwerpunkte zu setzen, eine Bestandsaufnahme zu machen und zu schauen: Sind die Verfallserscheinungen in der Infrastruktur ein Sonderfall, der speziell den Sport trifft, oder ist das Ausdruck einer allgemeinen Entwicklung, dass wir in Deutschland insgesamt seit einer geraumen Zeit bundesweit - und nicht nur Schleswig-Holstein ist da ein Sonderfall - zu wenig in unsere Infrastruktur investieren? Das

ist das, was ich im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten, Herr Präsident, hier ansprechen konnte.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das ist richtig.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Wir können als Land nicht alles leisten. Wenn der KSV-Dithmarschen sagt, es fehlten Sportämter vor Ort, dann will ich sagen: Das ist nicht die zentrale Aufgabe. Aber wenn die sagen, es mangle an der Unterstützung des Sports durch die Politik, dann ist das ein Thema, mit dem wir uns alle ernsthaft auseinandersetzen müssen. Denn wenn dieser Eindruck bei den Sportvereinen bestehen sollte, dann gilt es hier, von politischer Seite - vom Land, aber auch von der kommunalen Ebene - wirklich gegenzusteuern. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Der Abgeordnete Wolfgang Dudda von der Fraktion der PIRATEN hat seine Rede zu Protokoll gegeben, sodass nunmehr Herr Abgeordneter Lars Harms für den SSW das Wort hat.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Joachim Ringelnatz beschrieb es so:

„Sport stärkt Arme, Rumpf und Beine,  
kürzt die öde Zeit,  
und er schützt uns durch Vereine  
vor der Einsamkeit.“

Das sind auf den Punkt gebracht die Gründe, dass die Küstenkoalition eine nachhaltige **Sportförderung** betreibt: Spaß an der Bewegung zu vermitteln und gleichzeitig gesellschaftliche Werte zu festigen. Im Landeshaushalt sind dabei die Grundsätze der Förderung nachzulesen. Dabei gilt der Fördergrundsatz: von unten nach oben. Denn die Vereine unterscheiden sich teilweise erheblich. Es gibt kleine Vereine mit wenigen Mitgliedern, aber eben auch große Vereine mit einer hauptamtlichen Infrastruktur. Aber unabhängig davon, wie ein Verein strukturiert ist, er weiß jedenfalls am besten, welche Sportarten nachgefragt werden. Darum sollte die Sportplanung auf kommunaler Ebene bleiben. Das bedeutet nicht, dass die Landesregierung vor den Animositäten mancher Vereinsvorstände kapituliert.

(Lars Harms)

Im Gegenteil: Die Kooperationsprobleme können nur angegangen werden, wenn sich alle hiesigen Vereine mit der Kommunalpolitik zusammensetzen und einen kommunalen **Sportentwicklungsplan** erarbeiten. Das Land fördert die Entwicklung kommunaler Pläne mit bis zu 10.000 €. Gemeinsam die Prioritäten festzulegen und abzustimmen, ist für die meist ehrenamtlich geführten Vereine ein Kraftakt, der sich aber auszahlt, weil er den Sportbetrieb im Ganzen zukunftsfest macht. Neue Sportarten und neue Nachfragegruppen können langfristig in so einem Konzept berücksichtigt werden. Das für die Planung unerlässliche kommunale Kataster erfasst alle Sportstätten und dokumentiert auch die jeweiligen baulichen Maßnahmen, die notwendig sind. So bekommen die Verantwortlichen eine gute Grundlage für die Investitionsplanung der **Sportstätten** in die Hand und müssen nicht länger punktuell ihre Agenda von den schlimmsten Notfällen diktieren lassen.

Darüber hinaus ist ein eindeutiges Plus der kommunalen Planung: Eifersüchteleien und falsche Besitzansprüche nach dem Motto „Meine Halle - deine Halle“ sind passé. Trainingszeiten kann man miteinander abstimmen, aber eben nur, wenn man gemeinsam an einem Tisch verhandelt. In Flensburg hat der SSW genau aus diesem Grund eine entsprechende Planung angestoßen, die derzeit zusammen mit den Vereinen im Rathaus erarbeitet wird. Genauso hat man es auf Initiative des SSW nun in Husum gemacht.

Zum Sport gehören nämlich nicht nur Sportler und Trainer, sondern auch Planungskapazitäten, Sportstätten und deren Pflege. Die Sportplanung im ländlichen Raum steht dabei vor besonderen Herausforderungen. Die kleinen **Kommunen** haben oftmals nur einen **Sportverein**; eine Art Aufgaben- und Arbeitsteilung bekäme man eigentlich nur auf Amtsebene und manchmal sogar nur darüber hinaus hin. Da ist allerdings das Thema Sportentwicklungsplanung noch gar nicht angekommen. Das müssen wir schleunigst ändern oder endlich eine Kommunalreform auf den Weg bringen, die starke und handlungsfähige Kommunen schafft, denn dann fallen örtliche Egoismen weg.

Sport sollte vor Ort geplant werden, und das bekommt man nur gemeinsam hin. Die kreativen Lösungen, die dabei entwickelt werden, kann man gar nicht von oben verordnen. Und die Landesregierung wird das auch nicht tun. Die Autonomie des Sports ist kein Schlagwort, sondern gelebte Realität. Was das Land aber tun sollte, ist die Schaffung von Strukturen und die Unterstützung lokaler Initia-

tiven. Ein Beispiel dafür sind die **Schwimmbäder** und Schwimmhallen. Das sind eben auch Sportstätten, in denen Kinder und Erwachsene schwimmen lernen und die den Leistungssportlern eine gute Ausgangsbasis liefern. Das Land hat deren Bedeutung erkannt und die Schwimmstätten ins Investitionsprogramm übernommen. Wir nehmen daher in diesem Jahr 2 Millionen € in die Hand. Auch wenn das nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, bedeutet das einen Neuanfang in der Sportförderung, die in der Vergangenheit immer auf Verschleiß gefahren wurde.

Der Innenminister weist mit Recht darauf hin, dass sich die Vereine zunehmend kommerzieller Konkurrenz gegenübersehen. Diese kann sich, insofern sie finanzkräftige Kundschaft hat, gut ausgebaute Trainingsstätten leisten. Diejenigen, die sich so etwas nicht leisten können, haben das Nachsehen. Das kann nicht sein, und darum benötigt der Breitensport attraktive Sportstätten. Hierfür setzen wir uns ein, sei es durch Sportstättenförderung oder auch durch die jüngst um 1 Million € jährlich verbesserte allgemeine Förderung aus den Lotteriemitteln.

Wir sind die, die das gemacht haben. Wir sind diejenigen, die damit überhaupt erst angefangen haben. Ich glaube, wir sind auf einem richtigen Weg. Aber wir müssen auch dafür sorgen, dass vor allen Dingen die Kommunen Sport als eine Aufgabe erkennen und sich nicht darauf verlassen, dass die ordentlichen Sportvereine das ganz allein machen. Hier müssen wir Hilfestellung finanzieller Art leisten, aber wir müssen sie auch immer wieder darauf stoßen, dass da noch ein politisches Verhältnis ist, das man beackern kann. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist beantragt worden, die Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage Drucksache 18/3030 dem Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen weiterhin mit, dass der Abgeordnete Wolfgang Kubicki ab 15 Uhr gemäß § 47 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung an der heutigen Nachmittagssitzung nicht teilnimmt.

(Präsident Klaus Schlie)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 31 auf:

### **Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung - Zwischenbericht**

Bericht der Landesregierung  
Drucksache 18/3044

Ich erteile der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit, das Wort.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Ihnen liegt der zur 33. Tagung erbetene Bericht zur Erarbeitung und Umsetzung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung vor. Schleswig-Holstein macht seit 2006 intensiv Politik für **Menschen mit Behinderung**, ausgerichtet an den Leitlinien der UN-Behindertenrechtskonvention, also lange, bevor diese Konvention mit der Ratifizierung durch den Bundestag bindendes Recht geworden ist.

**Inklusion** ist Gott sei Dank auch längst kein erklärungsbedürftiges Fremdwort mehr, sondern bildet den Goldstandard zeitgemäßer Politik für Menschen mit Behinderung. Seit Jahren gibt es eine enge Zusammenarbeit mit Verbänden und Vereinen und mit dem Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung mit dem Ziel, gemeinsam die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention in Schleswig-Holstein umzusetzen. Das geschieht selbstverständlich auch aktuell. Die Verwirklichung von mehr sozialer Inklusion kann und bleibt natürlich auch nicht liegen, bis der **Aktionsplan** vorliegt.

Lassen Sie mich dafür aus meinem Haus ein paar Beispiele nennen.

„Barrieren und Trennwände in unseren Köpfen zu überwinden“, so lautet das Ziel der bundesweit einzigartigen Initiative „Alle inklusive“. Unter diesem Leitsatz haben das Sozialministerium Schleswig-Holstein und der Lebenshilfe Landesverband Schleswig-Holstein e.V. soziale Netzwerke für ein gleichberechtigtes Zusammenleben von Menschen mit und ohne Behinderung geknüpft. So ist die Inklusion Grundlage für die Zusammenarbeit des Sozialministeriums und der Lebenshilfe Schleswig-Holstein beim **Inklusionsbüro**.

Mit der Einrichtung dieses Inklusionsbüros wird die Leitorientierung „Inklusion“ sinnvoll umgesetzt,

und es wird allen Behörden auf Landes- und Kreisebene, den sonstigen öffentlichen Institutionen, Verbänden und Einrichtungen ein qualifiziertes Beratungs- und Unterstützungsangebot gemacht, zum Beispiel durch Unterstützung bei der Vorbereitung, Durchführung und Organisation von Veranstaltungen oder auch bei der Erstellung von Materialien „Leichte Sprache“ durch Schulungen und Fachgespräche. Begriffe wie Inklusion, Teilhabe und Partizipation werden erklärt, verständlich beschrieben und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Doch auch der Landtag hat mit dem Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuchs XII einen wichtigen Schritt unternommen, die Rahmenbedingungen für das Leben für Menschen mit Behinderung in unserer Gesellschaft nachhaltig zu verbessern. Rechtliche und finanzielle Voraussetzungen wurden so gestaltet, dass sie die Weiterentwicklung der Politik für Menschen mit Behinderung im Land auch wirklich unterstützen.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht zuletzt war Inklusion in der vorvergangenen Woche maßgeblich Thema bei einer großen Veranstaltung meines Hauses mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband in Rendsburg mit dem Titel „Gut zusammen leben in Schleswig-Holstein“.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben bereits im ersten Halbjahr 2014 in meinem Haus ein Konzept zur Erstellung eines Landesaktionsplans entwickelt, das mit Ihnen als entsprechende Fachpolitiker im Sozialausschuss bereits im März 2014 besprochen wurde und das das Kabinett im August 2014 gebilligt hat. Wir wollen einen Prozess bekommen, als dessen Resultat gute Ideen eben nicht nur auf Papier aufgeschrieben, sondern auch umgesetzt und vor allem dann im Land und in den Landesteilen der Verwaltung gelebt werden und sich bei den beteiligten Akteuren wirklich das Bewusstsein entwickeln kann, dass wir alle, also jede und jeder, jeden Tag dazu beitragen können, dass es mehr oder eben weniger Barrieren gibt, wobei wir - das will ich nicht falsch verstanden wissen - auch jetzt schon ganz viel Sensibilität und Engagement für Inklusion haben. Aber wir wollen besser werden und vorankommen. Denken Sie zum Beispiel nur an das hier mehrfach besprochene Thema „Leichte Sprache“, dass es nicht so leicht ist, es wirklich in den Alltag umzusetzen.

Wir haben uns deshalb einen zweistufigen Prozess überlegt, der alle Ebenen, die im Bereich der Lan-

**(Ministerin Kristin Alheit)**

desregierung für die Verwirklichung von Inklusion relevant sind, von Anfang an einbindet. Das ist die Besonderheit, die bei unserem Prozess gegenüber anderen Prozessen in anderen Bundesländern besteht.

Dies bedeutet, dass es von Anfang an in der Verantwortung jedes einzelnen Ressorts liegt, im eigenen Zuständigkeitsbereich über Notwendigkeiten und über den Umfang von Maßnahmen zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention zu befinden. Das bedeutet, jedes Ressort hat einen eigenen Ressortplan zu erstellen. Das ist die erste Stufe.

Im vierten Quartal 2014 wurde in meinem Haus eine Geschäftsstelle zur Kooperation eines Landesaktionsplans eingerichtet, und es wurde eine interministerielle Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Landesaktionsplans zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention geschaffen. Im ersten Quartal 2015 wurden von den Ressorts in dieser interministeriellen Arbeitsgruppe die Handlungsfelder und die Strukturen festgelegt, an denen sich die einzelnen Ressortpläne auszurichten haben.

(Unruhe)

- Es ist sehr unruhig.

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort hat jetzt die Frau Ministerin.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Diese Handlungsfelder und Strukturen folgen den Anforderungen der **UN-Behindertenrechtskonvention**. Es wird also jedes Haus dieser Landesregierung mit Blick auf die gesamte UN-Behindertenrechtskonvention zu definieren haben, welche Anforderungen sich an die zukünftige Arbeit des Ressorts ergeben werden.

Diese Ressortpläne werden dann absprachegemäß im zweiten und dritten Quartal 2015 in den jeweiligen Eigenzuständigkeiten erarbeitet. Das bedeutet eine ganz intensive Auseinandersetzung mit den Themen der UN-Behindertenrechtskonvention, die so für die meisten Ressorts tatsächlich eine neue Qualität bedeuten. Genau darauf, meine sehr geehrte Damen und Herren, kommt es an. Uns ist es wichtig, alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung wirklich mitzunehmen. Das ist vielleicht nicht das schnellstmögliche Verfahren, aber es ist ein Verfahren, das für mehr Auseinandersetzung in der gesamten Landesverwaltung und für mehr Bewusstseinsbildung in der Landesver-

waltung sorgt. Ehrlich gesagt: Darauf kommt es maßgeblich an.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben - wie im Sozialausschuss besprochen - den 31. Oktober als Termin für die Abgabe der erstellten Ressortpläne vereinbart. Die Ressortpläne werden dann im Sozialministerium zu einem ersten Entwurf eines Landesaktionsplans zusammengestellt werden. Dabei wird es darum gehen, die einzelnen Pläne in eine einheitliche Form zu bringen und gegebenenfalls in einzelnen Punkten erstmals miteinander zu erörtern.

Dieser Entwurf wird nach Fertigstellung noch einmal mit den Ressorts und mit dem Kabinett abgestimmt werden, realistischerweise im ersten Quartal 2016. Nach Kabinettsbefassung soll es eine Übersendung des Entwurfs an den Landtag zur Kenntnisnahme geben. Hieran anschließend ist eine intensive öffentliche Erörterung mit den Verbänden und mit den Menschen mit Behinderung vorgesehen. Das ist dann die zweite Stufe.

Der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung wird beide Stufen begleiten und ist bereits jetzt intensiv eingebunden. Mein Dank - ich hatte das auch in der letzten Debatte gesagt - für seine Bereitschaft und seine Unterstützung, sich da so einzubringen. Danke, dass Sie das machen, Herr Dr. Hase.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Am Ende des Diskussionsprozesses wird ein **Aktionsplan** stehen, der der Politik für **Menschen mit Behinderung** eine ganz neue Qualität und eine neue Nachhaltigkeit in unserem Land geben wird. Das beginnt bereits jetzt im Verfahren der Erarbeitung. Ich finde, das ist eine richtig gute Perspektive. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt auch jeweils den Fraktionen zur Verfügung.

Begrüßen Sie mit mir den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Professor Dr. Ulrich Hase. - Herzlich willkommen, Herr Professor Dr. Hase!

**(Präsident Klaus Schlie)**

(Beifall)

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, für den Bericht, den Sie uns gegeben haben, kann ich mich nicht bei Ihnen bedanken; denn Sie hatten noch in der letzten Sitzung des Sozialausschusses angekündigt, dass viele Fragen, die Sie im Rahmen der Großen Anfrage nicht beantwortet haben, wenigstens im Zwischenbericht angesprochen und geklärt würden. Das ist mitnichten der Fall.

In meinem Manuskript habe ich mir einen Satz von Pavel Kosorin notiert. Er sagte einmal über Schnecken, ihr größtes Problem sei ihr ungenügendes Tempo. Das fällt mir jetzt als Erstes ein.

Ich erinnere noch einmal daran: Im **Sozialausschuss** haben Sie uns gesagt, Sie wollten einen strikten Zeitplan einhalten. Nach diesem **Zeitplan** hängen wir jetzt seit 18 Monaten in der Luft. Wir wissen nichts und hören warme Worte. Heute lese ich dann auch noch in einer Pressemitteilung des Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, die Weichen seien richtig gestellt. Zumindest ist er zurückhaltender als beim letzten Mal. Es nützt nichts, wenn die Weichen gestellt sind, aber die Lok noch im Schuppen steht. Das hilft uns auch nicht weiter. Es ist einfach eine Katastrophe.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP - Zurufe SPD)

Schon auf Seite 4 dieses beeindruckend „umfänglichen“ Berichts von elf Seiten wird klargestellt, dass man sich hierzulande schon seit 2006 damit beschäftigt. Wir haben es eben schon gehört. Die Schlussfolgerung, die man im Hause Alheit daraus zieht, ist, dass man in fast zwei Jahren nicht mehr schaffen kann, als **Arbeitsgruppen** einzusetzen, seien sie nun interministeriell oder anders. Das ist nicht nur nicht beeindruckend, das ist einfach beschämend.

Während wir in Schleswig-Holstein Arbeitsgruppen einsetzen, sind andere Bundesländer viel schneller. Ich will Ihnen einmal sagen, was **Brandenburg** tut. Sie haben im Jahr 2012, nach weniger als zwei Jahren, einen 136 Punkte umfassenden und völlig korrekten Bericht verfasst. Er nennt sich: „Auf dem Weg zur Umsetzung des Übereinkommens der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderung“. Daran haben 1.000 Menschen mit-

gewirkt, er ist ohne Arbeitsgruppen von Ministerien zustande gekommen, sondern von jenen mitgestaltet worden, auf die es ankommt und die betroffen sind.

(Beifall PIRATEN und Heike Franzen [CDU])

Ein **Aktionsplan** ist etwas Einmaliges, ein Aktionsplan beinhaltet eine Situationsanalyse, die Aufstellung von Entwicklungszielen und ein darauf abgestelltes Handlungskonzept. Wir PIRATEN haben in den vorletzten Haushaltsberatungen die Einrichtung einer Stabsstelle für diese Arbeit gefordert und Finanzierungsmöglichkeiten aufgezeigt. Dies hatte übrigens der Landesbeauftragte für Menschen mit Behinderung bereits in seinem Tätigkeitsbericht 2011/2012 gefordert. Mit einer Stabsstelle wären wir sicherlich schon viel weiter, als wir heute sind. Stattdessen dümpelt diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe unter der Federführung einer Ministerin dahin, die für vieles bekannt ist, aber nicht für ihre Schnelligkeit.

Was das alles noch viel schlimmer macht: Der Bericht ist ein Zeugnis inhaltlichen Versagens; denn - ich sagte es eingangs - unsere Fragen aus der Großen Anfrage beantwortet er auch nicht. Darum, sehr geehrte Frau Ministerin, wäre es tatsächlich besser gewesen, diesen Bericht nicht der Antwort auf die Große Anfrage beizufügen; denn ganz gleich, wie viele Seiten er füllt, er sagt ganz deutlich das aus, was Sie bei der Großen Anfrage noch vermieden haben: Sie haben inhaltlich nichts zu bieten. Das wäre auch eine ehrliche Antwort auf die Große Anfrage gewesen. Dann hätten wir uns den Weg durch den Einigungsausschuss sparen können. - Danke schön.

(Beifall PIRATEN, CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt die Frau Abgeordnete Heike Franzen das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Wutbürgerin Franzen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wissen Sie ja noch gar nicht! - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Ich habe sie schon ein paar Mal gehört!)

**Heike Franzen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, ich weiß gar nicht, was ich sagen soll.

(Heike Franzen)

(Beifall SPD)

Sie haben uns heute ganz viel erzählt, aber kaum etwas von dem, was in Ihrem **Zwischenbericht** steht. Darüber war nichts zu hören.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Da steht ja auch nichts drin!)

Anscheinend sind Sie aufgrund der **mageren Faktenlage** selbst sprachlos, was Ihren Zwischenbericht zum Aktionsplan für Menschen mit Behinderung betrifft.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der vorliegende Bericht hat in der Tat mehr Seiten als die Große Anfrage von Herrn Dudda, er hat auch mehr Buchstaben, aber er beinhaltet leider nicht mehr Fakten. Sie hätten wirklich gut und gerne auf die Große Anfrage verweisen können. Darin haben Sie darauf verwiesen, dass es jetzt einen Zwischenbericht gebe, der alles kläre. Nur, von den Fragen, die Herr Dudda in seiner Großen Anfrage gestellt hat, sind kaum welche geklärt. Ihr Zwischenbericht ist diesbezüglich ausgesprochen mager. Die Hälfte der Seiten Ihres Berichts befasst sich mit der Ausgangslage der UN-Konvention. Ich denke, diese ist in diesem Haus hinlänglich bekannt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Na ja! - Anita Klahn [FDP]: Nicht allen!)

Wir haben sie schon, ich weiß nicht, wie oft, diskutiert. Eine Frage von Herrn Dudda, die ja durchaus berechtigt ist, lautete ja: Wie sind denn die ministeriellen Arbeitsgruppen, wie sind die Arbeitsgruppen finanziell unterlegt? Dazu komplette Fehlanzeige!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wahrscheinlich hat Schwarz-Gelb die Grundlagen dafür vernichtet!)

- Dann wäre der Kollege Dr. Garg noch einmal zu fragen. Er müsste das aus Zeiten von Schwarz-Gelb besonders gut wissen.

Einige Dinge sind aber dennoch seit 2013, also seit über einem Jahr, dem Bericht zu entnehmen: Es gibt ein **Konzept**. Wie das aussehen soll, bleibt allerdings trotz des Zwischenberichts der Landesregierung deren Geheimnis. Es gibt eine interministerielle Arbeitsgruppe. Diese hat sich inzwischen fortgebildet. Das finde ich löblich. Außerdem gibt es zehn allgemein gefasste Handlungsfelder. Das sind genau dieselben **Handlungsfelder**, wie sie im Gesamtkonzept für Menschen mit Behinderung beschrieben sind. Aber was konkret hinter diesen

Handlungsfeldern steht, bleibt weiterhin Geheimnis dieser Landesregierung und dieser Ministerin.

(Unruhe - Glocke Präsident)

Und dann sind die **Ressorts** beauftragt, die **Auswirkungen der UN-Behindertenrechtskonvention** zu überprüfen und Vorschläge zu machen. Sie ist ja auch komplett neu. Die UN-Konvention ist im Jahr 2009 ratifiziert worden, also ist es eine komplett neue Aufgabe, in den Ministerien zu prüfen, welche Auswirkungen sie eigentlich hat. Danach soll dann ein **Maßnahmenkatalog** erarbeitet werden, und es ist geplant, die Vorbereitungen lediglich in den Ministerien zu treffen.

Herr Dudda hat es gerade deutlich gemacht: Das war anders versprochen. Zugesagt war im Rahmen des Aktionsplans, dass die Verbände für Menschen mit Behinderung an der Vorbereitung mitarbeiten, der **Beteiligungsprozess**, Frau Ministerin, findet allerdings erst statt, wenn die Ressorts vorgelegt haben. Damit halten Sie nicht ein, was Sie den Menschen und den Menschen mit Behinderung in diesem Land versprochen haben.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: 2025!)

- Das soll schon nächstes Jahr passieren. Aber man muss sagen: Der Erwartungshaltung, die Sie geweckt haben, werden Sie damit überhaupt nicht gerecht.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Bei Ihnen ist das nicht so?)

Es ist ja löblich, dass wenigstens der **Landesbeauftragte** noch mitarbeitet.

Frau Ministerin, vielleicht erinnern Sie sich. Im Jahr 2013 haben wir hier schon einmal darüber debattiert. Genauso habe ich mir das damals vorgestellt. Das finde ich schlimm. Ich habe gerne recht, aber an dieser Stelle finde ich es schade. Ich bleibe auch nach der Sitzung in der letzten Landtagswoche bei meiner Auffassung: Man hat den Eindruck, dass die Belange der Menschen mit Behinderung - wie so manch anderes Thema, zum Beispiel die Keimkrise oder der Friesenhof oder auch die Hochschulen - bei Ihnen weiß Gott nicht in den besten Händen sind. Sie haben uns ja im Sozialausschuss erklärt, wie bei Ihnen politische Relevanzen festgelegt werden. Ich habe das Gefühl, das geschieht bei Ihnen nur im Vorzimmer. Es wäre schön, wenn Sie irgendwann einmal deutlich machten, welche **politische Relevanz** Sie bei diesen Themen sehen, und wenn Sie sich wenigstens eines Themas einmal intensiv annähmen und es zur Chefsache machten. Das sollte das Thema Menschen mit Behinderung

(Heike Franzen)

sein. Das betrifft so viele Menschen in unserem Land. Damit könnten Sie wirklich einmal richtig punkten, Frau Ministerin.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Ihr Zwischenbericht macht deutlich: Die Politik für Menschen mit Behinderung wird unter Ihrer Leitung bis 2017 in diesem Land ausgesetzt. Ich finde das sehr bedauerlich. Hier könnte man wirklich gemeinsam viel tun. In diesem Haus gab es eine Zeit, in der wir uns zum Thema Inklusion sehr einig waren. Das haben Sie mit Ihrer Handhabung dieses Themas inzwischen aufgelöst. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU, FDP und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Herr Abgeordneter Wolfgang Baasch das Wort.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Jetzt einmal zur Sache, Wolfgang! Das wäre etwas Neues! - Heike Franzen [CDU]: Es gibt ja nichts zur Sache! Es ist ja nichts da!)

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich denke, Frau Franzen kann man nichts recht machen. Die Ministerin könnte Frau Franzen sowieso nichts recht machen. Sie hat halt ihre vorgefertigte Meinung. Das hört man überall heraus, und das macht eine Sachdebatte immer schwierig. Nun gut, wir versuchen es noch einmal.

Ich will ein etwas längeres Zitat aus dem Koalitionsvertrag der rot-grün-blauen Regierung voranstellen, weil dies einen Gegensatz zur Vorgängerregierung deutlich macht. Im Koalitionsvertrag 2012 bis 2017 von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW heißt es:

„Wir werden das Gesamtkonzept ‚Alle Inklusive‘ mit allen Betroffenen zu einem Landesaktionsplan weiterentwickeln. Durch klare Organisationsstrukturen sollen mehr Transparenz und neue Handlungsspielräume geschaffen werden.

Leistungen zur Teilhabe müssen den Menschen folgen und nicht umgekehrt. Die mit dem SGB IX begonnene **Vereinheitlichung des Rechts für Menschen mit Behinderung** wollen wir für alle Leistungsträger, einschließlich der Sozialhilfe und der Pflege, fortsetzen. Wir werden prüfen, wie die Zu-

ständigkeiten vereinfacht werden können, damit Menschen mit Behinderung Leistungen aus einer Hand erhalten.“

Das haben wir im **Koalitionsvertrag** formuliert. Kollege Habersaat, das klingt erstens nicht nur vernünftig, sondern ich weiß sogar, dass die Menschen, die daran gearbeitet haben, tatsächlich etwas damit verbinden. Sie haben damit nämlich verbunden, dass drei Jahre vorher Stillstand in dieser Frage war und dass es notwendig war, dies zu formulieren, weil Schwarz-Gelb in dieser Frage nichts getan hat. Genau das ist das Problem, nämlich dass wir dies heute aufholen müssen.

(Volker Dornquast [CDU]: Ihr regiert seit drei Jahren! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Entweder wir haben alles kaputtgemacht, oder wir haben nichts gemacht! - Weitere Zurufe)

- Das verdient Applaus, allerdings nur Eigenapplaus, denn viel mehr kann man damit nicht gewinnen. Es ist tatsächlich so, dass wir nach der Regierungsübernahme feststellen mussten, dass in diesem Bereich eine Wüste war und dass Strukturen erst wieder aufgebaut werden mussten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Baasch, erlauben Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Fraktionsvorsitzenden der Piratenfraktion Torge Schmidt?

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Ja, gern.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:** Herr Kollege, habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass die Vorgängerregierung daran schuld ist, dass ein Antrag, den wir in dieser Legislaturperiode beschlossen haben, nicht umgesetzt wird?

(Beifall Volker Dornquast [CDU] - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr gut!)

**Wolfgang Baasch [SPD]:**

Das ist eine sehr spaßige Frage. Es geht nicht darum, ob der Antrag so, wie Sie es gern haben wollen, umgesetzt wird, sondern dass in diesem Bereich überhaupt etwas gemacht worden ist, nachdem drei Jahre vorher nichts stattgefunden hat, wenn Sie einmal zuhören würden. Es ist ein Pro-

(Wolfgang Baasch)

blem, wenn man die Jahre nicht aus eigener Anschauung verfolgen kann. Es gab vorher im Bereich der Politik für Menschen mit Behinderung **Fachforen**. Das ist von der Ministerin geschildert worden. 2006 wurde mit dem Aufarbeiten dessen begonnen, wie man wohnen und arbeiten kann, wie man die Freizeit von Menschen mit Behinderung in diesem Land neu definiert. Das ist mit dicken Büchern dargestellt worden und mit Fachkonferenzen, die hier im Haus dazu stattgefunden haben, aufgearbeitet worden. Als dann die UN-Behindertenrechtskonvention die Berichterstattung verlangte, ist nichts gemacht worden. Dann ist daran nicht weiter gearbeitet worden. Genau diesen **Stillstand** haben wir **2012** vorgefunden, ihn aufgearbeitet und sind jetzt bei dem, was ich aus dem Koalitionsvertrag zitiert habe. Wir haben dies nicht formuliert, weil wir Lust hatten, ein paar Zeilen vollzuschreiben, sondern weil das eine gesellschaftliche Aufgabe war, die in Schleswig-Holstein nicht bearbeitet worden ist. Deshalb ist es notwendig, dass wir uns heute sehr grundlegend an diese Frage heranmachen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung setzt dieses Vorhaben konsequent um, und das Sozialministerium erarbeitet die Inhalte und die konkreten Umsetzungsmaßnahmen für einen Aktionsplan für Menschen mit Behinderung. Der uns vorliegende **Zwischenbericht** zeigt nicht nur die einzelnen **Arbeitsschritte** zu Erstellung des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung in Schleswig-Holstein auf, sondern im Zwischenbericht wird auch ein detaillierter **Zeitplan** bis zur Fertigstellung des Aktionsplans im Frühjahr 2017 aufgezeigt. Dies bedeutet aber mitnichten, dass sich die schleswig-holsteinische Landesregierung oder gar das Landesparlament bis zur Fertigstellung des Aktionsplans aus der Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe oder des Schwerbehindertenrechts verabschieden; ganz im Gegenteil.

Das Gedächtnis sollte reichen: So haben wir gerade in der letzten Landtagstagung mit einem Beschluss die Modernisierung des Teilhaberechts diskutiert und klar Position bezogen. Wir haben ein Bundesteilhabegesetz eingefordert, das für eine **Modernisierung des Teilhaberechts** steht und die Herauslösung der Leistungen für Menschen mit Behinderung aus dem Fürsorgesystem bedeutet. Es ist ein Teilhaberecht, das eine dezentrale trägerunabhängige Beratung zu allen Leistungsbereichen für Menschen mit Behinderung fordert. Es ist ein Teilhaberecht, das zur Abschaffung des Einkommens- und Vermögensvorbehalts beiträgt. Es ist ein Teil-

haberecht, das die Einführung eines Bundesteilhabegeldes und die Schaffung eines inklusiven Arbeitsmarktes mit der Einführung eines Budgets für Arbeit vorsieht. Das ist übrigens auch ein Bereich, an dem in Schleswig-Holstein sehr intensiv gearbeitet wird. Dies sind nur einige Stichworte des Beschlusses vom letzten Monat. Die Positionierung der schleswig-holsteinischen Landespolitik wird so noch einmal aufgegriffen.

Und wenn es darum geht, die Notwendigkeit eines landesweiten Aktionsplans für Menschen mit Behinderung mit dem Ziel zu begründen, die Umsetzung der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung voranzubringen, bleibt festzuhalten, dass in den Artikeln 10 bis 30 der UN-Behindertenrechtskonvention die einzelnen Menschenrechte aufgeführt werden, die das gesamte Spektrum menschlichen Lebens abdecken, angefangen vom Recht auf Leben über Bereiche wie Bildung, Arbeit, Beschäftigung, Teilhabe am kulturellen Leben sowie an Erholung, Freizeit und Sport, Teilhabe am politischen, gesellschaftlichen und öffentlichen Leben und das Recht auf Meinungsäußerung und Zugang zu Information.

Allein diese Aufzählung macht deutlich, dass ein Aktionsplan für Menschen mit Behinderung umfassend in alle gesellschaftlichen, öffentlichen und politischen Bereiche hineinreicht. Genau deshalb ist es notwendig, wie beschrieben, alle **Ministerien** und alle **gesellschaftlichen Bereiche** umfassend zu beteiligen. In der Sprache des Ausschusses für die Rechte von Menschen mit Behinderung der Vereinten Nationen liest sich dies so: Die Vertragsstaaten sollen sicherstellen, dass die gesetzliche Definition von Behinderung auf Bundes- wie auf Länderebene im Recht und in der Politik neu gefasst wird mit dem Ziel, sie mit den allgemeinen Prinzipien und Bestimmungen des Übereinkommens zu harmonisieren, insbesondere in Bezug auf Fragen der Nichtdiskriminierung und den vollständigen Übergang zu einem menschenrechtsbasierten Modell.

Dies allein macht die Komplexität der Berichterstattung und der Erarbeitung eines Aktionsplans für Menschen mit Behinderung deutlich. Der Landesregierung und der Ministerin für Soziales danke ich herzlich für den Zwischenbericht. Ich weiß, dass die nächste Berichterstattung im Jahr 2019 vorgesehen ist. Ich glaube, dass dann, wenn wir 2017 einen Prozess und einen Aktionsplan verabschiedet haben, Schleswig-Holstein bei der nächsten Monitoringrunde zum Aktionsplan auf der Ebene der Vereinten Nationen sicher deutlich machen kann, wie sich bei uns die Verwirklichung von Inklusion und

(Wolfgang Baasch)

des Menschenrechts für Menschen mit Behinderung entwickelt hat und sich gestaltet. - Vielen Dank.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Frau Abgeordnete Dr. Marret Bohn das Wort.

**Dr. Marret Bohn [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich im Namen meiner Fraktion bei unserer Sozialministerin für den vorliegenden Bericht. Eines ist mir von grüner Seite aus ganz wichtig: Alle Menschen haben dieselben Rechte. **Menschen mit Behinderung** haben genau dieselben **Rechte** wie alle anderen auch.

(Vereinzelt Beifall SPD)

Es ist unsere Aufgabe, dafür zu sorgen, dass dies nicht nur ein theoretisches Recht ist, sondern dass es auch in der Praxis ankommt, dass das Leben der Menschen nicht dadurch beeinflusst wird, dass sie eine Behinderung haben. Das ist der Grundsatz und der Kern der Aussage der UN-Behindertenrechtskonvention, und das gilt für alle Bereiche des Lebens. Diese wurden eben schon aufgezählt. Das gilt für die Bereiche Gesundheit, Arbeit, Bildung und Existenzsicherung.

In Schleswig-Holstein leben etwa 520.000 Menschen mit Behinderung, das sind 18 % der Bevölkerung. 320.000 von ihnen sind schwerbehindert. All diesen Menschen nützen ihre Rechte auf dem Papier nur dann etwas, wenn wir alle sie mit Leben und Farbe füllen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In der Praxis sind diese Rechte leider nicht immer gewährt. **Gleichberechtigung auf dem Papier** ist das eine, **Gleichstellung im Alltag** und im eigenen Leben ist das andere. Die Kluft zwischen diesen Bereichen ist oft viel zu groß, und wir müssen Brücken finden, um zwischen Theorie und Praxis eine echte Inklusion in Schleswig-Holstein zu finden.

Der Landtag hat 2013 die Landesregierung gebeten, einen **Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** auf den Weg zu bringen; einen Plan, der zeigt, wie Schleswig-Holstein Inklusion leben will, einen Plan, der mit ganz konkreten Schritten Inklusion nach vorn bringt. Mit an-

deren Worten, eine Art Kochbuch mit Rezepten dafür, wie wir in Schleswig-Holstein Inklusion mit Leben füllen wollen.

Zur Erstellung eines solchen Aktionsplans: Ich weiß nicht, wer von Ihnen sich einmal den Aktionsplan aus Rheinland-Pfalz angeguckt hat. Das ist kein kurzer Plan, das ist wie ein kleines Buch geworden. Ich kann gut nachvollziehen, dass es umfangreiche **Vorbereitungsarbeiten** braucht. Alle Ressorts, alle Ministerien arbeiten zu. Dann gibt es einen umfangreichen **Beteiligungsprozess**. Auch das ist vom Kollegen Baasch eben deutlich angesprochen worden. „Nicht ohne uns über uns“ - einer der Grundsätze der Politik für Menschen mit Behinderung - wird hier vorbildlich eingehalten. Wir freuen uns sehr darauf, dass wir einen Aktionsplan bekommen werden. Die zweite Stufe des Verfahrens - das können wir hier heute ruhig ansprechen - dauert natürlich, bis die Beteiligungsprozesse, die wir alle wollen, durchgeführt werden können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, uns Grünen ist wichtig, dass wir bei der Inklusion vorankommen. Am Ende zählen das Ergebnis und der gemeinsame Weg. Schneller würden wir uns alle wünschen, aber gut Ding will Weile haben. Oder anders gesagt: Am Ende wird alles gut, und wenn es noch nicht gut ist, ist es noch nicht am Ende. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne Schülerinnen und Schüler des Werner-Heisenberg-Gymnasiums aus Heide. - Seien Sie herzlich willkommen im Schleswig-Holsteinischen Landtag!

(Beifall)

Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Ministerin! Ich danke Ihnen für den vorgelegten Bericht. Er ist leider ein weiterer Beweis für Ihre mangelnde Handlungsfähigkeit.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Ich danke an dieser Stelle ganz besonders der Kollegin Marret Bohn, die verstanden hat, worum es

(Anita Klahn)

geht, und die deutlich beschrieben hat, was eigentlich gewünscht war. Frau Ministerin, in Grußworten formulieren Sie in schönen Sätzen, wie wichtig Ihnen die **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention** ist. Das haben Sie auch eben wieder getan. Gemessen wird man aber immer an seinem Handeln.

Eigentlich haben es Ihnen die Koalitionäre doch recht einfach gemacht. Wenn Sie in Ihren eigenen Koalitionsvertrag schauen würden, könnten Sie in Zeile 1939 lesen:

„Wir werden das Gesamtkonzept ‚Alle Inklusive‘ mit allen Betroffenen zu einem Landesaktionsplan weiterentwickeln.“

Frau Ministerin, Ihnen liegt ein umfassender, ausformulierter **Leitfaden** vor. Was ist daraus geworden, außer dass Sie seit 2012 im Sozialdialog dazu diskutieren lassen? Konkrete Maßnahmen haben Sie nach meiner Kenntnis daraus nicht abgeleitet. Sie reduzieren sich darauf, die allen schon lange bekannte Ausgangslage zu beschreiben, retten sich in Verfahrensfragen und Ankündigungen.

„In einigen Bereichen wurden oder werden zurzeit bereits Vorüberlegungen für die Umsetzung der UN-BRK im Rahmen eines Landesaktionsplanes angestellt.“

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Vorüberlegungen!)

Beeindruckend! Den Auftrag für die Erstellung eines Aktionsplans erhielt die Landesregierung am 22. November 2013. Heute ist der 18. Juni 2015, und Sie stellen bereits **Vorüberlegungen** an. Das ist eine Leistung!

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Bei allem Respekt, es ist zwar schön zu lesen, wie Sie sich interministeriell organisieren, Sie verweisen aber wieder einmal auf die **Zuständigkeiten** der anderen Ressorts und sehen die Aufgabe Ihres Ministeriums lediglich in der redaktionellen Abstimmung und Vereinheitlichung der Ressortpläne. Sie verlagern die Verantwortung wieder einmal auf andere und beziehen auch an dieser Stelle den Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung, Professor Dr. Ulrich Hase, ein, was wir in der Sache grundsätzlich befürworten. Ich bin ganz sicher, wenn er nicht so engagiert wäre, wäre an dieser Stelle wahrscheinlich gar nichts passiert.

Das Ernüchterndste an dem ganzen Bericht ist aber der vorgelegte **Zeitplan**. 2017, also in zwei Jahren,

am Ende der Legislaturperiode, soll der Aktionsplan vorgelegt werden. Folglich wird in dieser Legislaturperiode nichts mehr passieren. Für die Menschen mit Behinderung verändert sich nichts. Das ist enttäuschend - vor allem, wenn wir uns daran erinnern, welchen Anspruch die Kollegen der Koalition in der letzten Legislaturperiode an den Tag gelegt haben. Ich erinnere an Debatten, wo dem damaligen Minister Dr. Garg um die Ohren gehauen wurde, was er alles unterlassen habe. Da wünschte ich mir, dass Sie den gleichen Anspruch an Ihre heutige Ministerin legen.

(Vereinzelter Beifall FDP, CDU und PIRATEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Ein bisschen viel verlangt!)

Wir Freien Demokraten erwarteten von der Ministerin, dass inhaltlich zu einzelnen Maßnahmen und zum Umsetzungsstand, durchaus aus verschiedenen Ressorts, berichtet wird. Wie man doch irren kann!

Erinnern wir uns an die Rede der Ministerin vom November 2013. Als Handlungsfelder benannte sie damals den Bereich barrierefreier Tourismus, die Förderung rollstuhlgerechter Wohnungen, das Thema Migration und Behinderung. Was hat die Landesregierung in all diesen Bereichen seit dem Jahr 2013 unternommen? Der Bericht gibt dazu keine Antworten. Frau Ministerin, Sie haben auch heute keine Antworten gegeben.

Allerdings - das möchte ich lobend erwähnen - hat das **Bildungsministerium** in Eigenregie, mit ein bisschen Druck von außen, ein **Inklusionspapier** vorgelegt, welches zwar von der Fachwelt zerrissen wurde - wir finden, zu Recht -, sodass es letztendlich auch hier nichts Konkretes für die Betroffenen gibt. Aber immerhin ist dort ein Versuch gestartet worden.

Meine Damen und Herren, nach wie vor ist die Haltung der Ministerin zu der Großen Anfrage der PIRATEN wenig überzeugend. Im Bericht heißt es:

„Das Parlament ist daher auf eine regelmäßige Verlaufsberichterstattung angewiesen, wenn es mit seinem besonderen Gestaltungsanspruch einen Beitrag zu einem Wandel hin zur inklusiven Gesellschaft leisten soll beziehungsweise will.“

Ja bitte, was ist denn die Große Anfrage der PIRATEN, wenn nicht der Wunsch nach einer **Verlaufsberichterstattung**? An dieser Stelle hätten Sie eigentlich den Bericht, den Sie uns als Zwischenbericht zum Aktionsplan vorgelegt haben, als Antwort

(Anita Klahn)

auf die Große Anfrage abliefern können; dann wären die auch zufrieden gewesen.

(Zurufe)

- Es war ja ein Konjunktiv. - Ich vermute, Sie haben es aus dem Grunde nicht gemacht, weil dann erkannt worden wäre, dass Sie nichts dazu geleistet haben, was zur tatsächlichen Umsetzung und Erstellung eines Landesaktionsplans geführt hätte. Das konnten Sie nun natürlich auch nicht machen. Also wieder die Methode Vertuschen.

Anspruch und Wirklichkeit klaffen wieder einmal auseinander. Ich wiederhole: Die Landesregierung hat nicht zu entscheiden, zu welchem Zeitpunkt sie dem Parlament welche Informationen mitteilt. **Parlamentsrechte** wurden in diesem Verfahren schlichtweg missachtet. Ich ermuntere die Kollegen der Piratenfraktion deshalb dringend, ihre Pläne für eine Verfassungsbeschwerde umzusetzen.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

Meine Damen und Herren, andere Bundesländer sind bei der Umsetzung der Behindertenrechtskonvention wesentlich weiter. Noch einmal Dank an Frau Dr. Bohn, die das ausgeführt hat. Von 16 Bundesländern sind 12 fertig, sie haben das Werk in unterschiedlicher Länge und Breite im Internet stehen, die Hälfte davon bereits in Leichter Sprache. Nicht alles ist barrierefrei, wenn man versucht, das über das Internet aufzumachen; aber auch das wird sich noch ändern. Schleswig-Holstein war bei diesem Thema durchaus einmal führend; heute haben wir - mit Verlaub - die Schlusslaterne. Denn Baden-Württemberg und Niedersachsen sind dabei, es fertigzustellen, Sachsen ist in Planung, und für Schleswig-Holstein kann man vernehmen: Es ist geplant. Das ist eine klare Aussage; schlimmer geht es nimmer.

Meine Damen und Herren, noch einmal: Ohne das Engagement des **Landesbeauftragten für Menschen mit Behinderung**, Professor Dr. Hase, würde der Prozess in Schleswig-Holstein wahrscheinlich komplett stocken. Ich bin ihm dafür dankbar, und ich bitte ihn, weiter Mut und Durchhaltevermögen zu haben. Eines ist auf jeden Fall klar durch diesen Bericht: Die Menschen mit Behinderung haben die Gewissheit, dass sie in dieser Legislaturperiode von dieser Landesregierung nichts mehr zu erwarten haben. - Ganz herzlichen Dank, Herr Dr. Stegner.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Nun liegt uns ein erster Zwischenbericht über die Erarbeitung und Umsetzungsmaßnahmen des Aktionsplans für Menschen mit Behinderung vor. Wieder einmal wird hier deutlich: Inklusion ist weit mehr als nur barrierefreies Bauen oder der gemeinsame Schulbesuch von Kindern mit und ohne Behinderung. Nein, **soziale Inklusion** als Leitgedanke der **UN-Konvention** ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die auf allen Ebenen angegangen werden muss, nicht nur auf allen politischen, sondern auch auf allen gesellschaftlichen Ebenen.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es geht den Politiker Flemming Meyer und den SSW genauso viel an wie den Privatmann Flemming Meyer und seine Nachbarn. Daraus folgt logischerweise auch, dass diese Aufgabe sehr langfristig angelegt ist. Wir brauchen eine umfassende **Debatte** darüber, was uns **Menschen mit Behinderung** wert sind und wie wir ihre **gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben** sicherstellen können. Das ist ein wirklich dickes Brett; denn bei so manchem ist hier noch ein echter Bewusstseinswandel nötig.

Ich habe schon in der letzten Debatte zum Thema darauf hingewiesen, dass SSW, Grüne und SPD die gründliche **Erarbeitung eines Landesaktionsplans** als **Querschnittsaufgabe** aller Ressorts verstehen. Wie Sie wissen, wird zu diesem Zweck eine interministerielle Arbeitsgruppe unter Leitung des Sozialministeriums eingerichtet. Hier sollen neben allen Ministerien auch die Staatskanzlei und der Beauftragte für Menschen mit Behinderung teilnehmen und verbindliche Absprachen zu Handlungsfeldern und Struktur des Aktionsplans treffen. Am Ende wird daher ein Gesamtkonzept stehen, das eben nicht über das Schicksal der Betroffenen entscheidet und ihnen aufgestülpt wird, sondern das auch mit ihnen und für sie erarbeitet wurde.

(Beifall SSW und SPD)

Dieser umfassende interministerielle Ansatz ist mit Sicherheit nicht der einfachste. Natürlich ist zum Beispiel die Koordination der Maßnahmen deutlich schwieriger. Und so manchem mag es hier erst ein-

(Flemming Meyer)

mal nicht schnell genug gehen. Doch auch wenn andere Länder in der Folge die alleinige Zuständigkeit im Sozialressort ansiedeln, ist dieser Weg aus meiner Sicht der einzig richtige. Er ist schon allein deshalb konsequent und richtig, weil er den Gedanken der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe aufgreift und dafür sorgt, dass sich auch möglichst viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Verwaltungen des Landes intensiv mit dem Thema Inklusion befassen. Ich bin fest davon überzeugt, dass hierdurch viele Menschen den Grundgedanken der Inklusion verinnerlichen und dass wir so in der Umsetzung auch entscheidend vorankommen werden.

Ich habe, wie gesagt, Verständnis dafür, wenn man in dieser wichtigen Sache ein bisschen ungeduldig ist. Aber ich begrüße den hier eingeschlagenen Weg einer **interministeriellen Umsetzung** ausdrücklich. Und ich denke, man sollte etwas Verständnis dafür aufbringen können, dass auf diesem Weg nicht die allerschnellsten Ergebnisse geliefert werden können.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Meyer, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dudda?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:** Wir kennen uns gut genug, Herr Kollege Meyer, dass wir beide voneinander wissen: Hektik ist nicht unsere Sache. Wir beide wissen aber auch, dass das am 22. November 2013 beschlossen worden ist. Die erste, auch papiermäßig erfassbare Reaktion auf ein insgesamt greifbares Handeln haben wir Anfang Januar vom Ministerium bekommen. Da frage ich mich tatsächlich: Was ist in dem einen Jahr bis zum Januar passiert? Da ist nichts geschehen. Vor dem Hintergrund ist Zeitverlust eingetreten, aber nicht deshalb, weil wir ungeduldig sind, sondern weil an anderer Stelle einfach - wie man neudeutsch sagt - nicht performt wurde. Können Sie dem folgen?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ich kann dem aus Ihrer Sicht folgen. Gestatten Sie mir aber, dass ich eine andere Sicht habe; denn ich meine nicht, dass gar nichts passiert ist.

(Wolfgang Dudda [PIRATEN]: Aber was ist denn passiert?)

- Ich habe ja schon einiges erwähnt. Man ist auf dem Wege. Die Art, in der das gemacht wird, ist aus meiner Sicht sehr gründlich. Hier werden Menschen einbezogen. Der Gedanke der Inklusion wird bei vielen verinnerlicht, und letztendlich werden wir irgendwann ein sehr gutes Ergebnis haben, über das wir uns dann auch beide freuen können.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Heike Franzen?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Heike Franzen [CDU]:** Herr Kollege Meyer, können Sie mir vielleicht sagen, welche Menschen denn im Augenblick einbezogen werden? Wir wissen, dass der Landesbeauftragte mitarbeitet. Es ist aber auch zugesagt worden, einen **Beteiligungsprozess** der **Betroffenen** schon in der **Vorbereitung** einzuleiten. Können Sie mir sagen, welche Betroffenen zurzeit in die Erarbeitung des Plans einbezogen sind?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Wenn man sich in allen Ressorts damit beschäftigt, also über alle Ebenen hinweg, dann wird man dadurch alle Menschen einbeziehen.

(Beifall SSW)

Ich denke, wir sollten uns wirklich an den Gedanken eines Zusammenlebens in Vielfalt gewöhnen und erkennen, was dies ausmacht. An dieses übergeordnete Ziel sollten wir immer denken. Für uns kann und darf es jedoch keine halben Sachen geben. Menschen mit Behinderung müssen mit ihren

(Flemming Meyer)

Wünschen und Bedürfnissen aktiv und umfassend eingebunden werden.

Der SSW will eine Gesellschaft, in der alle Menschen, egal ob mit oder ohne Behinderung, ganz selbstverständlich nicht nur die gleichen **Rechte** haben, sondern auch die gleiche **Wertschätzung** genießen. Dieses Ziel hat nicht nur unseren größten Einsatz, sondern vor allem auch einen langen Atem verdient. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung, Drucksache 18/3044, dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so überwiesen.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 15:

### **Generalangriff auf freie WLAN-Netzwerke und Filehoster stoppen: Verschärfung der Störerhaftung verhindern**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/2963 (neu)

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Herr Abgeordnete Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Bundeswirtschaftsminister und SPD-Bundenvorsitzende Gabriel ist nicht nur der Mann, der mit falschen Informationen über Anschläge und Rücktrittsdrohungen versucht, den bundesweiten Widerstand aus der Sozialdemokratie gegen eine anlasslose und massenhafte Vorratsdatenspeicherung aller unserer Kontakte, Bewegungen und Internetverbindungen zu brechen - übrigens mit tatkräftiger Unterstützung des SPD-Landesvorsitzenden Dr. Stegner. Aus dem Ministerium Gabriel kommt auch ein **Gesetzentwurf**, den wir

ganz klar als **Generalangriff auf freie WLAN-Netzwerke** verurteilen. Wurzel allen Übels ist wieder einmal der fatale Koalitionsvertrag von CDU/CSU und SPD im Bund, wo genau dies festgeschrieben ist.

Nach dem vorliegenden Gesetzentwurf sollen Anbieter von Hotspots von der **Haftung für Nutzerverhalten** nur freigestellt werden, wenn sie die Nutzer dieser Hotspots davor warnen, Rechtsverletzungen zu begehen, und Unbefugte von der Nutzung ausschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die **Grundidee von öffentlichem WLAN und öffentlichem Internetzugang** ist doch gerade, niemanden auszuschließen; sonst ist er nicht öffentlich. Dadurch dass dieser Gesetzentwurf beziehungsweise Referentenentwurf nun den Internetzugang auf Berechtigte beschränken will, droht dieser Berliner Gesetzesvorschlag, den freien öffentlichen und drahtlosen Zugang zum Internet kaputt-, und die ehrenamtlichen Freifunkinitiativen, die daran arbeiten, unser Land möglichst flächendeckend mit Internet zu versorgen, plattzumachen.

Schon jetzt werden viele **Privatpersonen** aus Angst vor Abmahnung ihre **WLAN-Hotspots** verschlüsseln und nicht mehr der Öffentlichkeit zur Verfügung stellen. Das ist völlig unverständlich, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, denn schließlich ist es doch auch am Telefon möglich, dass Rechtsverletzungen wie zum Beispiel Beleidigungen begangen werden. Trotzdem würde wohl niemand von der Telekom verlangen, vor jedem Gespräch eine Warnansage durchzugeben oder einen Türsteher an Telefonzellen zu stellen, damit diese nicht mehr öffentlich zugänglich sind.

(Beifall PIRATEN)

Es ist wirklich absurd, wenn man sich einmal überlegt, was hier von den Betreibern von WLAN-Netzwerken gefordert werden soll.

Besonders falsch ist es, die WLAN-Haftung zu einem Zeitpunkt neu zu regeln, zu dem eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs ansteht, übrigens auf Klage eines Mitglieds der Piratenpartei zu der Frage, ob die **Störerhaftung** überhaupt mit **Europäischem Recht und Grundrechten** vereinbar ist.

Zu der Problematik der WLAN-Zugänge möchte ich für uns Abgeordnete der Piratenpartei eine zweite Problematik ansprechen, nämlich **Speicherdienste** wie zum Beispiel Dropbox, das viele von uns kennen. Diese sollen nach dem Gesetzentwurf

(Dr. Patrick Breyer)

haften, wenn sie zu einem überwiegenden Anteil rechtswidrig benutzt werden. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Diensteanbieter, der im Auftrag der Nutzer Tausende, Millionen von Dateien speichert, weiß doch gar nicht, ob die Daten rechtswidrig sind oder nicht; er kann es doch auch gar nicht wissen.

Um das wieder anhand eines Real-Life-Beispiels zu veranschaulichen: Nehmen Sie an, jemand betreibt eine Schließfachanlage in einem Bahnhof. Wenn sich da irgendwelche Dealer überlegen, diese Schließfächer zu illegalen Zwecken zu nutzen, dann kann der Betreiber dieser Schließfächer nichts dafür. Der soll ja auch nicht in die Fächer gucken. Man kann doch nicht ernsthaft sagen, weil diese Schließfächer missbraucht werden, machen wir die ganze Anlage dicht, sodass alle Bahnnutzer diese Schließfächer überhaupt nicht mehr benutzen können. Genauso irrwitzig ist es, Speicherdienste zu schließen, nur weil sie vielleicht von Einzelnen missbraucht werden. Es reicht völlig aus, bei Benachrichtigung rechtswidrige Inhalte zu löschen.

Ganz grundlegend möchte ich für uns PIRATEN auch festhalten: Das Internet, der freie Informationsaustausch, die Meinungs- und die Informationsfreiheit sind für uns keine Gefahr, sondern umgekehrt: Einschränkungen des freien Internetzugangs sind eine Gefahr für die Meinungs- und Informationsfreiheit im Netz.

Auf meine Anfrage hin hat mir das schleswig-holsteinische Wirtschaftsministerium erklärt, die Position zu diesem Gesetzentwurf auf Bundesebene sei im Grunde genommen, dass eine Abschaffung der Störerhaftung falsch sei und dass Freifunk auch durch diesen Gesetzentwurf nicht bedroht sei. Ich denke, ich habe erklärt, warum das Gegenteil der Fall ist. Vor diesem Hintergrund ist es unsere Aufgabe als Landtag, als Volksvertreter, ein klares Signal zu senden: Wir wollen einen freien, öffentlichen und möglichst überall verfügbaren Zugang zum Internet. Wir wollen Freifunk statt Angst.

Mit Blick auf die am Samstag anstehende Richtungsentscheidung des SPD-Konvents zur Vorratsdatenspeicherung füge ich hinzu, Herr Dr. Stegner: Wir wollen auch Freiheit statt Angst und vertrauliche Telekommunikation statt Vorratsdatenspeicherung. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will mit den gemeinsamen Punkten beginnen. Das ist immer ganz förderlich. Ein **flächendeckendes WLAN** zumindest in urbanisierten Räumen und geschlossenen Ortschaften ist, denke ich, ein Ziel, dem wir alle uns verschreiben können. Denn gerade in Zeiten ständig wachsenden Bedarfes an Bandbreite sowohl bei den Nutzern als auch bei den Endgeräten wird es eine unverzichtbare Ergänzung für LTE sein, nicht nur vom Nutzerkomfort her, sondern allein schon der Bandbreite wegen. Deswegen sind wir sehr dafür, dass wir Fortschritte beim Ausbau von WLAN machen. Genau diesem Ziel hat sich im Übrigen auch der Koalitionsvertrag auf Bundesebene verschrieben.

Nun kann man darüber streiten, ob das der richtige Weg ist. Dass wir dabei nicht alle Ansätze der PIRATEN werden teilen können, dürfte Ihnen auch klar sein. Denn man muss neben dem rein technischen Herangehen und dem Wunsch, möglichst schnell möglichst viel WLAN frei nutzbar zu machen, natürlich auch im Blick behalten, dass die **Nutzung von WLAN** für den einen oder anderen, der Rechtsverstöße im Sinn hat, eine hochattraktive Angelegenheit ist. Wenn ich nicht von meinem eigenen Account und mit meiner eigenen IP unterwegs bin, wenn ich Urheberrechtsverletzungen begehe - wir wollen über dem Bereich Kinderpornografie gar nicht sprechen -, dann ist WLAN natürlich ein bevorzugter Tatort, wenn es nicht entsprechend gesichert ist.

(Lachen PIRATEN - Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Tatort WLAN!)

- Die Nutzung von WLAN. - Deswegen ist der Anspruch, nachvollziehen zu können, wer denn als Nutzer im WLAN unterwegs ist, ein Gedanke, der nicht von vornherein von der Hand zu weisen ist.

Im Übrigen ist der **Gesetzentwurf**, der jetzt aus dem Ministerium von Herrn Gabriel auf dem Tisch liegt, als **Diskussionsgrundlage** insofern interessant, weil in ihm ja bewusst zwischen kommerziellem und privatem Anbieter unterschieden wird.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Dr. Bernstein, gestatten Sie eine Zwischenbemerkung oder Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Breyer?

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Ja, klar.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:** Danke, Herr Kollege. - Zum einen möchte ich Sie darauf aufmerksam machen, dass der neueste Gesetzentwurf, der auch tatsächlich zur Notifizierung eingereicht wurde, diese Unterscheidung zwischen gewerblichen und privaten Anbietern nicht mehr vorsieht.

Zum anderen möchte ich Ihnen folgende Frage stellen: Sie haben darauf abgestellt, dass Internet rechtswidrig genutzt werden kann. Würden Sie mir zustimmen, dass zum Beispiel auch Telefonzellen rechtswidrig, dass zum Beispiel auch öffentliche Fotokopiergeräte für rechtswidrige Vervielfältigungen genutzt werden können, und würden Sie deswegen verlangen, dass nachvollziehbar ist, wer wann was kopiert oder am Telefon gesagt hat?

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Erstens ist der Hinweis, dass es Möglichkeiten gibt, gegen Gesetze zu verstoßen, kein Argument dafür, weitere Möglichkeiten zu schaffen.

Zweitens ist die technische Nutzung in meinen Augen insofern überhaupt nicht vergleichbar, weil Sie zwar beispielsweise bei einer Telefonzelle oder einem Fotokopiergerät natürlich die Möglichkeit haben, Rechtsverstöße zu begehen, Sie aber überall dort, wo Sie das Internet sozusagen als Tatwerkzeug benutzen, davon ausgehen müssen, dass Sie nachverfolgt werden können, und diese Möglichkeit gezielt durch die Nutzung fremder WLAN-Netze umgehen können. Das ist der eigentliche Punkt, über den wir an dieser Stelle diskutieren.

Von der rechtlichen Seite nun zur technischen Seite. Der Gedanke, dass wir am Ende eine tragfähige Lösung dadurch bekommen, dass wir möglichst viele kleine private WLANs aneinanderkoppeln, ist zunächst einmal ganz charmant. Aber das kann ja am Ende nicht wirklich die technische Lösung sein,

wenn es darum geht, WLAN-Zugang in urbanisierten Räumen und gerade auch in ländlicheren Gemeinden hinzubekommen.

(Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]: Wie denn sonst?)

Ich will an dieser Stelle auf die interessanten Projekte wie etwa „MobyKlick“ in Norderstedt und auch in einer ländlichen Gemeinde wie Kayhude verweisen, wo wir inzwischen fast flächendeckendes WLAN zur Verfügung haben. Dort müssen Sie sich natürlich registrieren. Klar, das ist nicht das, was Sie sich wünschen. An dieser Stelle haben wir in der Tat einen Dissens. Aber mir geht es darum, den Bürgerinnen und Bürgern WLAN zur Verfügung stellen zu können. Ich bin der festen Überzeugung, dass es für die allermeisten Menschen keine Hürde ist, sich in ein entsprechendes Netz einzuwählen.

Der entscheidende Punkt für den Ausbau an dieser Stelle wird es sein, dass wir bei WLAN, das letztlich nichts anderes ist als ein Funknetz, das wir an das Ende einer Leitung hängen, über die entsprechend leistungsfähige Leitungen verfügen. Deswegen wird auch für das Thema Ausbau von WLAN das Thema **Ausbau der Breitbandnetze** der entscheidende Hintergrund sein, hier insbesondere der Ausbau von Glasfasernetzen.

Vor diesem Hintergrund ist es, finde ich, ausgesprochen zu begrüßen, dass wir davon ausgehen können, in Kürze die **Rahmenförderbedingungen des Bundes** aufgrund der digitalen Dividende und der in diesem Bereich eingesetzten Bundesmittel zu bekommen. Dann ist, denke ich, auch der Zeitpunkt gekommen, zu dem das Land seine eigene Förderrichtlinie darauf abstimmen kann.

Ich hoffe, dass wir dann die Gelegenheit bekommen, eine leistungsfähige, schlanke und schnelle Förderung für den weiteren Ausbau von Breitband und NGA-Netzen in Schleswig-Holstein zu bekommen, möglichst offen für kommunale Anbieter, für private Initiativen und für die kommerziellen Anbieter in diesem Bereich.

(Wortmeldung Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

- Ich bin am Ende meiner Rede. Ich möchte keine weitere Frage zulassen. - Vielen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Dr. Kai Dolgner das Wort.

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu den Themen offene WLANs, Störerhaftung und Straftatbestände, Herr Dr. Bernstein, komme ich nachher noch.

Reisen bildet ja bekanntlich und belebt manchmal auch die eine oder andere Debatte. So wurde ich auf einer Fraktionsreise in den Niederlanden leicht empört von den Kollegen darauf angesprochen, warum man sich in den Niederlanden eigentlich völlig stressfrei, ohne jegliche Anmeldung überall in offene WLANs einloggen könne und in Deutschland nicht.

(Beifall PIRATEN, Bernd Voß [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Begriffe wie „Servicewüste“ und „rückständig“ fielen. Jetzt wissen wir auch so ein bisschen, warum. Zurückhaltend, wie ich nun einmal bin, widerstand ich zunächst sehr lange der Versuchung, meine Kollegen darüber zu belehren. Nach so circa zehn Sekunden entschloss ich mich dann doch,

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

meinen Mitreisenden die ganze Misere um die sogenannte **Störerhaftung** zu erläutern - speziell die Kollegen von der CDU können das, denke ich, gebrauchen - und auch, warum wir hier morgens immer fluchende Abgeordnete sehen, die mühsam zwei sechsstellige Nummern in ihr Smartphone einhacken. Haben Sie sich eigentlich auch einmal gefragt, wie sinnvoll das ist?

(Beifall PIRATEN, Dr. Heiner Garg [FDP] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Dabei waren wir doch eigentlich auf einem guten Weg. Vor zehn Jahren bekam das Internet Beine - endlich, muss man sagen. Smartphones wurden erschwinglich, auch wenn nicht immer mit ganz klasse Betriebssystemen. Die ersten Städte dachten über offene und flächendeckende WLAN-Versorgung nach. Das war bereits 2005. Ein digitaler Sprung nach vorn. Man konnte es kaum glauben in dem Land, in dem vor 20 Jahren ein deutscher Kanzler noch glaubte, die Datenautobahnen müssten von der Straßenmeisterei gemacht werden,

(Heiterkeit und Beifall PIRATEN)

in einem Land, in dem vor immerhin zwei Jahren die Bundeskanzlerin immer noch für sich feststellte - 23 Jahre nach der Freigabe des Internet für die kommerzielle Nutzung -, dass das Neuland sei.

Aber alle, die zumindest in den Innenstädten, im urbanen Bereich, auf schnelle Datenraten hofften, wurden bitter enttäuscht. Denn mit **offenen WLANs** könnte man ja das Verbrechen des Jahrhunderts begehen. Da geht es nicht um Kinderpornografie, sondern um die Urheberrechtsverletzung. Da hat Deutschland ein echtes Alleinstellungsmerkmal. Super! Deshalb gibt es den Begriff „Störerhaftung“ im Englischen auch gar nicht. Bei offenen WLANs haftet nämlich derjenige, der das WLAN anbietet, für die zivilrechtlichen - es ist wichtig, das zu wissen - Dinge, die jemand dort begeht. Das gilt nicht für Straftaten, Herr Dr. Bernstein, auch nicht bei Kinderpornografie.

Das wäre auch ziemlich absurd. Stellen Sie sich vor: Jemand holt sich mit gefälschten Pässen ein Auto, begeht damit eine Straftat, und dann wird dafür die Leihwagenfirma in Haftung genommen. Das geht zum Glück im deutschen Strafrecht nicht. Deshalb ist das Telemediengesetz für die Strafverfolgung völlig ungeeignet. Leider hat der Kollege Breyer mit seinem auch in diesem Zusammenhang nicht richtigen Verweis auf die Vorratsdatenspeicherung ein bisschen zu dieser Verwirrung beigetragen.

Da war sie wieder, auch bei den offenen WLANs, die typisch deutsche Krankheit: das Internet, die dunkle Bedrohung. Das wäre vielleicht auch ein Titel gewesen, da wäre uns Jar Jar Binks erspart geblieben. Man weiß es nicht.

(Heiterkeit SPD)

Die Folge war aber klar absehbar. Während alle anderen Länder anfangen, offene WLANs aufzubauen, wurde das in Deutschland gestoppt. Denn kleinen Cafébesitzern war es nicht zuzumuten, dass sie für die Urheberrechtsverletzungen, wenn jemand seine amerikanische Fernsehfolge gesehen hat, bezahlen sollten.

Bei der **Störerhaftung** im Rahmen des Telemediengesetzes - über andere Dinge können wir in anderen Zusammenhängen wirklich reden - geht es ausschließlich um das **Durchsetzen zivilrechtlicher Ansprüche** beziehungsweise von Abmahnungen. Hier basieren übrigens große Teile unserer Musik- und Filmindustrie darauf, dass sie damit den notwendigen Strukturwandel in ihrer eigenen Branche behindern und verhindern.

**(Dr. Kai Dolgner)**

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Denn der klassische Datenträgerverkauf wird genauso wenig zurückkommen wie dass es in jedem Dorf einen Hufschmied gibt. Das ist so ähnlich, als wenn sich damals eine Allianz für die Hufschmiede gebildet hätte: Gleichheit für Pferde und Autos auf den Straßen. - Das wäre wahrscheinlich die heutige Sichtweise der Hufschmied-Industrie gewesen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Dass in den **On-Demand- und Streaming-Angeboten** auch für die Rechteinhaber die Chance liegt, sieht man in Amerika, wo Milliardenumsätze erzielt werden. Die können sogar im Rahmen der Streaming-Angebote eigene Serien drehen und produzieren. In diesem Bereich ist noch viel mehr zu verdienen als mühsam über die Kette bei den kleinen Cafés, wenn übers WLAN drei Musiktitel heruntergeladen und dafür Abmahnungen in Höhe von 100 € verschickt werden. Insofern verstehe ich die Musikindustrie hier auch nicht. Unser Musikstreaming über GPRS ist eine Qual, von legalen Filmangeboten wollen wir gar nicht reden. Dass das niemand in Anspruch nimmt, ist völlig klar.

Bei der Störerhaftung, die hier auch noch mit allen möglichen Dingen verteidigt werden soll, geht es um eine deutsche Alleinentwicklung in der Rechtsprechung in der Welt. In Amerika gibt es so etwas nicht. Und die sind nicht dafür bekannt, dass sie wenig Strafverfolgung wollen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie - Ihre Redezeit wird auch langsam knapp - eine Zwischenbemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Bernstein?

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Ja.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:** Da helfe ich dem Kollegen Dr. Dolgner doch gerne. Wären Sie noch einmal so freundlich, darauf hinzuweisen und aus eigener Erfahrung zu berichten, wenn Sie beispielsweise in einem Hotel oder in einer Gaststätte sind und das dortige WLAN-Netz nutzen möchten, wie viele Klicks Sie in der Regel brauchen, um sich dort einzuloggen?

**Dr. Kai Dolgner [SPD]:**

Herr Kollege Dr. Bernstein, das hatte ich gerade auf unserer letzten Fraktionsreise in Mecklenburg-Vorpommern erlebt. Wir hatten einen längeren Tag, und ich bin auf das Hotelzimmer gegangen und wollte kurz checken. Ich hatte dann auch festgestellt, dass ich nicht extra an die Rezeption gegangen war, um mich fürs WLAN zu registrieren. Ich hatte es mir dann eine Weile überlegt, ob ich es noch machen muss. Nach einer Zeit bin ich dann doch wieder hinuntergegangen, habe mich dort in die Schlange gestellt und angemeldet. Für eine Hotelübernachtung ist das vielleicht okay, so einen Aufstand zu betreiben für ein Abrufen der Mails während des Kaffeetrinkens nicht.

Aber eines muss ich Sie fragen. Können Sie mir erklären, warum kommerzielle Provider das nicht müssen? Kommerzielle Provider müssen nämlich den Namen nicht feststellen.

(Beifall SPD, SSW und PIRATEN)

Die sind gar nicht geeignet für Kriminalität. Im Telekom-Netz kann man nichts machen. Es ist absurd. Sehen Sie es einfach ein.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

Ich komme zum Schluss. Bei Regierungsantritt versprach die Bundesregierung, das Problem endlich zu lösen. Prima, dachte ich damals. Nun liegt der Referentenentwurf vor. Und wie soll das Problem gelöst werden? Verschlüsselung, Nutzerregistrierung, Vorschaltseiten?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wenn Sie dieses Verfahren hier als einfach empfinden, dann können Sie eine namentliche Registrierung noch hinzupacken. Ich empfinde es hier morgens als nicht einfach. Das macht man höchstens in einer Paternosterfahrt. Ich möchte mich in einem Freifunkknoten wie Slartibartfast in der Kieler Innenstadt einloggen können, ohne den gesamten Fußgängerverkehr dort aufzuhalten. Das ist die Zukunft, das geht in fast jedem anderen europäischen Land, nur nicht hier bei uns.

(Beifall SPD, PIRATEN und SSW)

Wenn der derzeitige Referentenentwurf die Lösung für das Problem sein soll, ganz ehrlich, dann gilt der alte Spruch: Dann möchte ich mein Problem zurück. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Heiterkeit und Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun der Herr Abgeordnete Rasmus Andresen das Wort.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Es ist immer undankbar, nach dem Kollegen Dolgner zu reden. Allerdings, das muss ich auch sagen, spricht man dann häufig mit besserer Laune, das ist dann ja auch hilfreich für solche Debatten.

(Heiterkeit SPD)

Zugang zum Internet bedeutet **Teilhabe an der digitalen Gesellschaft**, wobei dieser Begriff nicht ganz trennscharf beschrieben ist. Denn es gibt ja kaum noch so etwas wie eine nicht digitale Gesellschaft. Aus grüner Sicht geht es also um nicht viel weniger als um gesellschaftliche Teilhabe und darum, diese sicherzustellen. Die Voraussetzung für diese Teilhabe und damit für ein Gelingen des digitalen Wandels ist ein flächendeckender, leichter und kostengünstiger Zugang zum Internet. Es ist unser politischer Auftrag, gemeinsam mit dem Bund diesen Zugang zu ermöglichen.

Wir haben eine beschämende **Unterversorgung** im Bereich der **freien WLAN-Zugänge** im öffentlichen Raum. Wenn man in anderen europäischen Großstädten als Tourist oder als Geschäftsreisender ist, dann trifft man auf sehr, sehr viele offene und freie WLAN-Zugänge. Die deutschen Metropolen stehen hingegen auf dem analogen Abstellgleis.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Es gibt vor Ort oft genug Initiativen - die Kollegen haben die Beispiele genannt, wie zum Beispiel die Freifunkinitiativen, die die Innenstädte oder andere Orte, auch in Schleswig-Holstein, durch gemeinschaftliche Internetzugänge attraktiver machen wollen. Das heißt also, **WLAN als öffentliche Daseinsvorsorge** und ohne eigene Profitinteressen.

Es ist gut, dass die Bundesregierung privaten Unternehmen Rechtssicherheit für das Anbieten von WLAN geben will und dort erste Schritte geht, aber es kann doch nicht ernsthaft beabsichtigt sein, ehrenamtliche und allgemeinwohlorientierte Initiativen im Regen stehen zu lassen. Denn die Pläne der Bundesregierung sind größtenteils Murks, sie legen Menschen, die ihren Internetzugang mit anderen teilen möchten, weiterhin Steine in den Weg. Wer sein Netz ohne kommerzielles Interesse öffnet, soll

künftig auch den Namen der Nutzer und Nutzerinnen erfassen. Herr Kollege Dolgner hatte es gerade gesagt. Wie zuverlässig das geschehen soll, bleibt allerdings unklar. Damit werden die bekämpft, die die Courage und das technische Know-how haben, ihr Netz aus Solidarität zu öffnen, etwa auch auf dem Gelände von Flüchtlingsunterkünften, um eine Debatte aufzumachen, die auch noch eine Rolle spielt und die vor Ort Initiativen bewegt, wo jetzt bei uns im Land Flüchtlingsunterkünfte entstehen, oder einfach an hochfrequentierten Plätzen in den Städten.

Darum ist es wichtig, dass wir uns dafür einsetzen, dass die **Haftungsfreistellung** gemäß § 8 des Telemediengesetzes generell auch für Anbieterinnen und Anbietern von WLAN-Zugängen gilt. Die Störerhaftung ist bislang ein erheblicher Hinderungsgrund für die Bereitstellung von WLAN-Zugängen für Dritte. Denn die volle Haftung trifft immer denjenigen, der das Netz für die anderen öffnet. Die Justizministerkonferenz und der Bundesrat haben bereits im Jahre 2012 festgestellt, dass eine Beseitigung der derzeitigen Störerhaftung wünschenswert wäre. Denn wir brauchen größere **Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber** und -Betreiberinnen. Diese Rechtssicherheit wird von dem Entwurf des Telemediengesetzes der Großen Koalition in Berlin, unserer Bundesregierung, nicht gewährleistet.

Zwar wird von Haftungsfreistellungen von Betreiberinnen und Betreibern gesprochen, diese richten sich allerdings nur an Unternehmen und sind mit untragbaren Auflagen verbunden. Man solle, so heißt es dann in dem Gesetzentwurf, „zumutbare Maßnahmen“ ergreifen, um Missbrauch zu verhindern. Nur, wie soll das geschehen? In dem Gesetzestext ist etwa von „Verschlüsselungen oder vergleichbaren Maßnahmen“, durch die der Zugriff von außenstehenden Dritten verhindert werden soll, die Rede.

Wir als Grüne sagen ganz deutlich, dass die Große Koalition hier ganz eindeutig auf dem Holzweg ist, dies ist der falsche Weg. Es ist kontraproduktiv für den Ausbau unserer digitalen Infrastruktur. Da lehnen wir Grüne diesen Schritt eindeutig ab.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einzeln SPD)

Von einer digitalen Agenda - dieses ist ja ein Modewort in der Politik, gerade auch in Berlin geworden - sind wir in Deutschland leider noch meilenweit entfernt. Wir befürchten, dass die Bundesregierung diese Schritte weiter verschläft.

**(Rasmus Andresen)**

Ich möchte mich am Schluss der Rede ganz ausdrücklich bei den Kollegen - das ist leider, so finde ich, bisher noch nicht so deutlich geworden - Dolgener und Breyer bedanken, dass es ihnen gelungen ist, einen gemeinsamen Antrag zu stellen und dass wir diesen Antrag nicht, wie ursprünglich vorgesehen, in den Wirtschaftsausschuss überweisen, sondern dass wir ihn heute hier beschließen und damit ein gemeinsames Signal senden. Dafür herzlichen Dank an die beiden Kollegen. Das ist ein guter Schritt und zeigt, dass wir als Schleswig-Holsteiner auch bei diesem Thema vorneweg marschieren und hoffen, dass sich der Bund anschließt. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug das Wort.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Deutschland hinkt bei der Versorgung der Bevölkerung mit **öffentlichen WLAN-Hotspots** im Vergleich zu anderen Ländern noch immer hinterher. Die Große Koalition in Berlin, im Bund, hat sich deshalb auf den Weg gemacht, das **Telemediengesetz** zu novellieren, um so die flächendeckende Verbreitung kostenloser Hotspots zu fördern. Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel kündigte den Gesetzentwurf als „Schub für kostenloses WLAN“ an.

Tatsächlich erreicht der Gesetzentwurf der Bundesregierung das genaue Gegenteil. Er verschärft die **Haftung von Anbietern kostenloser WLANs** und führt zu zusätzlicher Rechtsunsicherheit. Denn nach dem Willen Sigmar Gabriels sollen die Anbieter freier WLANs künftig Verschlüsselungsverfahren einsetzen und vom Nutzer eine Erklärung verlangen, dass dieser bei der Nutzung keine Rechtsverletzung begehen wird. Beides geht nicht nur weit über die von der Rechtsprechung entwickelte Störerhaftung hinaus, sondern ist auch vollkommen unsinnig.

(Beifall PIRATEN und Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Zum einen ist der darin enthaltene **Generalverdacht**, jeder Internetnutzer sei ein potenzieller Straftäter, schon gar nicht mit unserer freiheitlichen Verfassung vereinbar.

(Beifall FDP, PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vom Nutzer die Zusicherung zu verlangen, keine **Rechtsverletzungen** zu begehen, ist als Schutzmaßnahme zum anderen auch noch völlig untauglich. Ein Nutzer, der plant, gegen das Gesetz zu verstoßen, wird sich durch das Anklicken eines Bestätigungsbuttons hiervon sicherlich nicht abhalten lassen. Aus diesem Grund muss man beim Kauf eines Autos ja auch nicht versichern, keine rechtswidrigen Handlungen zu begehen, um den Autokauf von Haftungsrisiken freizustellen.

Mindestens genauso sinnlos ist auch die Anforderung einer **Verschlüsselungspflicht**. Sinn und Zweck eines Freifunks ist gerade der öffentliche, unverschlüsselte Zugang.

(Beifall FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und vereinzelt SPD)

Das sieht sogar der sechste stellvertretende Bundesvorsitzende der SPD. Teilen Sie es bitte Herrn Gabriel mit, bekannt aus früheren Tätigkeiten als Popbeauftragter des Bundespräsidiums der SPD, versiert in allen Feldern. Sie sollten die Botschaft aus Schleswig-Holstein in Ihrer Parteispitze ganz oben vermitteln.

Eine Verschlüsselung ist also vollkommen kontraproduktiv. Sie führt nicht zu dem vom Bundeswirtschaftsminister angekündigten „Schub für kostenloses WLAN“, sondern unweigerlich zu dessen Ende.

Wir brauchen den **Ausbau offener WLAN-Zugänge**. Eine flächendeckende Versorgung mit freien Internetzugängen stärkt die Infrastruktur und setzt im Übrigen auch wirtschaftliche Impulse. Sie eröffnet Chancen für digitales Lernen an Schulen und trägt zur freien Meinungsbildung und einem unabhängigen Informationszugang bei.

Der Gesetzentwurf der Großen Koalition, der übrigens laut dem Landesdatenschutzbeauftragten dieses Landes, Thilo Weichert, genau zur richtigen Zeit kommt - weshalb schmust er in letzter Zeit eigentlich immer so mit der GroKo in Berlin? Das war bei der Vorratsdatenspeicherung schon auffällig -, bewirkt das Gegenteil und konterkariert seinen eigenen Zweck.

Insofern ist der Antrag der PIRATEN aus unserer Sicht zu begrüßen.

(Uli König [PIRATEN]: Hui!)

Unter dem Strich halten wir das für einen vernünftigen Antrag. Wir hätten den einen oder anderen Punkt in einer Ausschussberatung gern diskutiert.

(Dr. Ekkehard Klug)

Aber: So what? Das wollen Sie nicht. Wir kommen im Ergebnis dazu, dass wir dem Antrag, der jetzt gemeinsam von den Regierungsfraktionen und den PIRATEN unterzeichnet ist, zustimmen. - Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt der Herr Abgeordnete Lars Harms das Wort.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bundesgerichtshof stellte 2013 in einem Schadenersatzprozess fest, dass die **Nutzbarkeit des Internets** ein **Wirtschaftsgut** sei, dessen ständige Verfügbarkeit seit längerer Zeit auch im privaten Bereich für die eigenwirtschaftliche Lebenshaltung typischerweise von zentraler Bedeutung sei. Die Statistiken belegen das. Über 80 % aller Bürgerinnen und Bürger, die älter als zehn Jahre sind, nutzten im ersten Quartal 2014 das Internet. Der Zugang zum Internet gehört also zum Leben und damit zur **Daseinsvorsorge**.

Dazu im krassen Widerspruch steht der technische Zugang. Abgesehen vom weitgehend kostenfreien Zugang in öffentlichen Bibliotheken oder Schulen muss man ganz schön viel Geld in die Hand nehmen, um das Internet nutzen zu können. Wir haben derzeit laut dem entsprechenden eco-Branchenverband circa eine Million WLAN-Hotspots, aber nur 15.000 davon sind kostenfrei. Damit droht sozial schwächeren Bevölkerungsschichten, dass sie mittelfristig von einer zentralen Informationsressource abgehängt werden. Das kann auch nicht Ziel von Bundespolitik sein.

Der SSW unterstützt darum ausdrücklich alle Initiativen, die einen **kostenfreien Zugang** ermöglichen. In Flensburg hat der SSW Freifunk-Router finanziert und zur Verfügung gestellt. Diese gewähren im Verbund mit anderen zumindest in der Innenstadt einen flächendeckenden Internetanschluss. Jeder, der auf der Straße vorbeigeht, kann sich kostenlos einloggen und das Internet nutzen - ein Service, den auch viele Gäste der Stadt zu schätzen wissen, vor allem diejenigen, die aus Dänemark kommen. Die kennen übrigens die Registrierungspflicht überhaupt nicht.

Dieses Prinzip macht Schule, und zwar nicht nur in den großen Städten des Landes. So wird Helgoland,

auch durch das Engagement des SSW, zur ersten Gemeinde in Schleswig-Holstein, die flächendeckend WLAN anbieten wird. Die Insulaner verstehen das als einen echten Standortvorteil und unterstützen diese ehrenamtliche Initiative ausdrücklich.

(Zuruf)

- Immerhin! So kann man **Freifunk** auch auf hoher See benutzen, lieber Kollege Dolgner. - Der Landtag hat sich im Übrigen ebenso für gemeinnützigen Freifunk eingesetzt. Diese Bewegung, die freie Ressourcen privater Anschlüsse öffentlich nutzbar macht, ist ein Beispiel für eine interessierte und engagierte Bürgergesellschaft. Solche Initiativen sind absolut vorbildlich. Man sollte sie eigentlich fördern und nicht blockieren.

(Beifall PIRATEN)

Meine Damen und Herren, noch sind solche Initiativen vorbildlich. Ich muss es einschränken. Denn die Bundesregierung plant ein Gesetz, der den Ausbau des Internetzugangs über WLAN zwar beschleunigen möchte, aber ausschließlich für diejenigen, die damit Geld verdienen wollen. Hotspots der verschiedenen Anbieter wie der Telekom oder von Kabel Deutschland sollen es zukünftig sehr viel einfacher haben, Netze aufzubauen und kommerziell anzubieten, indem sie von der **Störerhaftung** ausgenommen werden. Die Anbieter sollen in Zukunft nicht mehr zivilrechtlich haftbar gemacht werden. Das mag im ersten Moment noch okay sein. Aber das gilt nicht für die Fälle, bei denen man ein solches Netz privat betreiben will. Sie sind der Störerhaftung weiter voll unterlegt. Die Abmahnenszene lacht sich schon jetzt ins Fäustchen. Sie brauchen sich nicht mit den großen Unternehmen herumzuschlagen, sondern können die kleinen Freifunker richtig schön ausnehmen. Ich glaube, das ist nicht etwas, was man von einer Bundesregierung erwarten kann, dass man genau einen solchen Gesetzentwurf macht. Dieser Gesetzentwurf richtet sich die Bürgerin und Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

Es muss einen anderen Weg geben.

Was wir brauchen, ist Freifunk überall. Das ist die Aufgabe, die man auf Bundesebene hat. Es ist gut, dass wir diesen Antrag heute beschließen. Ich glaube, unsere Landesregierung muss noch einmal alles tun, damit dieser Gesetzentwurf nicht Wirklichkeit wird.

(Lars Harms)

(Beifall SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Aus dem Parlament liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Dann hat jetzt die Landesregierung das Wort. Das Wort hat der Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Reinhard Meyer.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Lars Harms, wir als Landesregierung tun alles für vernünftige Anträge aus diesem Haus. Dieser Antrag gehört dazu, um das gleich vorwegzunehmen.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lassen Sie mich kurz fünf Punkte benennen, die auf die Problematik hinweisen.

Zunächst einmal ist es ganz wichtig festzuhalten, dass wir den **Ausbau von WLAN-Netzen** in Deutschland vorantreiben müssen. Wenn wir das mit anderen Ländern vergleichen - es sind genug Beispiele insbesondere in Europa, aber auch die USA, genannt worden -, sind wir bei WLAN quasi Entwicklungsland. Das sage ich auch als Tourismusminister. Es wird nämlich immer wichtiger, die entsprechende WLAN-Versorgung nicht nur in den Städten sicherzustellen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN, SSW und vereinzelt SPD)

Zweitens müssen wir festhalten, dass die Rechtsprechung verschiedener Gerichte zur sogenannten **Störerhaftung für WLAN-Anbieter** zu Verunsicherung geführt hat. Das hat sicherlich dazu beigetragen, dass in Deutschland bisher vergleichsweise wenige WLAN-Hotspots aufgebaut wurden. Das ist der Ansatz zu sagen: Wir brauchen **Rechtssicherheit**, damit nicht letztendlich die Gerichte darüber entscheiden, wie wir mit WLAN und WLAN-Versorgung im Lande umgehen.

Der dritte Punkt ist deswegen eigentlich der richtige Weg, dass man versucht, diese Rechtsunsicherheit durch eine Regelung wie im Telemediengesetz zu beseitigen. Aber der bislang vorliegende Referentenentwurf aus dem Bundeswirtschaftsministerium stößt auf nahezu geschlossene Kritik aus allen Richtungen, aus den Verbänden, bei den Datenschützern, bei den Verbraucherschützern und bei

den Netzaktivisten. Er scheint offensichtlich nicht geeignet, die bestehenden Probleme tatsächlich zu beseitigen.

Viertens. Deswegen gehe ich davon aus, dass dieser Referentenentwurf in dieser Form am Ende des Tages auch von der Bundesregierung - mit Sicherheit eine kluge Bundesregierung - nicht verabschiedet werden wird. Insofern haben Sie uns, Herr Breyer - der gerade nicht da ist -, wieder einmal - auch da sind Sie Wiederholungstäter - falsch zitiert. Wir haben also nicht gesagt, dass wir den Referentenentwurf der Bundesregierung begrüßen, sondern auch wir werden uns das genau ansehen, und viele Kritikpunkte, die genannt worden sind, sind richtig.

Was sind unsere Maßgaben in der Prüfung des Bundesgesetzentwurfes? Das ist natürlich zunächst einmal die Schaffung eines flächendeckenden WLAN-Netzes. Wie bekommen wir das hin? Wo sind die richtigen **Anreize**? Was können wir im Interesse der Betreiber und Nutzer tun, um eine **rechtssichere Regelung** zu treffen? Wie werden wir Datenschutz und Verbraucherschutz gerecht? Aber wir müssen auch an das **Urheberrecht** denken. Ich gebe dem Kollegen Dolgner recht: Die Musikindustrie muss sich Gedanken machen. Aber ich empfehle auch den Beitrag eines meiner Lieblingssänger, nämlich von Sven Regener, Element of Crime, zum Thema Urheberrecht. Auch da gibt es Bedenkenswertes. Ich glaube, so einfach ist das Thema nicht.

Der Teufel steckt natürlich im Detail. Insofern werden wir über das Thema noch weiter reden müssen. Herr Klug, im Übrigen erinnere ich mich auch an einen Bundeswirtschaftsminister - ich habe den Namen jetzt vergessen, den Vorgänger von Herrn Gabriel -, der beim Thema Netzneutralität das Ganze auch nicht so stringent vorgelegt hat, wie das vielleicht die FDP damals im Parteiprogramm formuliert hat. Also auch da kann man sehen, dass die Dinge nicht so einfach zu regeln sind.

Ich finde den Antrag sehr vernünftig. Deswegen ist es auch gut, ihn nicht in den Ausschüssen zu beraten. Wir als Landesregierung werden die Zielsetzung dieses neuen Antrags entsprechend aufnehmen. Wir haben ihn auch als Sensibilisierung und als Aufruf verstanden, sich mit der komplexen Materie frühzeitig näher auseinanderzusetzen. Das ist auch gut so. Das werden wir als Landesregierung tun, und wir werden auch gegenüber dem Bund entsprechend tätig. - Vielen Dank.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Minister, gestatten Sie am Schluss noch eine Bemerkung oder Frage des Abgeordneten Dr. Bernstein?

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Ja, gern.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:** Vielen Dank, Herr Minister. Ich bin ein klein bisschen irritiert, weil die eine Aussage lautet, Sie begrüßten den Antrag, und Ihre andere Aussage war, im Bereich der Störerhaftung und der Urheberrechtsverletzung gebe es durchaus bedenkenswerte Punkte, die auf Anhieb noch nicht so ganz übereinpassen. Wären Sie denn so freundlich, uns einmal zu erklären, wie Ihre Lösung für die Thematik Urheberrechtsverletzung an der Stelle aussieht?

- Bei der Urheberrechtsverletzung gibt es in der Tat zwei Seiten. Wir können das nicht einfach ignorieren, dass an der Stelle möglicherweise das Urheberrecht ausgehebelt wird. Aber ich glaube auch, dass es wichtig ist, dass die Musikindustrie das, was in der digitalen Welt heute passiert, auch wirklich nachvollzieht. Genau das habe ich zum Ausdruck gebracht, dass wir das in der Diskussion abwägen müssen.

(Vereinzelter Beifall SPD)

Das wars! - Danke.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Es ist Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer in der Sache diesem Antrag mit der Drucksachen-Nummer 18/2963 (neu) seine Zustimmung geben will, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Dann ist dieser Antrag gegen die Stimmen der CDU mit den Stimmen aller anderen Abgeordneten so beschlossen.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 23:

**Unternehmensgründungen erleichtern**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/3085

**Unternehmensgründungen als Grundlage des Wohlstands von morgen**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/3117

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann hat jetzt für die FDP-Fraktion, den Antragsteller, der Abgeordnete Christopher Vogt das Wort.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein Unternehmen zu gründen und damit beruflich auf eigenen Beinen zu stehen, bringt jedem, der diesen Schritt wagt, eine gewisse **Unabhängigkeit**, aber - neben sehr viel Arbeit, die damit verbunden ist - auch ein gewisses **Risiko**. Ein solcher Schritt erfordert also sehr viel Mut. Es besteht immer die Möglichkeit, mit dem Schritt in die Selbständigkeit keinen dauerhaften Erfolg zu haben. Die Männer und Frauen, die sich für ein eigenes Unternehmen entscheiden und sich dafür vielleicht sogar aus einer sicheren Festanstellung herauswagen, leisten für unsere Gesellschaft, für unseren Wohlstand einen gewaltigen und nicht zu ersetzenden Beitrag. Ihre Unternehmen wachsen, schaffen Arbeitsplätze, und sie zahlen Steuern.

Wenn man sich jedoch die Zahlen der **Unternehmensgründungen** in den letzten Jahren anschaut, dann stellt man, glaube ich, sehr schnell fest, dass es da noch sehr viel Luft nach oben gibt. Viele junge - und auch nicht mehr ganz so junge - Menschen scheuen bisher trotz vielleicht vorhandenem Interesse und guter Geschäftsideen diesen risikoreichen Schritt. Die junge Generation ist im Durchschnitt die wohl am besten ausgebildete, die wir jemals hatten, und sie ist mehrheitlich in großem Wohlstand aufgewachsen. Viele sind jedoch verunsichert und drängen eher in den Staatsdienst - oder sitzen in Parlamenten rum - anstatt über eine berufliche Selbstständigkeit nachzudenken.

(Zuruf Lars Winter [SPD])

- Oder stehen am Rednerpult, wie auch immer. Es gibt mannigfaltige Möglichkeiten, sich einzubringen.

Wir brauchen zum **Erhalt unseres Wohlstandes** aus unserer Sicht einerseits deutlich bessere Rahmenbedingungen für Gründungswillige, um ein besseres Gründungsklima in unserem Land zu schaffen, andererseits brauchen wir aber auch ein

(Christopher Vogt)

Stück weit einen Kulturwandel: Scheitern sollte aus meiner Sicht in einer sozialen Marktwirtschaft kein Makel sein.

(Beifall FDP, vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Regina Poersch [SPD])

Scheitern bedeutet doch nicht - der eine oder andere hier im Raum kennt das vielleicht von politischen Kandidaturen -, ein Leben lang versagt zu haben. Scheitern bedeutet, überhaupt erst einmal den Mut gehabt zu haben, etwas zu wagen. Viele Gründer bedeutender Unternehmen sind zuvor - teilweise sogar mehrfach - mit ihren Geschäftsideen gescheitert und haben danach einen neuen Anlauf gestartet, dann eben erfolgreich.

Meine Fraktion und ich wollen mit dem vorliegenden Antrag die **Voraussetzungen für Gründungen** spürbar verbessern. Uns geht es dabei nicht allein um innovative Start-Ups und den sogenannten neuen Mittelstand, sondern zum Beispiel auch darum, **Betriebsübernahmen im Handwerk** zu fördern. Das ist auch ein Problem, das den schleswig-holsteinischen Mittelstand massiv betrifft, dass viele Handwerksunternehmen gar keinen Nachfolger finden, obwohl sie jahrelang einen Käufer oder einen Nachfolger aus dem eigenen Unternehmen suchen und das nicht schaffen.

Unser Antrag umfasst insgesamt acht Punkte, die auf unterschiedlichste Weise Unternehmensgründungen unterstützen sollen. Dies soll bereits in der Schule beginnen. So sollen die Themen Selbstständigkeit und Unternehmertum zukünftig in den Lehrplänen der Fächer mit Wirtschaftsbezug ab **Sekundarstufe I** verstärkt und die Fortbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte in diesem Bereich verbessert werden. Dort wird schließlich der Grundstein für die **berufliche Orientierung** gelegt. Wir wollen die Selbstständigkeit als Option für die eigene berufliche Laufbahn überhaupt erst einmal in die Köpfe vieler junger Menschen bringen, die diese Option überhaupt gar nicht sehen.

(Beifall FDP)

Sinnvoll sind da zum Beispiel Projekte - das gibt es schon vielerorts -, in denen Unternehmer sich mit den Schülern in den Schulen darüber austauschen, was es überhaupt heißt, ein eigenes Unternehmen aufzubauen und zu führen, Menschen zu beschäftigen.

Daran schließt sich unser Vorschlag an, die Rahmenbedingungen für wissens- und technologiebasierte **Ausgründungen aus unseren Hochschulen**

zu verbessern. Ich weiß, dass es bereits große Bemühungen an unseren Hochschulen gibt, aber ein Mehr an Unterstützung und Interesse an dieser Stelle würde den Hochschulen gewiss bei dieser Aufgabe helfen. Aber auch andere Bereiche, insbesondere die steuer- und finanzpolitischen Regelungen für Gründerinnen und Gründer sind verbesserungsbedürftig. So sind eine Verkürzung der Aufbewahrungspflichten und die Abschaffung der monatlichen Umsatzsteuervoranmeldungspflicht für Existenzgründer machbare Beispiele für erhebliche Erleichterungen in diesem Bereich.

Es sind aber auch die Finanzierungsbedingungen, die wir für dringend verbesserungswürdig erachten. Aktuelle Umfragen unter Experten ist zu entnehmen, dass die **Verfügbarkeit von Eigenkapital** in Deutschland lediglich als durchschnittlich im internationalen Vergleich zu beurteilen ist. Gerade technologieintensive Gründungen, die einen größeren Kapitalbedarf haben als sozusagen normale Gründungen, sind neben Krediten von Banken auf Wagniskapitalgeber angewiesen, da es ihnen natürlich an Sicherheiten fehlt und eben viel Geld benötigt wird. Die befragten Experten attestieren Deutschland bei letztgenannter Finanzierungsform, insbesondere bei der Bereitstellung von Venturecapital durch Business Angels sowie beim **Zugang zu Börsenkapital** erhebliche Schwächen. Deshalb fordern wir ein entsprechendes Gesetz.

Herr Wirtschaftsminister, der von Ihnen so hoch angesehene Bundeswirtschaftsminister hat dieses Thema auch für sich entdeckt, auch gerade das Thema Finanzierung. Ich freue mich, dass er die Initiativen seines Amtsvorgängers da auch aufnimmt, der deutlich besser davor war. Insofern freue ich mich, dass jetzt auch dort bei Herrn Gabriel etwas passiert.

(Beifall FDP)

Meine Damen und Herren, den Änderungsantrag habe ich zur Kenntnis genommen. Ich habe nicht ganz erkannt, was daran jetzt besser sein soll.

(Beifall FDP)

Aber ich würde vorschlagen, dass wir die beiden Vorlagen im Wirtschaftsausschuss weiterberaten, eine Anhörung machen und dann versuchen, auf diesem Wege Schleswig-Holstein zum Gründerland Nummer eins zu machen. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Johannes Callsen das Wort.

**Johannes Callsen [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Tat, ohne **Unternehmensgründungen** werden wir kein Wachstum in Schleswig-Holstein haben. Sieht man sich die Zahlen an, muss man feststellen, dass wir im Jahr 2011 noch 4.500 Gewerbeanmeldungen mehr hatten als Abmeldungen; im Jahre 2014 waren es nur noch knapp 1.000. Der jüngste Gründungsmonitor der Kreditanstalt für Wiederaufbau - wenn man die Zahlen sieht - muss doch, Herr Meyer, für jeden Wirtschaftsminister ein echtes Alarm-signal sein. Er weist deutlich aus, dass in der Regierungszeit von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW Schleswig-Holstein bei der Gründungsquote bundesweit vom vierten Platz unter CDU-Regierung auf Platz zehn abgerutscht ist. Deutlicher können Unternehmer und Existenzgründer doch überhaupt nicht zeigen, dass sie kein Vertrauen in die Wirtschaftspolitik dieser Landesregierung haben.

(Beifall CDU)

Die rot-grün-blaue Landesregierung ist für die Wirtschaft wirklich eine einzige Wachstumsbremse, und das ist das Grundproblem Ihrer Politik.

Meine Damen und Herren, die Gründer von heute sind der Mittelstand von morgen. Wir brauchen Gründer, die Lust haben, sich neuen Geschäftsfeldern zuzuwenden, die das nicht mit Frust tun, weil sie die Bürokratie der Landesregierung daran hindert, kreativ zu sein. Ich erinnere gern daran, dass es die Handwerkskammern und die Industrie- und Handelskammern im Lande sind, die Existenzgründern mit einem breiten Beratungsangebot helfen. Aber über **gute Beratung** junger Unternehmer hinaus geht es eben auch um richtige Rahmenbedingungen für die jungen Betriebe. Hier sind Politik und Verwaltung immer wieder neu gefordert. Dazu gehört auch - das hat Herr Kollege Vogt richtigerweise angesprochen - ein Mentalitätswechsel in Schleswig-Holstein. Dazu gehören gute **Startbedingungen** und wirklich das Bekenntnis: Wir wollen junge Unternehmer, auch wenn sie am Ende das Risiko eingehen, einmal zu scheitern.

Wir müssen die **Finanzierungsbedingungen** laufend weiter verbessern, und zwar in allen Phasen einer Gründung, um immer wieder auf neue Trends in der wirtschaftlichen Entwicklung vorbereitet zu

sein und reagieren zu können, insbesondere in der sehr wichtigen Wachstumsphase. Der Bundestag muss dazu das im Koalitionsvertrag beschlossene Venturecapital-Gesetz zügig vorlegen. Das sind einige Facetten der Handlungsbedarfe. Aber wir brauchen am Ende - das halte ich für ausgesprochen wichtig - einen **Abbau bürokratischer Hürden**. Der Geist, mit dem sich junge Gründer in ihre neuen Geschäftsideen und Vorhaben stürzen, sollte wirklich inspirierend für uns alle sein. Tatendrang, Agilität, Zielstrebigkeit und Optimismus - das sind die Faktoren, mit denen sie ans Werk gehen. Von diesem Machertemperament könnten Politik und öffentliche Behörden noch ein gutes Stück mehr vertragen.

Das heißt unterm Strich weniger dogmatisches Bürokratismus, weniger ideologische Politik in Schleswig-Holstein, mehr Verständnis und Flexibilität für wirtschaftliche Abläufe.

(Beifall CDU)

Aufgabe von Verwaltung darf es nicht sein, nur die ablehnenden Faktoren zu sehen, sondern Aufgabe von Verwaltung und Politik muss es immer sein, nach Lösungen zu suchen, um Existenzgründungen und Betriebsübernahmen zu ermöglichen.

Meine Damen und Herren, auch die Landesregierung kann im Bereich der Vernetzung zwischen **Start-ups** und Unternehmen sowie den Hochschulen und anderen Forschungseinrichtungen in Schleswig-Holstein noch eine Menge tun. Das ist das Stichwort **Technologietransfer** in diesem Land - Herr Kollege Vogt hat es richtigerweise angesprochen -, weil wir auch **Innovationen** in Schleswig-Holstein brauchen. Aber solange diese Landesregierung den Hochschulen eine angemessene Grundfinanzierung verweigert, werden diese Hochschulen auch nicht in der Lage sein, neue Akzente im Technologietransfer zu setzen. Das ist das Problem.

(Beifall CDU - Zuruf Beate Raudies [SPD])

- Genau das ist das Problem, Frau Kollegin.

Meine Damen und Herren, Sie wissen, ich komme selbst aus einer strukturschwachen Region. Deswegen ist es mir ein Herzensanliegen, dass Unternehmensgründungen auch als Chance für den ländlichen Raum gesehen werden. Gerade vor dem **Hintergrund des demografischen Wandels** können neue Unternehmen, neue Betriebe effektiv der Entvölkerung und der Überalterung ländlicher Räume entgegenwirken. Doch auch dazu braucht es mehr Anstrengung. Dazu braucht es ein klares Bekenntnis seitens der Landesplanung, dass wirtschaftliche

(Johannes Callsen)

Entwicklung im ländlichen Raum gewünscht ist. Dazu braucht es eben auch mehr Anstrengungen beim **Breitbandausbau**.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt eine Vielzahl von Vorschlägen, über die wir auch mit den Wirtschaftsverbänden und mit den Kammern reden sollten, damit das Gründerland Schleswig-Holstein noch besser wird. Deswegen schließe ich mich gern dem Vorschlag der FDP an und beantrage Überweisung beider Anträge an den Wirtschaftsausschuss. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Abgeordnete Olaf Schulze das Wort.

**Olaf Schulze [SPD]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Existenzgründungen sind wichtig für die schleswig-holsteinische Wirtschaft, und wir alle wollen ein günstiges Gründerklima. Aber entscheidend ist nicht die Gründung, sondern der nachhaltige Erfolg eines jungen Unternehmens. Deshalb sind eine zielorientierte Beratung vor der Gründung und eine unterstützende Begleitung in der Folge das A und O.

Hier hat Schleswig-Holstein - auch im Bundesvergleich - viel erreicht. Unsere vielfältigen **Wirtschaftsförderinstrumente** kommen immer wieder auf den Prüfstand, zum Beispiel die Förderlotsen der Investitionsbank, die sich gerade auch um einen wichtigen Bereich der **Gründerinnenberatung** kümmern. Auch hier - das kam mir ein bisschen zu kurz bei Ihnen - ist es wichtig, dass wir gerade Frauen immer wieder motivieren, in den Gründerbereich hineinzugehen.

(Beifall SPD)

Die Kammern, Handwerkskammern oder zum Beispiel die IHK mit ihren IHK-Mentoren, sind die ersten Ansprechpartner für Existenzgründer. Aber auch die WTSH und die Bürgerschaftsbank Schleswig-Holstein stehen mit Rat und Tat zur Seite. Die einheitlichen Ansprechpartner Schleswig-Holsteins bieten heute schon die Möglichkeit, Anliegen bei einer Stelle abzuwickeln. Auch hier ist das Land vorbildlich.

Lieber Herr Kollege Vogt, Ihr Antrag ist zunächst einmal ein Sammelsurium aus tatsächlichem oder vermeintlichem Bürokratieabbau und aus bildungspolitischen Forderungen. Einige Punkte hatten wir

schon in der letzten Landtagstagung, und nun haben Sie noch einige Punkte aus der Steuer- und Finanzpolitik, also aus der Verantwortung des Bundes, hinzugefügt,

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

sodass Sie uns acht Punkte mit elf Unterpunkten vorgelegt haben. Das ist ein Zettelkasten, aber leider noch kein Konzept. Zum Beispiel befinden sich die Fachanforderungen für das Fach Wirtschaft und Politik gerade in der Anhörung. Ich habe nicht den Eindruck, dass die von Ihnen geforderten Inhalte zu kurz kämen. Die Kritik geht eher in die andere Richtung, nämlich dass hier ein bisschen zu viel von Profit und Effizienz die Rede ist. Aber das wird nicht im Wirtschaftsausschuss verhandelt.

Trotz der Skepsis gegenüber Ihrem Papier sollten wir den Antrag in den Ausschuss überweisen, so, wie Sie es gefordert haben. Wir nehmen auch gern den CDU-Antrag mit in den Ausschuss und können uns gut vorstellen, dazu eine Anhörung zu machen. Dann können wir die einzelnen Punkte wie Betriebsübernahmen und anderes dort gern in Ruhe Punkt für Punkt diskutieren. Ich hoffe, dass wir dann auch sehen, wie wir ein gemeinsames Konzept für Schleswig-Holstein voranbringen können. - Vielen Dank.

(Beifall SPD)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unsere Wirtschaft steht in der Tat vor völlig neuen Herausforderungen, Stichworte Digitalisierung und Vernetzung. Die Entwicklung von Sharing Economy bis hin zu dezentralen Energiewendeprojekten bietet Chancen für eine ganz **neue Art des Wirtschaftens** in Schleswig-Holstein. Man könnte sagen, wir befinden uns quasi in einer neuen Gründer- und Gründerinnenzeit. Schleswig-Holstein ist führend bei den erneuerbaren Energien und übrigens auch bei den Ausgründungen aus den Hochschulen.

Sie, lieber Herr Kollege Vogt, tun mit dem Antrag ein bisschen so, als hätte kein Mensch in Schleswig-Holstein je darüber nachgedacht, wie man Unternehmensgründungen fördern kann. Dem ist ja nicht so.

(Dr. Andreas Tietze)

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich habe mich auch gefragt, wie dieser Realitätsverlust zustande kommt, denn es wird tatsächlich gute Arbeit in Schleswig-Holstein geleistet. Ich erinnere an die Investitionsbank, die Bürgschaftsbank, die Gründerzentren, die Hochschulen, die Industrie- und Handelskammern. Aber auch die Förderlotsen leisten hier eine sehr gute Arbeit, und das sollte man auch einmal anerkennen.

Aber es stimmt, Sie haben recht. Die absolute Zahl der Unternehmensgründungen in Schleswig-Holstein ist von 18.000 auf 9.000 um die Hälfte zurückgegangen. Hier müssen wir genau analysieren, woran es liegt.

Erstens. Ich habe in meiner Analyse festgestellt, es ist kein spezielles schleswig-holsteinisches Problem, sondern es ist ein bundesweiter Trend. Wenn man jetzt die Zahlen aller Unternehmensgründungen vergleicht, steht Schleswig-Holstein dann wiederum nicht so schlecht da. Acht Flächenländer und das Saarland liegen unterhalb von Schleswig-Holstein, und nur drei Flächenländer - Bayern, Hessen, NRW - sowie drei Stadtstaaten liegen darüber.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist aber nur eine Zahl!)

Schleswig-Holstein hat also eine grundsätzliche Tendenz. Das ist jetzt nicht spektakulär, aber Sie haben diesen Antrag ja auch in anderen Landtagen gestellt.

In der Tat ist es bedauerlich, dass die Unternehmensgründungen zurückgehen, und auch wir sagen: Zum Gründen gehören immer noch Mut, Tatkraft, Risikobereitschaft und Enthusiasmus. Aber wenn wir Ihren Antrag genauer anschauen, so vertritt er die Perspektive - Herr Callsen hat das bestätigt -: Schuld ist die Bürokratie. Sie hätten hinzufügen können: Schuld sind die Sozis und die Grünen, weil wir zu viel Bürokratie produzieren,

(Beifall CDU und FDP)

und am Ende hätten wir wieder eine Mindestlohn-debatte.

Bei Ihrer Maxime - alten Wein in neue Schläuche, Privat vor Staat - höre ich wieder die Flöhe husten. Ihr Magenta ist doch noch ein bisschen gelb. Am Ende erwarten wir dann noch Ihre Forderung nach Steuersenkungen.

Ich stelle fest: Sie liegen mit Ihrem Sammelsurium falsch.

(Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Sie können die Unternehmensgründungen in Schleswig-Holstein nicht schlechtreden. Fest steht, dass die Beratungsgespräche und die Unternehmensgründungen zurückgegangen sind, aber wenn Sie sich mit den Zahlen dahinter beschäftigt hätten, dann wüssten Sie, dass die Zahl der Insolvenzen ebenfalls zurückgegangen ist. Es gibt also bei den **Gründungen** mehr **Qualität** als Quantität. Das ist zumindest die Realität in Schleswig-Holstein. Und wenn Sie sich anschauen, welche Unternehmen gegründet werden, so sind es jene mit soliden Ideen, nämlich mit grünen Ideen, mit Ideen aus der Energiewendeproduktion. Mit grünen Ideen kann man also in Schleswig-Holstein schwarze Zahlen schreiben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte mir erlauben, Ihnen zu empfehlen, sich noch einmal anzuschauen, wie wir bei den Hochschulen dastehen. In Schleswig-Holstein haben wir 8,5 Gründungen je 1.000 Studierende. Das sind 5,9 mehr als im Länderdurchschnitt. Wenn wir auch hier wieder genau schauen, was gegründet wird, aus welchen Bereichen **Gründungen** vorgenommen werden, so sind es die **Medizintechnik** und auch dort wieder die **erneuerbaren Energien**. In Kiel gibt es auch das Social Entrepreneurship, eine spannende Unternehmung bezüglich neuer sozialer Innovationen. Auch das ist ein Erfolgsmodell in Schleswig-Holstein.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, wir sind im Kern bei Ihnen: Wir müssen Gründungshemmnisse abbauen. Das, was Sie vorschlagen, müssen wir uns genau anschauen. Auch wir wollen Bürokratielasten und komplizierte Verfahren für Gründerinnen und Gründer reduzieren. Ob es dann dieses eine Jahr rechtsfreien Raum gibt? Wie wollen Sie das zum Beispiel im GmbH-Recht machen? Das müssen Sie im Ausschuss erklären. Mir hat sich das nicht erschlossen.

Viel wichtiger finde ich, dass wir beim Zugang zu Kapital durch die Förderung von Venturecapital und Mikrokrediten helfen. Hierbei ist interessant, dass der **Kapitalbedarf** der meisten Gründungen unter 25.000 € liegt. Auch brauchen wir - da gebe ich Ihnen auch recht - eine neue Kultur der Selbstständigkeit und ein besseres gesellschaftliches Investitionsklima. Dazu ist es für uns wichtig, dass wir auch sozial-ökologische Gründungsaktivitäten, genossenschaftliche und selbstverwaltete Betriebe in den Blick nehmen. In diesem Bereich sind gerade junge Gründerinnen und Gründer unterwegs, die eine andere Form des Wirtschaftens im Kopf haben. Da gibt es spannende Ideen vom Carsharing über

(Dr. Andreas Tietze)

das Urban Gardening bis hin zu Stadtbienen, die für Kiel produzieren. Diese Gründungsideen sollten wir aus der sozialen Ökonomie heraus ausdrücklich unterstützen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, selbstverständlich müssen wir auch die **Förderrichtlinien** überarbeiten. Wir müssen vielleicht auch einmal darüber nachdenken, Stipendien für Gründer im Ausland zu schaffen, damit sie dort lernen und vielleicht neue Anregungen bekommen. Wenn Sie die Förderinstrumente, das Förderregime auf diese neuen Innovationen ausrichten wollen, bin ich auch sofort bei Ihnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch das Scheitern gehört dazu. Wir vertrauen darauf, dass man aus Fehlern lernt, dann wieder aufsteht und weitermacht. Man muss auch scheitern dürfen. Scheitern ist ein wichtiger Baustein.

Zum Schluss - -

**Präsident Klaus Schlie:**

Ja, kommen Sie bitte zum Schluss!

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Ein FDP-Frühling macht noch keinen Sommer. Seien Sie sicher, dass wir Ihren Antrag durch gute grüne Ideen, durch unsere Koalitionsideen ergänzen, vielleicht sogar ersetzen werden. Auf jeden Fall nehmen wir mit Ihnen gern den Wettbewerb um die Gründungsinitiative in Schleswig-Holstein auf. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer das Wort.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Gründungen haben für unsere Volkswirtschaft ohne Frage eine große Bedeutung. Erstens geht um die **Schaffung von Arbeitsplätzen**; denn die Gründung einer selbstständigen Existenz ersetzt oder ergänzt die abhängige Beschäftigung. Durch jede neue Unternehmensgründung wird der Arbeitsmarkt entlastet. Durch

Neugründer wurden allein im Jahr 2013 bundesweit rund 419.000 vollzeitäquivalente Stellen geschaffen. Das ist gegenüber dem Jahr 2012 ein Plus von 9 %. Vorhandenes Know-how wird so produktiv genutzt und das Humankapital erhalten.

Zweitens geht es um die **Förderung von Wettbewerb und Strukturwandel**. Ein neues Unternehmen kann die bestehenden Unternehmen mit neuen Produkten und Verfahren herausfordern und damit auch den Wettbewerb antreiben. Gründungen sind also insofern Motor des wirtschaftlichen Strukturwandels.

Drittens geht es um **Innovationen**. Denn Gründerinnen und Gründer verwirklichen oft innovative Ideen. Sie sind für Fortschritt, Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit entscheidend. Innovative Gründungen schaffen zahlreiche und nachhaltige Arbeitsplätze. Deswegen ist es auch interessant, dass 23 % der Gründerinnen und Gründer mit einer Neuheit auf den regionalen deutschen oder auf den weltweiten Markt kommen.

Viertens geht es um die Förderung von Freiheit und Stabilität in unserer Gesellschaft. Selbstständige Unternehmer tragen zur Stabilität der demokratischen Gesellschaftsordnung bei, wirtschaftliche Verantwortung wird auf viele Schultern verteilt, Machtkonzentration wird verhindert, und unternehmerische Freiheit wird gefördert.

Wie sieht es nun in Deutschland in Sachen **Unternehmensgründung** aus? Dazu müssen wir uns anschauen, wo wir im internationalen Vergleich stehen. Dazu haben wir den Ease-of-doing-Business-Index der Weltbank herangezogen. Dieser stuft die **regulatorischen Rahmenbedingungen der Volkswirtschaften** der Welt danach ein, wie förderlich sie für die Gründung und Führung eines Unternehmens sind. Einer der zehn Unterindizes dieses Index ist der der Einfachheit einer Unternehmensgründung. Wenn man sich anschaut, wo Deutschland in diesem Ranking steht, kann man wirklich nur von einem Armutszeugnis sprechen.

(Beifall PIRATEN und FDP)

Während unser Platz im Gesamtranking noch akzeptabel ist - Platz 14 von 189 -, ist unsere Platzierung im Teilbereich „Starting a Business“, also im Bereich der Unternehmensgründungen, für den Wirtschaftsstandort Deutschland einfach nur peinlich. Hier landen wir auf Platz 114 von 189. Das ist natürlich eine Katastrophe.

(Dr. Patrick Breyer)

(Beifall PIRATEN und FDP - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist ein gesunder mittlerer Platz!)

- Das ist ein ungesunder hinterer Platz, Herr Dr. Stegner. - Im Vergleich zum OECD-Durchschnitt bedarf es in Deutschland zur Unternehmensgründung doppelt so vieler Interaktionen mit Externen wie Behörden, Rechtsberatern und Notaren. Das heißt, bei uns dauert es länger und kostet es mehr, ein Unternehmen zu gründen. Vor diesem Hintergrund ist der Grundgedanke der FDP, Unternehmensgründungen zu erleichtern, aus unserer Sicht zunächst einmal zu befürworten.

Was die Forderungen im Einzelnen anbelangt, so glaube ich auch, dass eine Beratung im Ausschuss sinnvoll ist. Denn wir müssen uns anschauen, inwieweit diese konkretisiert und inwieweit sie praktikabel sind.

Die Forderungen im Bereich Bildung sind durchaus interessant. Stichwort: Vernetzung mit der Schule. Deswegen beantrage ich, diesen Antrag nicht nur dem Wirtschaftsausschuss, sondern mitberatend auch dem Bildungsausschuss zu überweisen. Denn das ist ein ganz wichtiges Thema.

(Beifall PIRATEN, FDP und SSW)

Sie fordern, ein One-Stop-Konzept für Unternehmensgründer umzusetzen. Dies ist eine interessante Idee. Es wäre effizient, die Zusammenlegung verschiedener Aufgaben und Ämter voranzutreiben, und dies insbesondere für Gründer, die mit den deutschen Verwaltungsgegebenheiten - Gewerbeaufsichtsamt, Finanzamt, Handwerkskammer und so weiter - nicht vertraut sind. Es wäre gut, wenn diese Aufgaben für Gründer bei einer Stelle angesiedelt werden könnten.

Was andere Ideen, zum Beispiel die Anhebung der Grenzen bei **Buchführungspflichten**, angeht, so sind diese hingegen tendenziell kritisch zu beurteilen. Es ist zu fragen, ob wir das brauchen. Hier liegen die Grenzen schon so hoch, dass kaum ein Gründer sie jemals sprengen wird. Auch zur Verkürzung der steuerlichen Aufbewahrungsfristen und zur Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge haben wir in diesem Landtag schon Stellung bezogen und aufgezeigt, was die Probleme daran sind.

Mit dem Antrag der CDU konnten wir uns, ehrlich gesagt, in der Kürze der Zeit nicht mehr im Einzelnen auseinandersetzen. Ich schlage vor, die beiden Anträge an den Wirtschaftsausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss zu überweisen und auch eine Anhörung zu der Frage durchzuführen,

inwiefern die einzelnen Vorschläge praktikabel und umsetzbar sind. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Herr Abgeordneter Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wenn wir uns das Bruttoinlandsprodukt Schleswig-Holsteins der letzten Jahre ansehen, stellen wir fest, dass wir mit dem Jahr 2012 ein Rekordjahr zu verzeichnen hatten. Im Jahr 2013 gab es eine kleine Schwächephase, die aber überwunden ist. So ist das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2014 um 1,7 % angestiegen, und wir liegen damit um circa 0,1 Prozentpunkte über dem Bundesdurchschnitt.

Insgesamt rangiert Schleswig-Holstein im Bundesländervergleich auf Platz 5, hinter Baden-Württemberg, Berlin, Sachsen und Bayern. Auch im mittelfristigen Vergleich steht Schleswig-Holstein gut da. Seit 2010 stieg das Bruttoinlandsprodukt um 6,7 %. Der Bundesdurchschnitt lag demgegenüber nur bei 5,8 %.

Das generelle **Konjunkturwachstum** spiegelt sich natürlich auch in der Ansiedlung neuer Unternehmen im Land wider. Dies belegen zuletzt auch die Zahlen für 2014, die von Minister Meyer und Dr. Bernd Bösche von der WTSH in diesem Jahr bekannt gegeben wurden. Daraus geht hervor: Schleswig-Holstein stand auch im letzten Jahr durchaus stabil da. So lag die Anzahl der Unternehmensgründungen im letzten Jahr bei 147. Zwar ist dies im Vergleich zum Vorjahr ein Rückgang um zehn, aber es ist noch kein Einbruch, sodass wir durchaus von Stabilität sprechen können.

(Beifall SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder Bemerkung des Herrn Abgeordneten Callsen?

**Flemming Meyer [SSW]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Johannes Callsen** [CDU]: Herr Kollege Meyer, ich würde Sie gern darauf hinweisen: Wenn Sie diese Zahlen zitieren, dann sprechen Sie, so glaube ich, nicht von Unternehmensneugründungen, sondern von der Ansiedlungsbilanz neuer Betriebe in Schleswig-Holstein, die die WTSH hier vorgestellt hat. Die Zahlen sind insofern erstens nicht vergleichbar. Zweitens ein Hinweis: Wir hatten 147 Betriebe im vergangenen Jahr, die sich hier in Schleswig-Holstein neu angesiedelt haben. Ich will nur darauf hinweisen: Im Jahr 2012 waren es noch fast 200. Das ist ein deutlicher Einbruch. - Danke.

**Flemming Meyer** [SSW]:

Ich meine immer noch, was ich gesagt habe: Es gab einen Rückgang um zehn Gründungen, das ist für mich noch kein großer Einbruch.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie jetzt noch eine weitere Zwischenfrage oder eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Matthiessen?

**Flemming Meyer** [SSW]:

Ja.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das ist völlig richtig, Herr Meyer. Wenn wir diesen Wert auf die Einwohnerzahl herunterbrechen, dann liegen wir in Schleswig-Holstein in einem sehr guten Mittelfeld. Bei den Neugründungen pro Einwohner ist kein statistisch relevanter Einbruch oder etwas Ähnliches zu verzeichnen.

- Das war keine Frage? - Okay. - Ich denke, wir haben in Schleswig-Holstein gut vernetzte Strukturen, um bei uns im Land Unternehmen anzusiedeln. Es gibt die WTSH, die regionalen **Wirtschaftsförderer** und die Kammern, um nur einige zu nennen. Sie tragen maßgeblich zum Gelingen bei. Damit kann sich Schleswig-Holstein im Wettbewerb mit anderen Standorten durchaus behaupten. Aber ein erfolgreiches System muss sich immer wieder selbst fragen, ob es noch Potenzial für Verbesserungen gibt. So habe ich auch den Antrag der FDP verstanden. Gleichwohl möchte ich hier auf einige Punkte eingehen, die ich sehr kritisch sehe.

(Christopher Vogt [FDP]: Was?)

- Ja, ja. Das fängt gleich mit dem ersten Punkt an. Dort wird im Antrag gefordert, ein bürokratiefreies Jahr für Unternehmensgründer anzustreben, sodass die Anmeldung des Gewerbescheins in der Gründerphase ausreichend sein kann. Aus Sicht des SSW geht das gar nicht. Auch Unternehmensgründer müssen sich an Vorgaben halten und sie erfüllen. Hier können wir keine Unterschiede machen, denn wir sind doch nicht in „Putin-Land“.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zum zweiten Punkt möchte ich sagen, dass es durchaus richtig ist, jungen Leuten so früh wie möglich einen **Einblick in gesellschaftspolitische Zusammenhänge** zu geben, denn **politische Bildung** und das Wissen über gesellschaftliche Zusammenhänge können gar nicht hoch genug bewertet werden. Hierzu gehören eindeutig auch Themen mit Wirtschaftsbezug. Aber es geht hierbei dann auch um die Frage, wie dies sinnvoll gestaltet wird. Dies geht aus dem Antrag nicht hervor.

Generell muss aber gelten, dass wir unsere Schülerinnen und Schüler zur Selbstständigkeit erziehen und dass wir sie befähigen, sich selbst Wissen anzueignen. Dies zeigen gerade die Erfahrungen aus Dänemark. Diese werden dort immer wieder von der dänischen Wirtschaft hervorgehoben. Nur so sind die Schülerinnen und Schüler in ihrem späteren Leben in der Lage, Entscheidungen zu treffen, um ihren beruflichen Werdegang selbstständig zu bestimmen. Dazu kann dann auch Unternehmertum gehören, aber einfach zu fordern, Unternehmertum und Selbstständigkeit in den entsprechenden Fächern zu verstärken, ist meines Erachtens zu einseitig.

Die **Kooperationsmöglichkeiten von Schule und Unternehmen** vor Ort zu verbessern, ist durchaus sinnvoll. Mir sind zwar keine konkreten Hemmnisse bekannt, doch es ist klar, dass dies eine Aufgabe ist, der sich beide Seiten annehmen müssen.

Sämtliche Wirtschaftsinstrumente des Landes auf ihre **Gründerfreundlichkeit** zu überprüfen, klingt auch durchweg sinnvoll, aber auch hier ist die Frage: Welche Hemmnisse sind bekannt? Wo klemmt die Säge? Denn eines müssen wir bei aller Liebe für Unternehmensgründer im Auge haben: Nicht jedes Konzept ist tauglich für den Markt.

Die Punkte sieben und acht lesen sich wie ein Wunschkatalog zur **Steuervereinfachung** für die gesamte Wirtschaft, denn hier es geht weit über die

(Flemming Meyer)

Unternehmensgründung hinaus. Ich denke, die Zeit, um auf alle Fragen einzugehen, ist hier nicht gegeben. Auch ich empfehle, dass wir Ihren Antrag und den Antrag der CDU in die Ausschüsse überweisen und uns dort inhaltlich damit auseinandersetzen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. Jetzt hat die Landesregierung das Wort. Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie, Herrn Reinhard Meyer, das Wort.

**Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Technologie:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich habe natürlich eine Statistik wie diese, die hier schon häufig genannt worden ist, die besagt, dass Schleswig-Holstein bei der Gründungsintensität auf Platz 3 der Flächenländer liegt. Wir können uns hier gegenseitig die Statistiken entgegenhalten, aber das wird nichts daran ändern, dass wir eine Diskussion über das **Gründerklima** hier in Schleswig-Holstein führen wollen und darüber, wie wir das verbessern können und was wir bereits erreicht haben.

Ich glaube, Existenzgründungen sind das Salz in der Suppe der Wirtschaftspolitik. Ohne Existenzgründungen wird sich unsere Wirtschaft nicht weiterentwickeln. Wir müssen uns natürlich die Fragen stellen, wie wir gemeinsam dafür Werbung machen können, wie wir Menschen dafür motivieren können, den Schritt in die Selbstständigkeit zu wagen, und wie wir insbesondere Frauen dazu motivieren können, dies zu tun. Das ist unsere gemeinsame Aufgabe.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zur Wahrheit gehört natürlich auch, wenn man all diese Statistiken zitiert, dass die **Zahl der Gründungen in Deutschland** insgesamt zurückgeht, weil wir schlicht einen demografischen Wandel haben, der dazu führt, dass wir alle zusammen älter werden und dass diejenigen, die den Mut haben, als junge Menschen ein Unternehmen zu gründen, einfach nicht mehr so zahlreich sind.

Schauen wir doch einmal, was wir heute schon in der **Gründungslandschaft Schleswig-Holstein** ha-

ben: Es gibt ein Starthilfedarlehn der Investitionsbank. Es gibt ein Mikrokreditprogramm für kleinere Existenzgründungsvorhaben, das übrigens sehr erfolgreich ist. Es gibt einen Seed- und Start-up-Fonds für Beteiligungskapital und Ausgründungen an Hochschulen. Es gibt ein Gründerstipendium, das wir planen und einführen wollen.

Wir haben Existenzgründungen aus der Arbeitslosigkeit und ein entsprechendes ESFF-Programm. Wir haben bei Gewerbeanmeldungen und anderen Anliegen heute schon in Schleswig-Holstein einheitliche Ansprechpartner, bei denen dies gebündelt abgewickelt wird; wenn gewünscht, übrigens auch komplett digital. Wir haben die Förderlotsen der Investitionsbank Schleswig-Holstein. Sie beraten Gründungswillige in Sachen Förderprogramme. Das ist auch eine Art One-Stop-Shop. Wir haben bei der Investitionsbank Schleswig-Holstein ein spezifisches Beratungsangebot für Existenzgründerinnen. Wir haben die Beratungsstelle von FRAU & BERUF, wir haben die Cluster-Managements, die gerade auf Existenzgründungen zum Beispiel im Bereich der Life-Sciences oder der IT-Wirtschaft achten, und wir haben selbstverständlich die Kammern, die in diesem System aktiv helfen.

Und wir haben Technologietransfer, der natürlich an den Hochschulen stattfindet. Auch ich könnte mir vorstellen, dass wir mehr davon bekommen, aber ich will nur daran erinnern: Ein herausragendes Beispiel ist die Universität Lübeck, die in Kooperation mit der Fachhochschule dort im Technikzentrum der dortigen IHK mit dem Prädikat **EXIST-Gründerhochschule** vom Bundeswirtschaftsministerium ausgezeichnet wurde. - Das ist übrigens eine Hochschule in Lübeck, die Sie abschaffen wollten. Ich sage dies, weil Sie dies erwähnt haben, Herr Callsen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wie dem auch sei, wir haben andere Aktionen, die ganz wichtig sind, aber wir können noch mehr tun. Wir können frühzeitig in den Schulen über die Chancen von Existenzgründungen, über Unternehmertum und so weiter beraten. Wir können dies durch Wettbewerbe, die geschaffen worden sind, tun. Wir haben heute den Fakt, dass das Thema Unternehmertum schon vielfach in den Schulen stattfindet. Die neuen Fachanforderungen für das Fach Wirtschaft und Politik, die zum Schuljahresbeginn 2015/2016 in Kraft treten werden, berücksichtigen die Themen Selbstständigkeit und Unternehmertum für alle Schularten und Bildungsgänge. Auch hier

**(Minister Reinhard Meyer)**

tut sich etwas, und gerade Projekte mit Schülerfirmen helfen, das Ganze praktisch zu unterlegen.

Ich könnte die Aufzählung fortführen, aber ich will auch ganz deutlich sagen: Es gibt noch etwas zu tun. Die **Zielgruppe der Migrantinnen und Migranten** ist genannt worden. Da geht es um Anerkennungsverfahren, da geht es um Beratungsverfahren. Darüber sollten wir diskutieren. Wir sollten auch über das Thema **Unternehmensnachfolge** als eine Art von Existenzgründung diskutieren, weil es für denjenigen, der neuer Unternehmer oder Unternehmerin wird, ganz einfach ist, in ein bestehendes Geschäft einzusteigen, wo schon entsprechende Kundenstrukturen vorhanden sind.

Meine Damen und Herren von der FDP, Ihre Forderungen zum Steuerrecht sind zum größten Teil alte Hüte. Aber auch über das Thema Wagniskapital und Venturecapital sollten wir reden. Das ist wichtig, das haben wir auch heute auf der Wirtschaftsministerkonferenz in Hamburg getan. Es kann nicht sein, dass in einem Staat wie Israel zehnmal so viel **Wagniskapital** pro Kopf aktiviert wird wie in Deutschland. Es kann nicht sein, dass in den USA oder Kanada dreimal so viel Wagniskapital pro Kopf aktiviert wird wie in Deutschland. Das ist eine Achillesferse. Die Bundesregierung hat hier entsprechende Gesetzentwürfe angekündigt. Wir begrüßen das, werden aber auch das kritisch verfolgen, weil wir mehr brauchen.

Letzte Bemerkung: Wir alle müssen dafür werben, dass wir eine **Kultur der zweiten Chance** in Deutschland brauchen. Wenn Sie in Deutschland zum Beispiel zum Unterschied zur US-amerikanischen Kultur mit einer guten Idee, die immer irgendwie scheitern kann, ob kaufmännisch oder technisch, in Insolvenz gehen, haben Sie im System Deutschland kaum noch die Chance, wieder neu zu

starten. Auch das muss sich ändern. Darüber müssen wir gemeinsam diskutieren, weil sich viele der Projekte lohnen und wir dadurch die Gründungslandschaft auch in Schleswig-Holstein beflügeln können, die gut ist.

Ich freue mich auf die Diskussion in den Ausschüssen. Denn was gut ist, kann man noch besser machen. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Alle Fraktionen und die Landesregierung haben sich gewünscht, dass die Anträge Drucksachen 18/3085 und 18/3117 dem Wirtschaftsausschuss und - wenn es nach den PIRATEN geht - auch dem Bildungsausschuss überwiesen werden. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltung? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir sind auf der Ziellinie. Ich wünsche Ihnen bei den Beratungen, bei den Parlamentarischen Abenden in Rendsburg und Kiel sowie bei Ihren sonstigen dienstlichen und privaten Vorhaben gute Gespräche und Ihnen, Frau Waldinger-Thiering, weiter eine schöne Geburtstagsfeier. Schönen Abend noch! Wir sehen uns morgen um 10 Uhr wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:53 Uhr**

## Anlage

## Namentliche Abstimmung

91. Sitzung am 18. Juni 2015

**Beendigung der verfassungswidrigen Diskriminierung eingetragener Lebenspartnerschaften, Ehe für alle - Gleichstellung jetzt!**

Antrag der Fraktionen von FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und der Abgeordneten des SSW

Drucksache 18/3076 (neu)

(Seite 7690 des Plenarprotokolls)

Name	Abstimmung	Name	Abstimmung
<b>CDU</b>		Jürgen Weber	Ja
Hans-Jörn Arp	Enthaltung	Lars Winter	Ja
Dr. Axel Bernstein	Enthaltung		
Johannes Callsen	Enthaltung	<b>BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN</b>	
Astrid Damerow	Enthaltung	Rasmus Andresen	Ja
Volker Dornquast	Enthaltung	Dr. Marret Bohn	Ja
Heike Franzen	Enthaltung	Anke Erdmann	Ja
Hauke Göttsch	Enthaltung	Marlies Fritzen	Ja
Daniel Günther	Enthaltung	Eka von Kalben	Ja
Hartmut Hamerich	Enthaltung	Detlef Matthiessen	Ja
Karsten Jasper	Enthaltung	Burkhard Peters	Ja
Klaus Jensen	Enthaltung	Ines Strehlau	Ja
Tobias Koch	Enthaltung	Dr. Andreas Tietze	Ja
Peter Lehnert	Enthaltung	Bernd Voß	Ja
Jens-Christian Magnussen	Enthaltung		
Hans Hinrich Neve	Enthaltung	<b>FDP</b>	
Petra Nicolaisen	Enthaltung	Dr. Heiner Garg	Ja
Barbara Ostmeier	Enthaltung	Anita Klahn	Ja
Katja Rathje-Hoffmann	Enthaltung	Dr. Ekkehard Klug	Ja
Heiner Rickers	Enthaltung	Wolfgang Kubicki	Ja
Klaus Schlie	Enthaltung	Oliver Kumbartzky	Ja
Peter Sönnichsen	Enthaltung	Christopher Vogt	Ja
Rainer Wiegand	Enthaltung		
<b>SPD</b>		<b>PIRATEN</b>	
Torsten Albig	Abwesend	Angelika Beer	Ja
Wolfgang Baasch	Ja	Dr. Patrick Breyer	Ja
Dr. Kai Dolgner	Ja	Wolfgang Dudda	Ja
Peter Eichstädt	Ja	Uli König	Ja
Kirsten Eickhoff-Weber	Ja	Sven Krumbeck	Ja
Martin Habersaat	Ja	Torge Schmidt	Ja
Bernd Heinemann	Ja		
Birgit Herdejürgen	Ja	<b>SSW</b>	
Thomas Hölck	Ja	Lars Harms	Ja
Simone Lange	Ja	Flemming Meyer	Ja
Serpil Midyatli	Ja	Jette Waldinger-Thiering	Ja
Birte Pauls	Ja		
Tobias von Pein	Ja		
Regina Poersch	Ja		
Beate Raudies	Ja	<b>Zusammenstellung:</b>	
Sandra Redmann	Ja	Abgegebene Stimmen	68
Thomas Rother	Ja	davon	
Olaf Schulze	Ja	Jastimmen	46
Dr. Ralf Stegner	Ja	Neinstimmen	-
Kai Vogel	Ja	Enthaltungen	22